

DAS REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD

DIE POLITIK FÜR DEN WECHSEL IN NIEDERSACHSEN

Entwurf

Beschluss der Programmkommission
der SPD-Niedersachsen am 8.10.2012

1	I.	NIEDERSACHSEN BRAUCHT EINE NEUE POLITIK	3
2			
3		1. Politik mit Mut zur Zukunft	3
4		2. Neues Regieren im Dialog mit der Gesellschaft	5
5			
6			
7	II.	NEUE BILDUNGSPOLITIK SORGT FÜR CHANCENGLEICHHEIT	8
8			
9		1. Bildung – Basis der innovativen Gesellschaft	8
10		2. Frühkindliche Bildung und Schule – gute Startchancen ins Leben	9
11		3. Hochschulen – Kraftwerke des Fortschritts	11
12		4. Berufliche Bildung – alle mitnehmen!	13
13		5. Erwachsenenbildung – Grundpfeiler lebenslangen Lernens	14
14		6. Kultur- und Medienpolitik – Triebfedern der kreativen Gesellschaft	14
15			
16			
17	III.	NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK BEGINNT BEI BILDUNG	17
18			
19		1. Wirtschaft im Wandel – nachhaltig zu neuer Stärke	17
20		2. Schwarz-Gelb – ohne Konzept und Gestaltungskraft	17
21		3. „Gute Arbeit“ – der Mensch im Mittelpunkt	18
22		4. Wachstum – Impulsstrategie für die Regionen	19
23		5. Leitmärkte – starke Potenziale für Wachstum	21
24		6. Information und Kommunikation – nicht ohne schnelles Internet	23
25		7. Verkehrspolitik – Infrastruktur für Mobilität	25
26		8. Landwirtschaft – gesunde Betriebe, gesunde Produkte	25
27		9. Verbraucherschutz – Wahrung der Verbraucherrechte	26
28			
29			
30	IV.	NEUE GESELLSCHAFTSPOLITIK BRAUCHT AUFBRUCH	28
31			
32		1. Demografischer Wandel – Rückgang, aber kein Rückschritt	28
33		2. Frauen – neuer Aufbruch zu Gleichberechtigung	29
34		3. Jugend – Politik mit der Jugend	30
35		4. Senioren – Alt und Jung auf Augenhöhe	31
36		5. Leben in sexueller Identität – Normalität gegen Vorurteile	32

37	V.	NEUE SOZIALPOLITIK MACHT ERNST MIT SOLIDARITÄT	33
38			
39		1. Inklusives Niedersachsen – gemeinsam leben, lernen und arbeiten	33
40		2. Familien – Verantwortung in neuen Lebensformen	34
41		3. Kindheit und Jugend – Rückhalt plus Prävention	35
42		4. Gute Pflege für alle	37
43		5. Gesundheitsversorgung – Orientierung am Patienten	38
44		6. Krankenhausförderung – moderne Versorgung durch Kooperation	39
45		7. Soziale Gesundheitswirtschaft – Masterplan für neue Branche	40
46		8. Wohnungspolitik – gebündelte Förderung für soziale Stabilität	40
47			
48			
49	VI.	NEUE FINANZ-, INNEN- UND JUSTIZPOLITIK	
50		FÜR DAS LEBEN IN DER DEMOKRATIE	42
51			
52		1. Finanzen – seriöse Konsolidierung des Landeshaushalts	42
53		2. Kommunen – starke Selbstverwaltung durch sichere Finanzen	42
54		3. Landesbeauftragte – Kompetenz in und für Regionen	44
55		4. Polizei der Bürger* – Garant für öffentliche Sicherheit und Ordnung	44
56		5. Rechtsextremismus – mit allen Mitteln dagegen	45
57		6. Justiz – Impulse für eine aufgeklärte Gesellschaft	46
58		7. Weltoffenes Niedersachsen – Zuhause in Niedersachsen	47
59		8. Sport – fit und fair in der Gesellschaft	49
60		9. Ehrenamt – Netzwerk der Lebenswelten	49
61			
62			
63	VII.	NEUE ENERGIEPOLITIK SETZT AUF DIE ERNEUERBAREN	51
64			
65		1. Gute Energiepolitik – gute Wirtschafts- und Sozialpolitik	51
66		2. Energiewende – Gesamtstrategie für ein Jahrhundertprojekt	52
67		3. Effizienz – Grundstein künftiger Energiepolitik	53
68		4. Atomare Erblast bewältigen – Risiken minimieren	54
69		5. Erneuerbare Energien – mit richtiger Energie in die Zukunft	55
70		6. Netzinfrastruktur – sensible Daseinsfürsorge	57
71			
72			
73	VIII.	NEUE UMWELTPOLITIK SICHERT LEBENSGRUNDLAGEN	59
74			
75		1. Aktive Klimapolitik – Schutz für Umwelt und Natur	59
76		2. Schwarz-Gelb – Öko-Schlusslicht im Ländervergleich	60
77		3. Umweltschutz – Interessenausgleich mit der Wirtschaft	61
78		4. Klimaschutz – Agenda für Lebensqualität und Wirtschaftskraft	62
79		5. Nachhaltigkeit – Leitgedanke aller Entwicklungen	62
80		6. Naturschutz – Strategie für „Naturkapital Niedersachsen“	63

* Die SPD verfolgt das Ziel des Gender-Mainstreaming. Wenn in diesem Text auf Schrägstriche und Binnen-I's verzichtet wird, dann ist das kein politisches Statement, sondern der leichteren Lesbarkeit geschuldet.

81 I. NIEDERSACHSEN BRAUCHT EINE NEUE POLITIK

82
83

84 Der Bevölkerungs- und Strukturwandel wird unsere Gesellschaft tiefgreifend und umfassend
85 verändern. Der Druck auf gewachsene Strukturen stellt unser Zusammenleben unter völlig
86 neue Vorzeichen. Diese Veränderung ist ebenso ökonomisch wie sozial brisant. Es ist auf
87 absehbare Zeit eine beherrschende politische Herausforderung für die Politik unseres
88 Landes.

89

90 Wie bei den meisten anderen politischen Aufgaben, von deren Lösung die Zukunft
91 Niedersachsens und seiner Regionen abhängt, gibt die CDU/FDP-Landesregierung auch
92 beim Umgang mit dem demografischen Wandel keine Orientierung und verharrt im
93 politischen Stillstand: ohne Konzept und Gestaltungswillen in der Wirtschafts- und
94 Arbeitsmarktpolitik. In der Bildungspolitik mit dem Ballast alter ideologischer Barrieren statt
95 sozialer Gerechtigkeit. Finanzpolitisch verantwortlich für den größten Schuldenanstieg in der
96 Geschichte des Landes und sozialpolitisch für soziale Kälte. Energiepolitisch ohne wirklichen
97 Willen, ernst zu machen mit Atomausstieg und Energiewende. Wo Zukunftskonzepte
98 erforderlich und klares Handeln gefragt wären, schweigt Schwarz-Gelb, sitzt aus und lenkt
99 ab.

100

101 Eine solche Politik ohne Gestaltungskraft und Perspektive wirkt lähmend. Ausgrenzung wird
102 zur gesellschaftlichen Erfahrung, nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Eltern in
103 Niedersachsen können noch immer nicht darauf vertrauen, dass für ihr Kind ein Krippenplatz
104 zur Verfügung steht. Leider müssen junge Menschen in der Schule, beim Studium oder in
105 der Ausbildung schnell erfahren, dass soziale Chancengleichheit und gleiche Bildungs- und
106 Berufschancen noch immer nicht gelten. Schnell können sie dann beim Einstieg ins
107 Berufsleben zu Opfern eines gespaltenen Arbeitsmarkts werden: wenn es ihnen selbst bei
108 guter Qualifikation nicht gelingt, eine Beschäftigung mit verlässlicher Perspektive zu finden.

109

110 Wir Niedersachsen stellen fest, dass die Politik der schwarz-gelben Regierung nicht auf die
111 persönlichen Bedürfnisse und Belange der Bürger eingeht. Es ist deprimierend für Frauen,
112 dass der Weg zu echter Partnerschaft in der Familie, Gleichberechtigung und wirtschaftlicher
113 Gleichstellung noch steiniger geworden ist. Auch Jugendliche vermissen Teilhabe und neue
114 Formen der Mitbestimmung. Obwohl die Zahl der älteren Mitbürger steigt, vermitteln
115 konservative Lebensmodelle vor allem die Aussicht auf Ruhestand und Schaukelstuhl anstatt
116 auf einen neuen aktiven Lebensabschnitt.

117

118 Ungelöste Probleme sind das Markenzeichen von Schwarz-Gelb: Wer denkt angesichts der
119 Situation in der Gesundheitsversorgung und des Notstands in der Altenpflege nicht mit Sorge
120 an mögliche Erkrankung oder gar drohende Pflegebedürftigkeit? Wer beobachtet nicht mit
121 Skepsis die unsoziale Kostenentwicklung bei der Energiewende oder in der
122 Wohnraumversorgung? Wer hat nicht den finanziellen Kollaps von Kommunen und Kreisen
123 vor Augen, den damit verbundenen Investitionsstau bei Infrastruktur und Daseinsvorsorge?
124 Wer empfindet nicht Beklemmung beim Stillstand in der Integration von Menschen mit
125 Migrationshintergrund – und dem gleichzeitigen Auftrumpfen der Rechtsradikalen?

126

127

128

129 **1. Politik mit Mut zur Zukunft**

130

131 Damit muss Schluss sein. Niedersachsen braucht endlich wieder eine Politik mit positiven
132 Perspektiven. Niedersachsen braucht eine neue Politik, die der Gesellschaft und den
133 Menschen wieder Mut und Lust auf Zukunft macht. Eine Zukunft, die auf der Grundlage
134 eines gesicherten sozialen Wertesystems Vorsorge trifft, gerechte Rahmenbedingungen und
135 Chancengleichheit schafft, alle mitnimmt, keinen ausgrenzt oder gar zurücklässt.

136 Niedersachsen braucht eine kraftvolle Politik, um die wachsenden Herausforderungen auf
137 beinahe allen gesellschaftlichen Gestaltungsfeldern zu meistern.

138

139 Niedersachsen braucht die richtige Politik für den Wechsel:

140

141 ◆ Entscheidend ist es dabei, den demografischen Wandel ohne Verlierer zu
142 gestalten.

143

144 ◆ In der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt muss Chancengleichheit für alle
145 hergestellt werden.

146

147 ◆ Wirtschaft und Wissenschaft brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für
148 zukunftsfähige Innovationen.

149

150 ◆ Die Energiewende muss endlich ernsthaft angepackt werden und für die
151 Erneuerbaren Energien gilt es, sozial verträgliche, stabile Versorgungsstrukturen zu
152 entwickeln.

153

154 ◆ Die Umweltpolitik muss im sozialen Gleichgewicht Ökologie und Ökonomie
155 ausbalancieren.

156

157 ◆ Die Inklusion, die vollständige gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit und
158 ohne Behinderung, ist längst überfällig.

159

160 Die neue Politik für Niedersachsen will keine Verlierer – weder in der Gesellschaft, noch in
161 der Fläche des Landes. Klare Prioritätensetzung und durchdachte Hilfestellungen werden als
162 zentrale Aufgabe künftiger Strukturpolitik verhindern, dass ganze Regionen und ihre
163 Bewohner von Entwicklung und Fortschritt abgehängt werden. Deshalb muss die drohende
164 Spaltung des Landes quer durch alle Politikfelder verhindert werden. Unser Ziel ist es, die
165 öffentliche Präsenz in den Regionen unseres Landes mit dezentraler Gestaltungs- und
166 Entscheidungsbefugnis zu stärken. Damit sollen positive Entwicklungen eingeleitet und eine
167 Dynamik des Fortschritts zu unterstützt werden.

168

169 Klare Signale sind auch angesichts der anhaltenden Finanzkrise gefragt. Wir werden im
170 Bundesrat mit aller Kraft dafür eintreten, dass die Verursacher endlich angemessene
171 Beiträge zur Bewältigung der Krise leisten und die Finanzmärkte reguliert werden.

172

173 Durch die Finanzkrise ist der Zusammenhalt in Europa und damit die Bedeutung der
174 Europäischen Union gewachsen. Ein Großteil der für den Alltag in Niedersachsen wichtigen
175 Gesetzgebungen wird inzwischen in Brüssel entschieden. Dieser wachsenden Bedeutung
176 entspricht die SPD mit einem neuen, starken Landesministerium für Europa, regionale
177 Entwicklung und Landwirtschaft. Es wird den regionalen Strukturwandel in Niedersachsen
178 begleiten, als Ansprechpartner für Europafragen im Land dienen und die niedersächsischen
179 Interessen in Brüssel aktiv vertreten: ob bei der Entwicklung des Agrarlands Niedersachsen,
180 beim VW-Gesetz, den Interessen von Sparkassen und Volksbanken oder den
181 Sozialstandards auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft.

182

183 Die neue Politik für Niedersachsen hängt entscheidend vom finanziellen
184 Gestaltungsspielraum des Landeshaushalts ab. Schwarz-Gelb hat den Schuldenstand des
185 Landes im vergangenen Jahrzehnt um 50 Prozent erhöht. Bald 60 Milliarden Euro und die
186 damit verbundenen Zins- und Tilgungslasten sowie die künftige Schuldenbremse lassen
187 keine weitere Verschlechterung der Einnahmehasis zu. Deshalb schließt die SPD weitere
188 Steuersenkungen oder gar Steuergeschenke aus.

189

190 Um politische Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen, muss der Landeshaushalt
191 nachhaltig konsolidiert werden. Es ist aber auch Zeit für klare Schwerpunktsetzung und

192 gezielte Investitionen: für bessere Bildung, also bessere Qualität in Krippen, Kitas, Schulen
193 und Hochschulen; für notwendige Infrastrukturprojekte wie den Netzausbau zum
194 Energietransport; für eine flächendeckende Breitband-Versorgung und für eine moderne
195 Verkehrsinfrastruktur.

196
197 Deshalb kämpfen wir auch für mehr Steuergerechtigkeit auf der bundespolitischen Ebene,
198 beispielsweise um die Erhöhung des individuellen Spitzensteuersatzes; aber auch um die
199 Rücknahme von Steuervergünstigungen für Konzerne, Erben und Hoteliers oder um eine
200 Erbschaftssteuer für große Vermögen. Damit verbundenen Verbesserungen der staatlichen
201 Einnahmen im Milliardenbereich kommt nicht nur eine fiskalische Bedeutung zu. Sie wird als
202 gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung auch das Bekenntnis zu einem
203 leistungsfähigen Staat und zu sozialer Gerechtigkeit widerspiegeln.

204
205 Gleichzeitig wird die SPD deutlich sagen, wofür keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.
206 Wir machen keine leeren Versprechungen, sondern sprechen Klartext. Diese Verlässlichkeit
207 wird das politische Handeln einer künftigen sozialdemokratischen Landesregierung
208 kennzeichnen. Die intensive Arbeit daran steht für uns jetzt an, es geht um eine
209 einschneidende Veränderung für die Politik. Bei diesem „Paradigmenwechsel“ und auf dem
210 Weg zu verantwortungsbewusstem finanziellen Handeln werden wir alle Bürger, Vereine,
211 Verbände, Institutionen in einem gemeinsamen Dialog mitnehmen.

212
213 Eine SPD-geführte Landesregierung wird einen neuen Anlauf für einen parlamentarischen
214 und gesellschaftlichen Zukunftsdialog über eine nachhaltige Haushaltspolitik unternehmen.
215 Dies schließt ausdrücklich die parteiübergreifende Konsenssuche und konkrete
216 Verabredungen zur Umsetzung der Schuldenbremse ein. Wir werden eine
217 Finanzkommission der Regierung, des Landesparlaments und der Kommunen einrichten, die
218 den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen führt: um Problemlösungen, Effizienzen und
219 Spielräume für zukünftige Haushalte auszuloten.

220
221 Genauso wichtig ist der Dialog mit Beschäftigten, Personalräten und Gewerkschaften. Nur so
222 wird es in Zukunft gelingen, Maßnahmen für wichtige landespolitische Handlungsfelder und –
223 notwendigkeiten zu verabreden und öffentliche Beschäftigung in Zukunft zu sichern. Der
224 Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik verlangt neue Wege und erfordert eine neue
225 Kommunikation.

226
227
228

229 **1. Neues Regieren im Dialog mit der Gesellschaft**

230
231 Niedersachsen braucht nicht nur eine neue, kraftvolle Politik mit innovativer Gestaltungskraft
232 und positiver Perspektive für alle Menschen. Es müssen auch die alten schwarz-gelben
233 Strukturen des Stillstands und der gesellschaftlichen Teilnahmslosigkeit beseitigt werden.
234 Niedersachsen braucht einen zeitgemäßen, transparenten, auf Kooperation und Integration
235 gerichteten, einen neuen Regierungsstil: im Dialog mit der Gesellschaft und auf Augenhöhe
236 mit den Bürgerinnen und Bürgern.

237
238 Für die SPD heißt Regieren im 21. Jahrhundert nicht, auf Sicht zu steuern, sondern die
239 Zukunft fest im Blick zu haben. Die Geschwindigkeit von Entwicklungen und die
240 Krisenanfälligkeit kurzatmiger Entscheidungen engen im Zeitalter von Globalisierung,
241 weltweiter Kommunikation und Datenvernetzung Gestaltungszeit und Gestaltungsmöglichkeit
242 staatlichen und öffentlichen Handelns ohnehin ein. Deshalb sind gesicherte
243 Wertekoordinaten und gefestigte Zielperspektiven nötig, um die Rolle des aktiven,
244 solidarischen Staats zurückzugewinnen.

245
246 Die Auflösung alter Strukturen in der Lebens- und Arbeitswelt erfordern neues Denken und
247 Handeln. Die SPD will vor allem das Primat des politischen Handelns zurückgewinnen, um

248 der Gesellschaft und dem Gemeinwesen neue soziale, demokratische
249 Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Es kann nicht so weiter gehen, dass die permanente
250 Krise der Finanzmärkte Staat und Gesellschaft in andauernde Geiselnhaft nimmt, sie in die
251 Defensive drängt und ihr kurzatmige Reaktionen aufzwingt. Neues Regieren heißt, den
252 aktiven Staat durch tragfähiges Krisenmanagement und zukunftsfähiges Handeln in die
253 Führungsrolle zu bringen.

254
255 Dabei gilt: Was für die Lebensverhältnisse in der kleinsten niedersächsischen Kommune und
256 der größten Metropolregion wichtig ist, ist auch für Deutschland, Europa und auch global
257 entscheidend: vor allem soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf allen Ebenen des
258 staatlichen Handelns wiederherzustellen – und damit die Voraussetzungen für
259 weitestgehend gleiche Lebensverhältnisse aller Menschen zu schaffen.

260
261 Das Versprechen von Offenheit, Transparenz und Gerechtigkeit im Verwaltungshandeln
262 kann dabei nur eine Seite der Medaille sein. Nach Überzeugung der SPD braucht das neue
263 Regieren darüber hinaus viele kluge Köpfe – über Kabinett, Parlament und Partei hinaus.
264 Deshalb wird eine SPD-Landesregierung alle Teile der Gesellschaft einladen, mitzuarbeiten
265 an einem zukunftsfähigen Niedersachsen: Sozialverbände und Wohlfahrtsverbände,
266 Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Kirchen und Selbsthilfegruppen.

267
268 Die SPD ist eine offene Partei, die einen neuen gesellschaftspolitischen Dialog sucht, einen
269 Aufbruch aus dem Korsett konservativ-liberaler Arroganz, Ausgrenzung und Privilegierung.
270 Es muss ein Ende haben mit der politischen Teilnahmslosigkeit und Desinteresse in Teilen
271 der Gesellschaft. Die SPD will die Menschen erreichen und überzeugen, Interesse und
272 Engagement wecken: die Motivation mitzubestimmen, für sich und andere einzutreten. Sie
273 bietet einen ständigen konstruktiven Dialog an – und wird ihn abfordern.

274
275 So kann die Energiewende – ein Beispiel für viele Politikfelder – nur dann gelingen, wenn
276 alles Wissen und alle Kräfte für diese große Aufgabe gebündelt werden. Nicht nur die
277 staatlichen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen, müssen ihr Handeln an dem
278 gemeinsamen Zielausrichten. Auch die engagierten Teile der Gesellschaft,
279 Energiewirtschaft, Industrie und Wissenschaft, Gewerkschaften, Sozial- und
280 Umweltverbände, sind gefordert und verpflichtet, dabei eine aktive, konstruktive Rolle zu
281 übernehmen. Und nicht zuletzt muss auch der Bürger ein gewichtiges Wort am Runden
282 Tisch der Energiewende sprechen können.

283
284 Die Grundlagen heutiger politischer Entscheidungsfähigkeit in einem aktiven Staat, das neue
285 Regieren im Dialog, bestehen nicht nur in solider Werteorientierung, dem Mut zur
286 Entscheidung und dem Abschied von sogenanntem Herrschaftswissen. Auch darf sich der
287 Dialog mit dem Bürger nicht auf gelegentliche Bürgerentscheide beschränken. Ein ernst
288 gemeinter Dialog fordert politisches Engagement ein und erfordert im wahren Sinne des
289 Wortes: Bürgerbeteiligung – die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich das
290 Gemeinwesen wieder aktiv zu eigen zu machen.

291
292 Mit ihrem Regierungshandeln wird die SPD in Niedersachsen dazu anstoßen. Dialog,
293 Kooperation, Teilhabe und Mitbestimmung sind erforderlich, um das Land und die
294 Gesellschaft neu zu gestalten.

295
296
297 Das vorliegende Programm für die Regierungsverantwortung der SPD beschreibt die großen
298 Ziele einer neuen Politik für Niedersachsen und seine Menschen. Es ist ein Dokument des
299 Gestaltungswillens in der Tradition des sozialdemokratischen Wertekanons von Freiheit,
300 Gerechtigkeit und Solidarität.

301

302 Der politische Wechsel in Niedersachsen ist überfällig und es gilt, ihn anzupacken. Insofern
303 sind die Landtagswahlen am 20. Januar 2013 ein Signal des Aufbruchs: nicht nur für die
304 SPD, sondern für alle Teile der Gesellschaft.

305 II. NEUE BILDUNGSPOLITIK BÜRGT FÜR CHANCENGLEICHHEIT

306

307

308 **1. Bildung – Basis der innovativen Gesellschaft**

309

310 Sozialdemokratische Bildungspolitik will für alle Kinder und Jugendliche Chancengleichheit
311 durch intensive Förderung ihrer Talente und Fähigkeiten herstellen. Das ist nur dann zu
312 erreichen, wenn gute Lernbedingungen den Bildungswillen der Heranwachsenden stärken
313 und ermutigen. Ein hoher Bildungsstandard ist Voraussetzung für eine erfolgreiche
314 Berufsausbildung und für die Entwicklung selbstbewusster Persönlichkeiten, die sich aktiv
315 am kulturellen, sozialen und politischen Leben beteiligen können.

316

317 Die SPD geht davon aus, dass alle Menschen im Grundsatz wiss- und lernbegierig sind.
318 Chancen verwirklichen sich aber nicht von selbst. Jede demokratische und hoch entwickelte
319 Gesellschaft muss an ihre Mitglieder Leistungsanforderungen stellen, auf deren Erfüllung
320 achten und die jungen Menschen in diesem Sinne erziehen. Ein solches
321 Leistungsverständnis bedeutet jedoch nicht, soziale Zusammenhänge menschlicher Tätigkeit
322 vollständig auszublenden, der die Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung und
323 Lebenserfüllung einengt und Ausdruck eines auf die Spitze getriebenen Konkurrenzprinzips
324 ist.

325

326 So gesehen ist ein guter Bildungsstand der Gesellschaft die beste Voraussetzung für eine
327 gute Entwicklung des Landes. Das gilt für die individuellen Entfaltungschancen. Das gilt aber
328 ebenso für die Wirtschaft und ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Gute Bildung ist
329 die Basis einer innovativen, demokratischen und sozialen Gesellschaft – und zugleich die
330 Chance auf wirtschaftliche Prosperität. Die Anstrengungen für eine gute Bildung beginnen im
331 frühkindlichen Stadium, in der Krippe und Kita, umfassen Schule, Hochschule, Ausbildung
332 und schließen Erwachsenenbildung ein.

333

334 Sozialdemokratische Bildungspolitik wird daher

335

336 ◆ für eine bedarfsgerechte verlässliche und qualitätsvolle frühkindliche Erziehung
337 und Bildung in Kindertagesstätten eintreten.

338

339 ◆ die schrittweise Umwandlung aller allgemeinbildenden Schulen in
340 Ganztagschulen vorantreiben.

341

342 ◆ für alle Bildungseinrichtungen die Inklusion voranbringen und dazu die
343 notwendigen Voraussetzungen schaffen.

344

345 ◆ Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten
346 Familien fördern, um ihre Chancen zu verbessern.

347

348 ◆ die Errichtung von Gesamtschulen am Elternwillen ausrichten.

349

350 ◆ die berufliche Bildung fördern, um den skandalös hohen Anteil von scheiternden
351 Jugendlichen zu senken.

352

353 ◆ Initiativen ergreifen, um Fehlanreize wie das Betreuungsgeld zu verhindern.

354

355 ◆ eine moderne Lehrerausbildung und neue pädagogische Kooperationsmodelle
356 gewährleisten;

357

358 ◆ die Hochschulen öffnen und eine solide Finanzierung von Lehre und Forschung
359 sichern.

360
361 Die schwarz-gelbe Koalition hat dem Land Bildungsarmut beschert. Das wird am
362 deutlichsten beim Analphabetismus – fast jeder zehnte Niedersachse hat Probleme beim
363 Lesen und Schreiben. Mehr als 5.000 Jugendliche verlassen jährlich die Schule ohne
364 Hauptschulabschluss. Um die 40.000 junge Leute stehen ohne Ausbildungsberuf da. All das
365 wirft ein erschreckendes Licht auf das Bildungssystem des Landes und auf die Bedingungen,
366 unter denen viele junge Menschen aufwachsen.

367
368 In Regie von Schwarz-Gelb verhindert die Schulstruktur noch immer stärker als in anderen
369 Bundesländern die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen – fast zwölfmal mehr
370 Kinder müssen die Schulform abwärts wechseln als umgekehrt. Noch immer haben Kinder
371 aus oberen Sozialschichten eine mehr als fünffach bessere Aussicht auf das Gymnasium als
372 Kinder aus sogenannten einfachen Verhältnissen. Noch immer ist der Weg an die
373 Hochschulen für Kinder aus Arbeiter- und Migrantenfamilien sehr steinig – und durch
374 Studiengebühren ist er für viele ganz verbaut.

375
376 Niedersachsen muss die Bildungspotenziale aller jungen Menschen besser fördern und das
377 Bildungsgefälle abbauen:

- 378
- 379 • durch mehr Bildungsqualität auf allen Ebenen – von der Kita bis zur Hochschule;
 - 380
 - 381 • durch Chancengleichheit für alle, besonders für sozial Benachteiligte und junge
 - 382 Menschen mit Behinderung (Inklusion);
 - 383

384
385

386 **2. Frühkindliche Bildung und Schule – gute Startchancen ins Leben**

387

388 Die SPD wird alle ideologischen Grabenkämpfe um Bildung, Ausbildung und Schule
389 beenden und die Zukunft der Kinder in den Mittelpunkt rücken. Ihr bildungspolitisches Ziel
390 Nr. 1 lautet: Alle Schüler müssen nach Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule
391 ausbildungsfähig sein. Eine gute Schulbildung garantiert gute Startchancen ins Berufsleben.
392 Die Grundlagen dafür werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Frühkindliche Förderung ist
393 ein Türöffner für erfolgreiche Bildungslaufbahnen. Doch der Mangel beginnt schon bei der
394 Versorgungsquote mit Krippenplätzen. Hier liegt Niedersachsen mit 19,1 Prozent für Kinder
395 unter drei Jahren im Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz.

396
397 Eine SPD-Landesregierung will deshalb:

- 398
- 399 ■ den Ausbau von Krippen am tatsächlichen Bedarf orientieren;
 - 400
 - 401 ■ ein Konzept zur Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern
 - 402 vorlegen;
 - 403
 - 404 ■ den Personalschlüssel in Krippen verbessern;
 - 405
 - 406 ■ Kita-Gruppengrößen für Kinder von drei bis sechs Jahren reduzieren;
 - 407
 - 408 ■ die Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule stärken.
 - 409
 - 410 ■ die Inklusion auch in der frühkindlichen Bildung umsetzen.
 - 411

412
413 Auf allen Ebenen der schulischen Bildung folgt die SPD dem Leitbild „Gute Schule“. Nach
414 diesem Leitbild soll die niedersächsische Schullandschaft bedarfsgerecht und regional

415 anpassungsfähig gestaltet werden, sie soll individuelle und soziale Chancengleichheit
416 eröffnen und damit durchlässig werden. Dies schließt ebenfalls auf allen Ebenen der
417 frühkindlichen und schulischen Bildung die Inklusion, den gemeinsamen Schulbesuch von
418 Kindern mit und ohne Behinderung als Selbstverständlichkeit ein. (*siehe dazu Kapitel V.1*).
419

420 Eine SPD-Landesregierung wird zur Verwirklichung der Inklusion im Bildungsbereich:

421
422 ■ in einem Aktionsprogramm Schritte und zeitlichen Rahmen der inklusiven Bildung
423 festlegen. Es wird im Dialog mit den Betroffenen, Eltern, kommunalen
424 Spitzenverbänden, Landesbehindertenbeauftragten und Verbänden entwickelt.
425

426 ■ im Kultusministerium einen „Inklusionsbeirat“ einrichten, um die Auswirkungen
427 des Gesetzes zur Einführung der inklusiven Schule zu begleiten.
428

429 ■ in allen Kindertagesstätten und Schulen bedarfsgerecht Personal sicherstellen
430 und die Gruppen- und Klassengrößen deutlich senken.
431

432 ■ ein Investitionsprogramm über die Barrierefreiheit für eine inklusive
433 Ganztagsgrundschule als Teilfinanzierungsprogramm für Schulträger auflegen
434

435 Fundament der „Guten Schule“ ist eine Lehrerbildung, die an die veränderten
436 Schulwirklichkeit angepasst ist – an neue Familien- und Erziehungsstrukturen, heterogenere
437 Zusammensetzung der Klassen, die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und
438 die Verwirklichung der Inklusion. Mangelnder Praxisbezug im Studium oder Probleme beim
439 Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium müssen der Vergangenheit angehören.
440

441 Eine SPD-Landesregierung wird deshalb

442
443 ■ ein Lehrerbildungsgesetz auf den Weg bringen, um die Lehrerbildung praxisnah
444 zu modernisieren. Lehrkräfte müssen die Kompetenz erwerben, sich am Förderbedarf
445 der einzelnen Schüler auch im Rahmen der Inklusion zu orientieren.
446 Fakultätsübergreifende Zentren für Lehrerausbildung und Schulforschung an den
447 Universitäten sollen diese Ausbildungsziele sichern.
448

449 „Gute Schule“ fördert Teamwork und eine kooperative Arbeitsweise als moderne Formen von
450 Leistungsprüfung. Sie ergänzt das pädagogische Konzept mit präventiver Hilfestellung durch
451 Sozialarbeiter, Psychologen und Beratungslehrern für alle Schulformen.
452

453 ❖ **Grundschule**

454
455 Grundschulen sind das Fundament jeder guten Bildung. Deshalb stehen sie bei der
456 Einführung qualitativer hochwertiger Ganztagschulen an erster Stelle.
457

458 Eine SPD-Landesregierung wird:

459
460 ■ dafür eintreten, dass die pädagogische Arbeit an den Grundschulen an einer
461 optimalen Förderung jedes einzelnen Kindes ausgerichtet wird.
462

463 ■ ein Konzept für kleine und kleinste Grundschulstandorte erarbeiten, nach dem die
464 Anrechnungsstunden für Schulleitungen bei der Schulzusammenlegung erhalten
465 bleiben und die Lehrersollstunden anteilig als Vertretungsreserve für eine
466 Unterrichtsgarantie im vollen Umfang der Stundentafel verwendet werden.
467

468
469
470

471 ❖ **Integrierte und kooperative Gesamtschule**

472

473 Die Benachteiligung der Integrierten Gesamtschulen wird rückgängig gemacht.

474

475 Eine SPD-Landesregierung wird:

476

477 ■ die Fünfzügigkeit als Voraussetzung für Gesamtschulen abschaffen und
478 stattdessen Vier-, in Ausnahmefällen auch Dreizügigkeit zulassen.

479

480 ■ das Abitur nach neun Jahren an Gesamtschulen wieder einführen.

481

482 ■ kooperativen Gesamtschulen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung und zur
483 schulzweigübergreifenden Arbeit geben.

484

485 ❖ **Oberschule**

486

487 Wenn Eltern und kommunale Schulträger es wünschen, werden Oberschulen auch künftig
488 möglich sein.

489

490 ❖ **Gymnasium**

491

492 Gymnasien genießen große Akzeptanz bei Eltern und Schülern. Dort kann das Abitur auch
493 nach acht Jahren abgelegt werden. Damit bleibt das Angebot bestehen, mit Gesamtschule
494 oder Gymnasium unterschiedliche Geschwindigkeiten zum Abitur zu wählen. Eine
495 sozialdemokratische Landesregierung wird außerdem prüfen, ob die Oberstufe so reformiert
496 werden kann, dass Schüler nach eigenem Ermessen das Kurssystem der Oberstufe in zwei
497 oder drei Jahren durchlaufen können.

498

499 ❖ **Ganztagsschule**

500

501 Die SPD will es allen Schulen ermöglichen, echte, gebundene Ganztagsschulen zu werden.
502 Da dies unter den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht in einem Schritt zu
503 leisten ist, wird der Ausbau einem Prioritäten- und Stufenplan folgen. Dabei finden
504 Grundschulen neben integrierten Gesamtschulen vorrangig Berücksichtigung. Ebenfalls
505 Priorität werden Schulen mit hohem Bedarf an Ganztagsbetreuung mit vollwertiger
506 Förderung erhalten. Dies sind Schulen, die von vielen Kindern mit Migrationshintergrund
507 oder mit erhöhtem Armutsrisiko besucht werden.

508

509 Eine SPD-Landesregierung wird:

510

511 ■ alle Integrierten Gesamtschulen und vorrangig auch die Grundschulen zu
512 Ganztagsschulen ausbauen.

513

514 ■ Möglichkeiten ausloten, für Ganztagsschulen eine enge Kooperation mit
515 benachbarten Horten einzurichten.

516

517

518

519 **3. Hochschulen – Kraftwerke des Fortschritts**

520

521 Hochschulen sind Orte des Wissens und der gesellschaftlichen Orientierung. Sie dienen der
522 Demokratie und dem gesellschaftlichen Fortschritt. Hochschulen sind Zukunftswerkstätten
523 für Innovationen, bilden hochqualifizierte Fachkräfte aus, sichern den wissenschaftlichen
524 Nachwuchs und fördern den internationalen Austausch. Ihre Leistungsfähigkeit, ihre
525 Lösungs- und Gestaltungskompetenz sind entscheidend für die Entwicklung des Landes.
526 Investitionen in Wissenschaft und Bildung haben deshalb für die SPD Priorität.

527
528 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat Forschung und Lehre vernachlässigt.
529 Niedersachsen bildet zu wenige Akademiker aus. Trotz Hochschulpakt fehlen Studienplätze,
530 besonders an den Fachhochschulen. Das Festhalten an Studiengebühren treibt jedes Jahr
531 Studierwillige über die Landesgrenzen und verschärft so den Fachkräftemangel.
532 Niedersachsen schneidet im Bundesvergleich bei der Qualifikation seiner Beschäftigten
533 ebenso unterdurchschnittlich ab wie bei der Innovationskraft seiner Wirtschaft. Diesen Trend
534 will die SPD durch Öffnung der Hochschulen umkehren.

535
536 Unter der schwarz-gelben Landesregierung haben Senate und Selbstverwaltungsgremien an
537 den Hochschulen zunehmend an Einfluss verloren. Die SPD bekennt sich zu Hochschulen
538 als Orte, an denen Demokratie erfahren und gesellschaftliche Verantwortung gelebt werden
539 kann. Die verfasste Studentenschaft ist Kern der Selbstverwaltung der Studierenden.

540
541 Die SPD bekräftigt die staatliche Verantwortung für die Hochschulen. Es wird unter ihrer
542 Regierungsverantwortung wieder eine Landeshochschulplanung geben mit dem Ziel, die
543 Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Niedersachsen zu stärken und die
544 öffentlichen Mittel effizient für ein bedarfs- und zukunftsgerichtetes Bildungsangebot
545 einzusetzen.

546
547 Hochschulen sind die Kraftwerke des Fortschritts. Doch richtig unter Dampf stehen sie nur,
548 wenn sie allen jungen Menschen offen stehen; wenn alle die gleichen Chancen auf ein
549 Studium erhalten; wenn Forschung und Lehre in einem Klima von Kooperation und
550 Kommunikation stattfinden können; wenn der wissenschaftliche Nachwuchs, insbesondere
551 junge Frauen, gesicherte Berufsperspektiven und familienfreundliche Bedingungen vorfindet;
552 und wenn nicht zuletzt eine langfristig verlässliche Finanzierung der wissenschaftlichen
553 Einrichtungen gesichert ist.

554
555 Eine SPD-Landesregierung wird

556
557 ■ die Studiengebühren abschaffen, damit kein junger Mensch aus finanziellen
558 Gründen vom Studium ausgeschlossen bleibt. Der finanzielle Ausfall für die
559 Hochschulen wird zweckgebunden zur Verbesserung der Lehre ausgeglichen.

560
561 ■ die Hochschulen stärker für beruflich Qualifizierte und für Weiterbildung öffnen.
562 Anrechnungsverfahren der im Beruf erworbenen Kompetenzen werden verbessert
563 und Hochschulen werden dabei unterstützt, für beruflich Qualifizierte neue,
564 berufsbegleitende Studienangebote zu entwickeln. Die offene Hochschule ist für die
565 SPD die Hochschule der Zukunft.

566
567 ■ die Bologna-Studienreform weiterentwickeln und die Defizite in ihrer praktischen
568 Umsetzung beheben. Ziel ist eine zeitlich flexible, an Ausbildungszielen wie
569 Berufsfähigkeit orientierte Studiendauer sowie die Sicherstellung von
570 wissenschaftlichen Freiräumen im Studium. Der Übergang zum Master kommt auf
571 den Prüfstand, starre Quoten sind abzulehnen.

572
573 ■ mehr Geschlechtergerechtigkeit auf allen Stufen des Wissenschaftssystems
574 durchsetzen. Hierzu gehören Gleichstellungsstandards in der Forschungsförderung,
575 ein Juniorprofessorinnen-Programm und die Prüfung einer verbindlichen flexiblen
576 Quote für die Wissenschaft. Geschlechtergerechtigkeit muss endlich zur
577 Selbstverständlichkeit in der Wissenschaft werden.

578
579 ■ den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern, die Juniorprofessur als Karriereweg
580 stärken und mit den Universitäten den Ausbau des Tenure Track vereinbaren.

581

582 ■ den Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen abbauen. Es soll
583 möglich sein, in Tarifverträgen Vereinbarungen für mehr unbefristete
584 Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbereich abzuschließen. Auch in der
585 Wissenschaft gilt das Prinzip „Gute Arbeit“.

586
587 ■ ein Fachhochschulentwicklungsprogramm auflegen und die Potenziale von
588 Fachhochschulen für regionale Entwicklung nutzen. Bestehende Standorte werden
589 ausgebaut und neue Studienangebote vor allem in den anspruchsvollen Erzieher-,
590 Sozial- und Gesundheitsberufen geschaffen. Die Forschung an Fachhochschulen
591 wird besser gefördert und die gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ausgebaut.
592 Hochschulpolitik ist für die SPD auch Standort- und Strukturpolitik.

593
594 Bildung ist für die SPD eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine SPD-Landesregierung
595 wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass

596
597 ■ das unsinnige Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Wissenschaft
598 und Bildung wieder abgeschafft wird. Zukünftig soll der Bund Schulen und
599 Hochschulen direkt und unbefristet fördern können.

600
601 ■ der gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte Hochschulpakt zur Schaffung
602 von Studienplätzen fortgeführt und parallel die soziale Infrastruktur bei den
603 Studentenwerken ausgebaut wird.

604
605
606

607 **4. Berufliche Bildung – alle mitnehmen!**

608
609 Die SPD bekennt sich zum Prinzip der dualen Berufsausbildung gemeinsam mit den
610 Ausbildungsbetrieben. Dafür sollen die Angebote der Berufsbildenden Schulen enger dem
611 jeweiligen regionalen, wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Bedarf folgen.

612
613 Eine SPD-Landesregierung wird deshalb

614
615 ■ die Berufsbildende Schulen gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben zu
616 Kompetenzzentren mit garantierten Qualitätsstandards ausbauen und über starke
617 Bildungsregionen alle Bildungseinrichtungen bis hin zur Kinder- und Jugendhilfe zu
618 einem Qualifizierungsnetzwerk verknüpfen.

619
620 Alle mitnehmen! Das ist das wichtigste Ziel der SPD bei der Berufsausbildung. Gelingen
621 kann dies nur in enger Kooperation mit den Akteuren in der beruflichen Bildung, den
622 Gewerkschaften und ausbildenden Betrieben. Außerdem will die SPD im engen Austausch
623 mit den Schulträgern ein regionales Übergangsmanagement entwickeln. Sie will
624 Jugendlichen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung geben, die trotz Ausbildungsreife
625 und mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche keinen Ausbildungsplatz im dualen
626 Ausbildungssystem gefunden haben. Gleichzeitig soll die hohe Abbruchquote im ersten
627 Ausbildungsjahr verringert werden .

628
629 Eine SPD-Landesregierung wird dazu folgende Maßnahmen ergreifen:

630
631 ■ spätestens ab Klasse 8 eine intensivere Berufsorientierung der Schüler an allen
632 Schulformen einführen;

633
634 ■ die Schulsozialarbeit auch an den berufsbildenden Schulen ausbauen;

635
636 ■ Ausbau der Schulsozialarbeit;

637

638 ■ für Schulabgänger ohne Lehrstelle die Möglichkeit stärken, in einer
639 Berufsfachschule ein erstes Ausbildungsjahr zu absolvieren. Anschließend sollen die
640 Jugendlichen in Absprache mit den Ausbildungsbetrieben direkt ins zweite Lehrjahr
641 einsteigen. Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle Ausbildungsfähigen.
642

643
644

645 **5. Erwachsenenbildung – Grundpfeiler lebenslangen Lernens**

646

647 Die Erwachsenenbildung folgt dem Gesellschaftsbild des lebenslangen Lernens und dient
648 der Entfaltung der Persönlichkeit. Eine SPD-Landesregierung wird die anerkannten
649 Einrichtungen des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes (NEBG) weiter
650 fördern. Fördermittel sollen so eingesetzt werden, dass Bildungsangebote erweitert und neue
651 Zielgruppen erreicht werden.
652

653

654 Die Gestaltung des demografischen Wandels, Integration von Einwanderern, Bekämpfung
655 des Analphabetismus, Unterstützung der Energiewende: Es gibt zahlreiche neue und
656 anspruchsvolle Aufgaben für die Erwachsenenbildung. Mit ihren Qualifizierungsangeboten
657 soll sie die Menschen bei der Bewältigung des komplexen Alltags unterstützen. Auch der
658 Bildungsurlaub wird in diesem Zusammenhang wieder eine stärkere Bedeutung erhalten.

659

659 Eine SPD-Landesregierung wird darüber hinaus besonderes Gewicht auf folgende Aufgaben
660 der Erwachsenenbildung legen:
661

662

662 ■ Zusammenarbeit mit Hochschulen bei ihrer Öffnung für Menschen ohne
663 klassischen Hochschulzugang, aber mit Ausbildung und Berufspraxis.
664

665

665 ■ Qualifizierung von Fachpersonal und Tagesmüttern für die frühkindliche und
666 schulische Bildung.
667

668

668 ■ Weiterentwicklung der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung zur
669 Dienstleistungs- und Planungsagentur. Sie soll die inhaltlichen Schwerpunkte und die
670 Aufgaben der Erwachsenenbildung in enger Abstimmung zwischen Einrichtungen der
671 Erwachsenenbildung und Verbänden koordinieren und die Verwendung von
672 Landesmitteln überprüfen.
673

674

674 Eine SPD-Landesregierung wird es schließlich nicht länger hinnehmen, dass Honorarkräfte
675 in öffentlich geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung nicht hinreichend entlohnt
676 werden oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Sie wird
677

678

678 ■ als Kriterium für die öffentliche Anerkennung einer Einrichtung der
679 Erwachsenenbildung das Prinzip der Tarifgebundenheit im Niedersächsischen
680 Erwachsenenbildungsgesetz prüfen.
681

682

683

684

684 **6. Kultur- und Medienpolitik – Triebfedern der kreativen Gesellschaft**

685

686 Kunst und Kultur sind Triebfedern unserer kreativen Gesellschaft. In der Begegnung mit den
687 Künsten werden Wahrnehmungssensibilität, emotionale Intelligenz, Mut zur eigenen
688 Meinung, Offenheit und Toleranz herausgebildet. Kunst und Kultur dürfen nicht elitären
689 Schranken unterliegen, sondern müssen allgemeiner Gegenstand von Bildung und Teilhabe
690 sein – in aller Freiheit, aber mit staatlicher Förderung. Kulturelle Bildung ist besonders für
691 Kinder und Jugendliche wichtig. Deshalb ist sie ein wesentlicher Bestandteil des
692 Bildungsauftrags der Schulen.

693
694
695
696
697
698
699
700
701
702
703
704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728
729
730
731
732
733
734
735
736
737
738
739
740
741
742
743
744
745
746
747
748

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Kulturförderung im Landeshaushalt absichern und bei entsprechenden finanziellen Spielräumen erweitern.
- den Musik- und Kunstunterricht stärken und die Begegnung mit kulturellen Projekten stärker im Schulalltag verankern.
- eine flächendeckende kulturelle Grundversorgung mit Bibliotheken, Theater, Kunst- und Musikschulen oder Museen in einem Kulturfördergesetz sichern.

Die niedersächsische Gesellschaft ist bunter geworden: Über den eigenen Schatz an kulturellen Traditionen hat Zuwanderung aus aller Welt das Land mit neuen Bräuchen und Kulturen bereichert. Mehrsprachigkeit, Interkulturalität und kulturelle Vielfalt sind ein Gewinn für uns alle. Ihre Wertschätzung verhindert die Ausgrenzung von Minderheiten und die Bildung von Parallelgesellschaften.

Eine SPD-Landesregierung wird

- Kultur als Instrument der Integration offensiv nutzen. Sie wird die Freiräume dafür schaffen und die Begegnung von Kulturen ermöglichen.

Niedersachsen ist ein Land der Künste. Künstler und Musiker prägen maßgeblich die Kunst und Kultur der Gesellschaft. Sie brauchen Arbeits-, Ausstellungs- und Auftrittsmöglichkeiten sowie Proberäume, Ateliers und Stipendien. Moderne Künstlerförderung stellt Maßnahmen zur beruflichen Entwicklung von Künstlerpersönlichkeiten in den Mittelpunkt und setzt auf maßgeschneiderte Instrumente in den Sparten Musik, Tanz, Theater, Literatur, bildende Kunst und Medien.

Eine SPD-Landesregierung wird

- sich für eine verstärkte Künstlerförderung in allen Kultursparten einsetzen und für eine bessere Vernetzung von Kultur- und Kreativwirtschaft sorgen.

Auch unabhängige, verantwortungsbewusste und starke Medien dienen der Bildung – der Meinungsbildung durch Information und Nachricht. Die niedersächsischen Presseverlage und Medienhäuser, der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der Bürgerrundfunk stehen für Meinungsvielfalt und unabhängige Informationen. Ihre Berichterstattung über Lokales und Regionales stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist für demokratische Prozesse der Willensbildung wichtig. Die SPD wird die Verflechtungen und Anforderungen einer digitalisierten Medienwelt sowie die wachsende Verschmelzung von Presse, Rundfunk und Internet aufmerksam verfolgen und kritisch begleiten.

- Eine SPD-Landesregierung stärkt den Journalismus und unterstützt die Online-Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Bürgersender.

Nur Bildung kann dafür sorgen, dass die neuen digitalen Medien souverän genutzt werden. Für eine digitale Teilhabe ist Medienkompetenz die Schlüsselqualifikation. Alle Bürger müssen dazu die Chance erhalten. Medien- und Informationskompetenz ist als Bildungs- und Kulturtechnik in Niedersachsen nachhaltig zu verankern und auszubauen.

Die Debatte über die Nutzung der digitalen Medien durch Kinder und Jugendliche darf sich nicht allein auf Probleme und Risiken beziehen. Die digitale Jugendkultur mit ihren kreativen Möglichkeiten zeigt überwiegend positive Ergebnisse. Es geht bei der Alltagsnutzung des Internets nicht darum zu verhindern, was nicht zu verhindern ist – sondern um einen

749 aufgeklärten, verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien: Medienkompetenz bietet
750 im Internet den besten Schutz vor kinder- und jugendgefährdenden Inhalten. Die
751 medienpädagogische Arbeit muss in der frühkindlichen Bildungsphase ansetzen und an den
752 Schulen durch fächer- und jahrgangsübergreifende Medienbildung zum verbindlichen
753 Unterrichtsthema werden. Das erfordert bei der Lehrerbildung eine ebenso verbindliche
754 Verankerung von medienpädagogischen Inhalten und Zielen.

755

756 Eine SPD-Landesregierung

757

758 ■ wird ein Konzept zur Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz
759 umsetzen, das alle Bausteine der Bildung und des lebenslangen Lernens verankert.

760

761 ■ stärkt den Journalismus sowie die Online-Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen
762 Rundfunks und der Bürgersender stärken.

763

764 ■ unterstützt den Einsatz von digitalisierten Lernmaterialien in der Schule, die als
765 offene Lizenzen von Lehrern und Schülern genutzt werden können.

766

767 Die SPD setzt sich weiter für eine Modernisierung des Urheberrechts in der digitalen
768 Gesellschaft ein, das Kreative und Urheber stärkt und das Recht mit neuen digitalen
769 Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der
770 Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen.

771

772 Kulturelle Bildung ist Teil der Allgemeinbildung und öffnet Zugänge zu komplexen
773 Lebenswelten. Durch kulturelle Bildung kann der Umgang mit komplexen gesellschaftlichen
774 Veränderungen erlernt werden. Medienbildung als Teil der kulturellen Bildung ermöglicht
775 jung und alt, sich in einer medial geprägten Gesellschaft zurechtzufinden. Die Abschaffung
776 der Landeszentrale für politische Bildung war ein Fehler, weil die politische Bildung adäquate
777 Instrumente braucht, um der zunehmenden Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht zu
778 werden. Kulturelle und politische Bildung müssen zusammengedacht werden.

779

780 ■ Eine SPD-Landesregierung wird einen organisatorischen Rahmen für eine
781 nachhaltige politische Bildung schaffen und für eine bessere Koordination der
782 gesellschaftlichen Aufklärungsarbeit sorgen.

783 III. NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK BEGINNT BEI BILDUNG

784

785

786 **1. Wirtschaft im Wandel – nachhaltig zu neuer Stärke**

787

788 Der Wandel zur intelligenten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gelingt nur, wenn die
789 Stärken und die Vielfalt der Regionen zum Tragen kommen. Schneller als je zuvor verändern
790 sich Wirtschafts- Arbeits- und Lebenswelten durch technische Innovationen und
791 wissenschaftlichen Fortschritt. Qualifikation und Bildung müssen Schritt halten.

792

793 Der Bevölkerungswandel wird in vielen Regionen des Landes grundlegende Veränderungen
794 bewirken. Eine ausgleichende Politik stellt sich der Gestaltungsaufgabe, das
795 Zusammenleben auf einer wirtschaftlich starken, chancengleichen Grundlage zu sichern.

796

797 Schwindende Rohstoffe, Klimawandel und der Atomausstieg erfordern neues Wirtschaften.
798 Die Umgestaltung des Wirtschaftssystems mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien ist
799 eine gewaltige Aufgabe – zugleich aber auch die Jahrhundertchance, mit einer neuen Politik
800 das Land auf Zukunftskurs zu bringen.

801

802 Niedersachsen bietet alle Voraussetzungen, trotz und mit allen Veränderungen ein starkes
803 Land zu bleiben. Die Wirtschaft ist leistungsfähig, niedersächsische Unternehmen behaupten
804 sich auf dem Weltmarkt. Die Wissenschaft hat einen hervorragenden Ruf, die Hochschulen
805 des Landes betreiben Forschung und Lehre auf internationalem Niveau. Allerdings sind die
806 Potenziale des Landes bei weitem nicht ausgeschöpft.

807

808 Niedersachsen muss unter den Bedingungen der Globalisierung den Anschluss an
809 internationalen Spitzenstandard halten – aber auch in manchen Bereichen noch herstellen.
810 Dafür ist es notwendig, die Qualitäten des Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnstandortes
811 Niedersachsen zu bündeln. Das wird über den künftigen Wohlstand des Landes mit
812 entscheiden.

813

814 Die SPD setzt auf eine neue, mit den Regionen abgestimmte Wirtschafts- und Strukturpolitik.
815 Sie will die Weichen für ein innovationsorientiertes, ökologisch und sozial nachhaltiges
816 Wachstum stellen. Niedersachsen muss stärker werden und menschlich bleiben.

817

818

819

820 **2. Schwarz-Gelb – ohne Konzept und Gestaltungskraft**

821

822 Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat die Illusion selbstregulierender Märkte zerstört. Statt
823 ihren Kräften freien Lauf zu lassen, brauchen sie einen festen Rahmen. Die Krise erfordert
824 Gestaltungskraft und entschlossenes Handeln, damit destabilisierte Märkte nicht länger
825 durch massiven Einsatz von Steuergeldern lebensfähig gehalten werden müssen.

826

827 Doch dafür hat Schwarz-Gelb kein Konzept. Es fehlen Ideen und Durchsetzungswillen.
828 Stattdessen beherrschen Wildwuchs und Widersprüchlichkeit die Entscheidungen,
829 Strukturen und Zuständigkeiten. Bestes Beispiel dafür ist die Energiewende. Statt einem
830 Masterplan zu folgen, arbeiten Wirtschafts-, Wissenschafts- und Umweltressort
831 nebeneinander her, zum Teil gegeneinander und jedenfalls ohne Zielorientierung. Während
832 Wirtschaft und Verbraucher sichere, saubere und bezahlbare Energie benötigen, ist
833 Niedersachsen das einzige Bundesland ohne Klimaschutzprogramm. Statt den Netzausbau
834 entschlossen voranzutreiben, erfolgt unverantwortliches Aussitzen.

835

836 Der gegenwärtigen Landesregierung fehlt eine durchdachte Innovationsstrategie für die
837 Wirtschaft: Es fehlt ein Konzept, um wichtige Potenziale des Landes wie Maritime Wirtschaft,
838 Luftfahrtindustrie, Logistik, Gesundheitswirtschaft oder Ernährungswirtschaft zu erschließen.

839 Es fehlt in der Wirtschaftsförderung eine ressortübergreifende Mittelstandspolitik. Es fehlt
840 eine arbeitsmarktpolitische Strategie zum Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse und
841 zur Bekämpfung des drohenden Fachkräftemangels. Vor allem aber fehlt ein
842 gesellschaftlicher Dialog über Ziele und Rahmen einer modernen Wirtschaftspolitik.
843

844
845

846 3. „Gute Arbeit“ – der Mensch im Mittelpunkt

847

848 Wirtschaft braucht Wachstum. Nur so lassen sich dauerhaft soziale Sicherungssysteme und
849 ökologische Modernisierung finanzieren. Dabei ist es Aufgabe der Politik, für nachhaltige
850 Entwicklungen Rahmenbedingungen zu setzen, die neben allgemeinem Wohlstand auch
851 individuelle Lebensqualität ermöglichen und nicht zuletzt die gesellschaftlichen
852 Umweltkosten des Wachstums berücksichtigen.
853

854

855 Die EU hat sich im Rahmen ihrer strukturpolitischen Strategie „Europa 2020“ auf die Ziele
856 eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums verpflichtet. Die SPD wird ihre
857 Wirtschafts- und Strukturpolitik an diesem Zieldreieck ausrichten – im konstruktiven Dialog
858 mit den Kommunen, den Regionen und den Partnern in der Wirtschaft. Sie wird dabei den
859 Menschen in den Mittelpunkt einer neuen Wirtschaftspolitik stellen, seine Talente und
860 Fähigkeiten, aber auch seine Bedürfnisse.

861

862 Dabei wird sich diese Politik zunächst auf die Überwindung der tiefen Spaltung des
863 Arbeitsmarktes in Niedersachsen richten: Auf der einen Seite werden qualifizierte
864 Arbeitskräfte mit gutem Einkommen und anspruchsvoller Arbeit umworben. Immerhin fehlen
865 der Wirtschaft zunehmend Fachkräfte – eine gut ausgebildete Generation von Mitarbeitern,
866 die Wissen und Erfahrung in Innovation und technischen Fortschritt umsetzen kann. Dies
867 erfordert eine bessere und breitere Ausbildung (*siehe Kapitel II*), aber auch Erleichterungen
868 beim Arbeitsmarktzugang für Menschen mit Migrationshintergrund oder mehr Chancen für
869 Menschen über 50.

870

871 Auf der anderen Seite gehören zur Arbeitswirklichkeit oftmals entwürdigende
872 Arbeitsverhältnisse. Lohndumping, Missbrauch von Leiharbeit, befristete Beschäftigung,
873 Angst um den Arbeitsplatz und Sorge vor Altersarmut zählen ebenso dazu. Von prekären
874 Arbeitsverhältnissen sind besonders Frauen betroffen. Geschlechtergerechtigkeit und
875 Chancengleichheit sind Voraussetzung für ein langfristig orientiertes und sozial
876 ausgeglichenes Wirtschaftswachstum. Deshalb sind bessere Betreuungsmöglichkeiten für
877 Kinder nicht nur ein familienpolitisches Gebot, sondern auch ökonomisch unverzichtbar.

878

879 Eine SPD-Landregierung orientiert sich am Leitbild der „Guten Arbeit“:

880

881 ■ Es stellt den Menschen in den Mittelpunkt und seine berechtigten Forderungen
882 nach fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen, nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit,
883 nach Beendigung von Lohndumping durch Leiharbeit, nach stabilen statt befristeten
884 Beschäftigungsverhältnissen und nach einem Recht auf Weiterbildung. Um diese
885 Ziele zu erreichen, müssen die Rechte von Betriebs- und Personalräten gestärkt und
886 das Personalvertretungsrecht an die Unternehmenswirklichkeit angepasst werden.

887

888 ■ Die Wirtschaftsförderung des Landes wird nur noch Unternehmen berücksichtigen,
889 die diese Kriterien beachten. Die künftig deutlich reduzierten EU-Mittel zur
890 Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen sollen dort für neue
891 sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze eingesetzt werden.

892

893 ■ Die Einhaltung der Regeln von „Gute Arbeit“ bei der öffentlichen Auftragsvergabe
894 durch Land und Kommunen wird im Landesvergabegesetz verankert. Dabei wird der
895 gesetzliche Auftragswert von bisher 30.000 auf 10.000 Euro gesenkt. Eine

895 Tarifbindung wird für alle Branchen eingeführt, in denen gesetzliche Mindestlöhne
896 nach dem Arbeitnehmerentendegesetz gelten. Firmen mit Arbeitsverhältnissen
897 unterhalb der Entgeltgrenze von 8,50 Euro werden von der Vergabe ausgeschlossen.
898

899 ■ Gleichzeitig wird sich eine SPD-Landesregierung auf der Bundesebene für die
900 Ziele der „Guten Arbeit“ einsetzen:

- 901
- 902 • Einführung von flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlöhnen;
- 903
- 904 • Regulierung der Leiharbeit und Begrenzung von befristeter Beschäftigung;
- 905
- 906 • Einführung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“;
- 907
- 908 • gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Weiterbildung.
- 909

910 Nicht zuletzt zählt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum menschlichen Gesicht einer
911 neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Mit gezielter Förderung aus Mitteln des Landes
912 und der EU sollen Erwerbschancen für alle gesichert werden, die arbeiten können und
913 wollen. Ein Schwerpunkt wird dabei die Qualifizierung von Arbeitslosen sein, ein anderer die
914 „zweite Chance“ für junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss im Alter von 25 bis
915 35 Jahren. Mit einem Fachkräfte-Sicherungskonzept will die SPD eine verbindliche
916 Kooperation zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft herstellen. Älteren Menschen soll
917 die Teilnahme am Arbeitsleben oder die Wiedereingliederung durch den Ausbau einer
918 alterns- und altersgerechten Arbeitsorganisation in den Betrieben erleichtert werden.
919 Modellprojekte des Landes sollen arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen
920 Beschäftigungschancen in einen öffentlich geförderten Sektor des Arbeitsmarktes
921 ermöglichen.

922

923 Inklusion ist nicht nur in der Bildungspolitik ein wichtiges Thema. Ziel muss es sein, auch den
924 Menschen mit Behinderungen wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Dies
925 erfolgt in enger Kooperation mit den Partnern aus den Werkstätten.

926
927
928

929 **4. Wachstum – Impulsstrategie für die Regionen**

930

931 Die Chancen des „Gute-Arbeit“-Konzepts stehen in engem Zusammenhang mit den
932 zukünftigen Entwicklungschancen der niedersächsischen Wirtschaft zur wissensbasierten
933 Industrie- und Dienstleistungswirtschaft. Aber auch die traditionellen Industrien, gewerbliche
934 Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk müssen im Blick bleiben. Zu einem
935 investitionsfreundlichen Klima gehört auch der Abbau von Bürokratie mit dem Verzicht auf
936 unnötige und umständliche Genehmigungsverfahren.

937

938 ❖ **Regionen und Strukturen**

939

940 Eine der Aufgabe neuer Wirtschaftspolitik ist es, die vorhandenen und durch den
941 demografischen Wandel noch verstärkten Ungleichgewichte zwischen den Regionen und vor
942 allem zwischen Stadt und Land auszugleichen: Die großen Städte und Metropolregionen
943 müssen als Wachstumszentren für den Wettbewerb gestärkt werden – gleichzeitig braucht
944 Niedersachsen auch starke und dynamische ländliche Regionen.

945

946 Eine SPD-Landesregierung wird

- 947
- 948 ■ ausgehend von den jeweils lokalen Stärken mit den Akteuren vor Ort regionale
949 Entwicklungskonzepte vorlegen.
- 950

951 ■ die in der Förderperiode ab 2014 absehbar eingeschränkten Mittel aus den
952 Europäischen Fonds bündeln: zum Ausbau der sozialen Infrastruktur und der
953 Fachkräftesicherung im Zuge des demografischen Wandels, zur
954 Innovationsförderung und zur Bewältigung der Energiewende.

955
956 ❖ **Industrie**

957
958 Schon heute machen die forschungsintensiven Industrien die Wirtschaft des Landes stark.
959 Schon heute herrschen hier qualitativ gute Arbeitsbedingungen. Das ist eine zukunftsfähige
960 Plattform für modernes, intelligentes und nachhaltiges Industriewachstum: technologische
961 Innovation im Einklang mit anspruchsvoller, guter Arbeit und ökologischer Erneuerung.

962
963 Eine SPD-Landesregierung wird

964
965 ■ in den Schlüsselindustrien regelmäßige Branchendialoge mit klaren strategischen
966 Inhalten initiieren.

967
968 ■ mit aller Kraft und im Interesse einer langfristigen Standortsicherung das VW-
969 Gesetz gegen Angriffe verteidigen und an der Landesbeteiligung der Salzgitter AG
970 festhalten.

971
972 ❖ **Dienstleistung**

973
974 Die Dienstleistungsbranche ist ein Wachstums- und Beschäftigungsmotor. Viele
975 niedersächsische Arbeitnehmer, aber auch eine hohe Anzahl Freiberufler sind in diesem
976 Segment tätig. Niedersachsens Stärken liegen dabei in der sozialen Gesundheitswirtschaft
977 und im Tourismus. Allerdings wirken sich die Versäumnisse schwarz-gelber Politik
978 inzwischen als Bremse für hochwertige Dienstleistungen aus: Fehlendes Fachpersonal und
979 schlechte Arbeitsbedingungen sind Gift für eine hohe Dienstleistungsqualität.

980
981 Eine SPD-Landesregierung wird

982
983 ■ regionale Potenziale wie Gesundheitswirtschaft und Tourismus mit regional
984 abgestimmten Handlungskonzepten entwickeln. Für ganz Niedersachsen wird ein
985 Masterplan „Soziale Gesundheitswirtschaft“ verwirklicht (*näheres im Kapitel V.7*). Die
986 generellen Zukunftsperspektiven und -potenziale der Dienstleistungsbranche sollen
987 im bestehenden Forschungszweig „Gesundheitswirtschaft“ zukünftig intensiver
988 untersucht werden.

989 ❖ **Mittelstand und Handwerk**

990
991 Fast drei Viertel der niedersächsischen Beschäftigten arbeiten in kleinen und mittleren
992 Unternehmen (KMU), mehr als 500.000 allein im Handwerk. Der Mittelstand schafft schon
993 heute die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze. Auch dieser Wirtschaftsbereich befindet sich im
994 Strukturwandel. Anders als große Unternehmen brauchen die KMU bei der Entwicklung
995 neuer Produkte und Verfahren die Hilfestellung des Landes. Sie verdienen deshalb die
996 besondere Unterstützung einer neuen Wirtschafts- und Strukturpolitik.

997
998 Eine SPD-Landesregierung wird in ihrem Mittelstandsprogramm

999
1000 ■ kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, Strukturen für Weiterbildung
1001 und Qualifikation zu verbessern und von einer regionalen Wissensvernetzung zu
1002 profitieren.

1003
1004 ■ eine spezielle einzelbetriebliche Innovationsförderung einrichten und die künftige
1005 europäische Regionalförderung zur Stärkung der KMU-Kapitalbasis nutzen.

1006

1007 **❖ Kommunale Unternehmen**

1008

1009 Kommunales Wirtschaften ist demokratisch legitimiert und am Gemeinwohl orientiert. Mit
1010 ihren Investitionen stabilisieren Kommunen die Wirtschaft und können Fehlentwicklungen
1011 ausgleichen.

1012

1013 Eine SPD-Landesregierung wird

1014

1015 ■ kommunale Unternehmen unterstützen, Projekte wie „Gute Arbeit“ oder die
1016 Energiewende erfolgreich zu verwirklichen.

1017

1018 ■ das Gemeinewirtschaftsrecht entsprechend anpassen.

1019

1020

1021

1022 **5. Leitmärkte – starke Potenziale für Wachstum**

1023

1024 Leitmärkte sind Zukunftsmärkte: In den Branchen der Mobilitätswirtschaft, der maritimen
1025 Wirtschaft, der Energiewirtschaft, der sozialen Gesundheitswirtschaft und der
1026 Tourismuswirtschaft verfügt Niedersachsen bereits über starke Potenziale. Mehr als in der
1027 Vergangenheit bedürfen diese Potenziale öffentlicher Wachstumsanreize. Die SPD
1028 betrachtet die zukunftsfähige Entwicklung der Leitmärkte als Schwerpunkt einer neuen
1029 Wirtschaftspolitik.

1030

1031 **❖ Mobilitätswirtschaft**

1032

1033 Integrierten Mobilitätskonzepten gehört die Zukunft. Nicht nur die überlasteten
1034 Binnenverkehrswege, wie beispielsweise bei der Volkswagen AG rundum Wolfsburg,
1035 sondern auch die rasant wachsenden Metropolen der boomenden Schwellenländer
1036 brauchen intelligente Mobilitätslösungen. Für die leistungs- und exportstarke
1037 niedersächsische Mobilitätswirtschaft – Automobilindustrie, Luft- und Schienenfahrzeugbau,
1038 Spezialschiffsbau und Logistik – öffnen sich damit lukrative Absatzmärkte für High-End-
1039 Produkte und Dienstleistungen.

1040

1041 Eine SPD-Landesregierung wird

1042

1043 ■ die heimische Spitzenposition bei Fahrzeugen mit traditionellem Antrieb in
1044 Bereichen wie Leichtbau und hoch effiziente Motoren durch Forschungseinrichtungen
1045 unterstützen;

1046

1047 ■ Niedersachsen zu einem Zentrum der weltweiten Forschung und Entwicklung der
1048 Elektromobilität machen;

1049

1050 ■ das Mobilitätscluster rund um das Niedersächsische Forschungszentrum
1051 Fahrzeugtechnik (NFF) landesweit ausbauen und die Verbindung von
1052 Mobilitätsangeboten mit Informations- und Kommunikationstechnologien fördern.

1053

1054 **❖ Maritime Wirtschaft**

1055

1056 Mehr als 90 Prozent des Welthandels werden heute über den Seeweg abgewickelt.
1057 Niedersächsische Reeder stellen eine der weltgrößten Handelsflotten. Mit dem Jade-Weser-
1058 Port wird das Land zu einem führenden Umschlagplatz an der Nordseeküste. Neben Werften
1059 und Zulieferern erlangen meerestechnische Betriebe in den Zeiten von Klimaschutz und
1060 Energiewende vor allem im Wind-Offshore-Bereich größere Bedeutung.

1061

1062 Eine SPD-Landesregierung wird daher:

1063
1064
1065
1066
1067
1068
1069
1070
1071
1072
1073
1074
1075
1076
1077
1078
1079
1080
1081
1082
1083
1084
1085
1086
1087
1088
1089
1090
1091
1092
1093
1094
1095
1096
1097
1098
1099
1100
1101
1102
1103
1104
1105
1106
1107
1108
1109
1110
1111
1112
1113
1114
1115
1116
1117
1118

■ auch in Zukunft Investitionen in die weitere Entwicklung der Hafenstandorte vorsehen. Projekte wie die zweite Ausbaustufe des Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven, die Entwicklung des Rysumer Nacken in Emden und den weiteren Ausbau in Cuxhaven und Stade werden vorangetrieben.

■ Verhandlungen führen, um in das gemeinsame maritime Clustermanagement von Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein auch Bremen und Mecklenburg-Vorpommern einzubeziehen.

■ eine intensive Zusammenarbeit und die gemeinsame Vermarktung der deutschen Seehäfen vorantreiben.

■ ein Kompetenzzentrum für „Greenshipping“ aufbauen, um eine ressourcenschonende Schifffahrt in den Bereichen Schiffbau, Reederei- und Hafenwirtschaft zu organisieren.

❖ **Energiewirtschaft**

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien eröffnen sich für Niedersachsen große wirtschaftliche Chancen im Bereich der On- und Offshore-Windenergie. Dafür ist ein Ausbau der Netzinfrastruktur notwendig. Voraussetzung für die Entwicklung einer modernen Energiewirtschaft ist es, mit Unternehmen, Kommunen und Umweltverbänden ein Konzept zur Umsetzung der Energiewende zu entwickeln (*siehe dazu auch Kapitel VII*).

Eine SPD-Landesregierung wird daher zunächst

■ sicherstellen, dass alle Projekte der Energiewende mit den Kriterien von „Guter Arbeit“ im Einklang stehen.

■ gemeinsam mit dem Handwerk Installation und Wartung neuer Energie-Technologien in Privathaushalten vorantreiben. Repowering von Windkraftanlagen unterstützen und sich für belastbare Investitions- und Finanzierungsbedingungen zum Ausbau der Offshore-Windenergien einsetzen.

■ eine neue Energieagentur ins Leben rufen, die Kommunen, Bürgern und Unternehmen Hilfestellung in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und intelligente Energiesysteme bietet.

❖ **Soziale Gesundheitswirtschaft**

Demografischer Wandel, medizinischer Fortschritt und steigendes Gesundheitsbewusstsein machen die Gesundheitswirtschaft zum dynamischen Wachstumsmarkt. Niedersachsen hat dabei eine gute Startposition: mit erfolgreichen Krankenhäusern, einer international anerkannten Medizinforschung, innovativen Betrieben der medizinischen Biotechnologie und der Medizintechnik sowie regional gut verankerten Gesundheitsdienstleistungen. Hinzu kommen vielfältige Schnittstellen zum Gesundheitstourismus und der Ernährungswirtschaft. Doch über qualitatives Wachstum hinaus müssen hochwertige Gesundheitsversorgung, bessere Lebensqualität und gute Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen künftig im Einklang stehen.

Eine SPD-Landesregierung wird

■ einen „Masterplan Soziale Gesundheitswirtschaft“ aufstellen, um die regionalen Stärken und Profile im Bereich der sozialen Gesundheitswirtschaft weiter auszubauen (*näheres dazu im Kapitel V.7*).

1119 ❖ **Tourismus**

1120

1121 Niedersachsen ist die führende touristische Destination des Nordens mit jährlich zuletzt fast
1122 40 Millionen Übernachtungen. Der Tourismus ist mit rund 338.000 Beschäftigten einer der
1123 größten Arbeitgeber im Land. Jährlich geben Reisende im Urlaubsland Niedersachsen in
1124 Hotellerie, Gastronomie und dem Einzelhandel rund 15 Milliarden Euro aus. Doch auch
1125 dieser Leitmarkt arbeitet unter seinen Möglichkeiten. Schwarz-Gelb hat weder ein
1126 Tourismuskonzept aufgestellt, noch eine zentrale Anlaufstelle für Kommunen, Regionen und
1127 Investoren eingerichtet. Notwendig sind klare Zuständigkeiten und Strukturen im
1128 Wirtschaftsministerium und ein Konzept mit regionaler Schwerpunktbildung, Förderzielen
1129 und einem abgestimmten Ansiedlungsmanagement für Hotel- und Tourismusprojekte.

1130

1131 Eine SPD-Landesregierung wird

1132

1133 ■ die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusregionen insbesondere im ländlichen
1134 Raum stärken. Im Fokus stehen dabei nachfragestarke Urlaubsthemen wie
1135 Gesundheits- und Erholungstourismus, Fahrrad- und Wandertourismus,
1136 Wassertourismus sowie Kultur- und Städtetourismus. Dies muss einhergehen mit
1137 dem Ausbau der touristischen Infra- und Verkehrsstrukturen.

1138

1139 ■ im Rahmen eines Landestourismuskonzepts innovative KMU-Tourismusprojekte
1140 für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020 entwickeln.

1141

1142 ■ dafür eintreten, dass bei der Ferienzeitregelung Überschneidungen der
1143 Hauptferienzeiten im Reiseland Niedersachsen vermieden werden.

1144

1145

1146

1147 **6. Information und Kommunikation – nicht ohne schnelles Internet**

1148

1149 Netzpolitik ist moderne Gesellschaftspolitik. Die Technologien für Information und
1150 Telekommunikation, das Internet und die Digitalisierung haben inzwischen sämtliche
1151 Lebensbereiche erreicht. Gesellschaftliche Teilhabe ist ohne Zugang zum schnellen Internet
1152 heute beinahe undenkbar geworden. Dies gilt für Bildung, Arbeit, politische Beteiligung –
1153 aber auch für einen Großteil der alltäglichen sozialen Kontakte.

1154

1155 Als Wirtschaftsfaktor zieht sich das Internet inzwischen durch die meisten Branchen. Ob
1156 Gastronomie, Einzelhandel, Tourismus oder Industrie – neue Kommunikations- und
1157 Vertriebswege steigern den Umsatz und helfen, neue Kunden zu gewinnen. An die 11.000
1158 niedersächsische Unternehmen mit 60.000 Arbeitsplätzen sind im weitesten Sinn bereits in
1159 der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) aktiv. Am bundesweiten IKT-Markt
1160 hat Niedersachsen allerdings nur einen Anteil von fünf Prozent – ein Beweis für die verfehlte
1161 Politik der schwarz-gelben Landesregierung.

1162

1163 Die politischen Rahmenbedingungen stimmen nicht. Voraussetzung für gesellschaftliche
1164 Nutzung und wirtschaftlichen Gebrauchswert von Internet und Telekommunikation sind
1165 belastbare, schnelle und bezahlbare Netzanbindungen, die auch gleichwertige
1166 Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Chancengleichheit zwischen Stadt und Land
1167 gewährleisten. Tatsächlich aber wandern Unternehmen wegen zu geringer Netzbandbreiten
1168 aus dem ländlichen Raum ab.

1169

1170 Als Reaktion auf den digitalen Fortschritt hat die Europäische Kommission mit ihrer „Digitalen
1171 Agenda“ das Ziel festgeschrieben, bis 2020 die Hälfte der Einwohner Europas mit einer
1172 Bandbreite von bis zu 100 Mbit/s für das Netz zu versorgen.

1173

1174 Die SPD betrachtet die landesweite Grundversorgung mit schnellem Internet als Bestandteil
1175 der öffentlichen Daseinsvorsorge. Leistungsfähige digitale Netze sind wichtige Bausteine für
1176 die Wirtschafts- und Strukturförderung. Ihr Ausbau kann durch wirtschaftliche Anreize für
1177 Unternehmen und Kommunen beschleunigt werden.

1178
1179 Eine SPD-Landesregierung wird

1180
1181 ■ zu einem jährlichen niedersächsischen Breitband-Gipfel Kommunen, Stadtwerke
1182 sowie Vertreter von Wirtschaft und Gesellschaft einladen, um eine Strategie für den
1183 flächendeckenden Breitbandausbau zu erarbeiten. Sie wird dabei u.a. auf die
1184 Erfahrungen des Breitband Kompetenz Zentrums Niedersachsen zurückgreifen.

1185
1186 ■ sich für die Sicherstellung von Breitbandanschlüssen für alle Haushalte
1187 einsetzen.

1188
1189 Beim Internet geht es auch um wirtschaftliches Wachstum und um Arbeitsplätze. So hat „IT
1190 made in Niedersachsen“ das Zeug zum Exportschlager. Das zeigt sich in wachstumsstarken
1191 Anwendungsfeldern wie Green IT, eMobility, eHealth, eEnergy und eLearning. Aber die
1192 digitale Wirtschaft und die Gründerkultur in ihrem Umfeld brauchen bessere
1193 Rahmenbedingungen und qualifizierte Mitarbeiter.

1194
1195 Eine SPD-Landesregierung wird

1196
1197 ■ IKT-Regionen mit „Ideenfabriken“ als Zusammenschluss von Unternehmen,
1198 Forschungseinrichtungen und Hochschulen bilden, um die Zusammenarbeit zwischen
1199 Wissenschaft und digitaler Wirtschaft zu forcieren.

1200
1201 Die SPD will einen informatorischen Kulturwandel herbeiführen – weg vom Amtsgeheimnis,
1202 hin zur offenen Verwaltung. Durch „Open-Data“- oder „Open-Source“-Modelle werden
1203 staatliche Daten offen zugänglich und Verwaltungshandeln transparent. Die „Europäische
1204 Bürgerinitiative“ als digitales Angebot zur Bürgerbeteiligung an der EU-Politikgestaltung ist
1205 beispielgebend.

1206
1207 Eine SPD-Landesregierung wird

1208
1209 ■ ein niedersächsisches Informationsfreiheitsgesetz nach dem Vorbild von bereits
1210 elf Bundesländern auf den Weg bringen.

1211
1212 ■ bei Projekten der Verwaltungsmodernisierung eine E-Government-Strategie
1213 erarbeiten, die Transparenz, Bürgernähe und Partizipation in den Mittelpunkt stellt.

1214
1215 Allerdings braucht das Internet neue Datenschutzregelungen. Die unübersehbar vielfältigen
1216 Verbindungen von öffentlich zugänglichen und personenbezogenen Daten bedeuten große
1217 Gefahren für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Der Schutz der Persönlichkeit
1218 und der persönlichen Daten im Internet ist jedoch jederzeit zu gewährleisten. Dafür müssen
1219 die Fähigkeiten der Nutzer zum Selbstschutz gestärkt werden.

1220
1221 Eine SPD-Landesregierung wird

1222
1223 ■ im Bundesrat einen weitergehenden Datenschutz für Beschäftigte einfordern.

1224
1225 ■ in Niedersachsen die Landesbehörde für den Datenschutz, Polizei,
1226 Staatsanwaltschaften und Gerichte durch geschultes Personal und technische
1227 Ausstattungen für diese Aufgaben wappnen.

1228
1229

1230 **7. Verkehrspolitik – Infrastruktur für Mobilität**

1231

1232 Niedersachsen ist zur zentralen und internationalen Logistikkreuzung geworden. Mit dem
1233 Jade-Weser-Port hat das Land ein neues Tor zur Welt geöffnet. Das Transportgewerbe spielt
1234 für Wirtschaft und Konsum eine wichtige Rolle. Es gilt also, die Infrastruktur auf allen
1235 Verkehrsträgern – Schiene, Wasser, Straße und Luft – zu optimieren und mit einander zu
1236 vernetzen. Dies dient dem Güter-, Individual- und öffentlichen Verkehr in gleicher Weise.
1237 Anliegerinteressen sollen durch frühzeitige und umfassende Informationen sowie eine
1238 pragmatische und ideologiefreie Suche nach Lösungen einfließen.

1239

1240 Eine SPD-Landesregierung wird in einem Infrastrukturkonzept festhalten, dass

1241

1242 ■ Schienennetze einschließlich der Hinterland-Anbindung von Hafen- und
1243 Produktionsstandorten wie dem Jade-Weser-Port saniert, optimiert und die Belange
1244 der Bürger berücksichtigt werden.

1245

1246 ■ Autobahnverbindungen wie insbesondere die A 20, A 26 und A 39 realisiert
1247 werden.

1248

1249 ■ keine Region durch vernachlässigte Straßen- und Schienenanbindungen von der
1250 wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt wird.

1251

1252 ■ das System der Binnenwasserstraßen modernisiert wird und eine neue
1253 Kategorisierung der Binnenwasserstraßen nicht zulasten Niedersachsens geht.

1254

1255 ■ Projekte wie das Schiffshebewerk Scharnebeck verwirklicht werden.

1256

1257

1258

1259 **8. Landwirtschaft – gesunde Betriebe, gesunde Produkte**

1260

1261 Niedersachsen ist bundesweit Agrarland Nr. 1. Die Wertschöpfung der Ernährungs- und
1262 Landwirtschaft steht nach der Automobilindustrie an zweiter Stelle in Niedersachsen. Die
1263 Erzeugung hochwertiger Lebensmittel für die nationalen und internationalen Märkte sichert
1264 mehrere zehntausend Arbeitsplätze. Die Agrarpolitik der SPD zielt darauf ab, diese
1265 Spitzenplätze zu sichern.

1266

1267 Niedersachsen braucht auch in Zukunft eine leistungsfähige, multifunktionale Landwirtschaft,
1268 die Arbeitsplätze und Einkommen sichert; die sowohl im konventionellen wie in einem
1269 gestärkten Ökolandbau nach hohen Qualitätsstandards produziert; die in die Regionen und
1270 die ländliche Gemeinschaft eingebunden ist und deren Handeln darauf ausgerichtet ist, die
1271 natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern.

1272

1273 Die Landwirtschaft hat große Verantwortung beim Schutz von Wasser, Boden und Luft. Auch
1274 die Pflege und Entwicklung der einmaligen Kulturlandschaften in Niedersachsen, der Erhalt
1275 der Artenvielfalt, ein verbesserter Tierschutz und Nulltoleranz gegenüber der Gentechnik
1276 gehören zu einer nachhaltigen Produktion. Bodenversiegelungen müssen minimiert und
1277 Konkurrenzsituationen zwischen der Nahrungsmittelproduktion und dem
1278 Energiepflanzenanbau vermieden werden.

1279

1280 Verbraucher wollen hochwertige, bezahlbare und auch regional erzeugte Lebensmittel. Der
1281 Marktanteil von regionalen und biologisch erzeugten Produkten muss durch Förderung
1282 gesteigert und die Agrarforschung stärker darauf ausgerichtet werden.

1283

1284 Die Landschaftspflege dient nicht zuletzt auch der touristischen Entwicklung. Wirtschaftliche
1285 Initiativen wie Hofläden, Hofcafés und landwirtschaftliche Dienstleistungen sind wichtige
1286 Faktoren im ländlichen Raum. Auch Nordsee- und Binnenfischerei sind ein wichtiger
1287 Bestandteil der Landeskultur und leisten ihren Beitrag zu Wertschöpfung und Tourismus im
1288 ländlichen Raum. Große Teile Niedersachsens sind bewaldet. Wälder liefern Holz und haben
1289 für den Klimaschutz, den Naturschutz und die Erholung eine große Bedeutung.

1290
1291 Aber letztlich genießt die Agrar- und Ernährungswirtschaft nur dann gesellschaftliche
1292 Akzeptanz und kann ihre Produkte zu angemessenen Preisen vermarkten, wenn die
1293 Verbraucher die Produktionsprozesse im Einklang mit den Zielen von gesunder Ernährung
1294 und verbindlichem Tierschutz, Klima-, Umwelt- und Naturschutz wissen. Hierzu ist ein
1295 umfassender Dialog zwischen allen Beteiligten nötig.

- 1296
1297 Eine SPD- Landesregierung wird
- 1298
1299 ■ die Agrarförderung in der neuen EU-Förderperiode neu ausrichten und an die
1300 umwelt- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen anpassen.
 - 1301
1302 ■ durch einen Förderschwerpunkt den Ökolandbau und regionale
1303 Vermarktungsstrategien unterstützen.
 - 1304
1305 ■ mit einem Masterplan „Gesunde Ernährung“ der Agrar- und Ernährungswirtschaft
1306 neue Marktchancen eröffnen.
 - 1307
1308 ■ mit einem Masterplan „Tierschutz“ den notwendigen Veränderungs- und
1309 Umstellungsprozess in der Nutztierhaltung voranbringen.
 - 1310
1311 ■ die Agrarforschung im Bereich des Ökolandbaus ausweiten.
 - 1312
1313 ■ die stufenweise Qualitätssicherung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch
1314 komplette Eigenkontrolle im Produktionsprozess verbessern.
 - 1315
1316 ■ die Regelungen zum Schutz von Wasser und Boden verbessern und die
1317 Nachhaltigkeitswende in der Forstwirtschaft und der Fischerei vorantreiben.
 - 1318
1319 ■ sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Kommunen unter anderem durch
1320 eine Novellierung des § 35 Baugesetzbuch effektive Steuerungsmöglichkeiten im
1321 Rahmen von Vorhaben der Intensivtierhaltung bekommen.

1322 1323 1324 1325 **9. Verbraucherschutz – Wahrung der Verbraucherrechte**

1326
1327 Die Verbraucherpolitik in Niedersachsen muss neu ausgerichtet werden und mehr Gewicht
1328 bekommen. Globalisierung und technischer Fortschritt haben die Konsummöglichkeiten stark
1329 verändert. Gleichzeitig steigt der Bedarf der Verbraucher an Beratung, Bildung und Schutz,
1330 um sich in der Vielfalt zu Recht zu finden. Viele fühlen sich mit der Angebots- und Tariffut
1331 überfordert. Sie fragen sich, ob sie den angebotenen Lebensmitteln oder Spielsachen
1332 vertrauen können oder welche Versicherung für sie richtig ist. Verbrauchern stehen
1333 Anbietern gegenüber, die auf ihre Produkt- und Dienstleistungsangebote spezialisiert sind
1334 und deshalb über bessere Informationen verfügen.

1335
1336 Privater Konsum ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, der auch Auswirkungen auf die
1337 Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und die Produktionsbedingungen hat. Er ist ein
1338 wesentlicher Impulsgeber für eine innovative und nachhaltige Entwicklung. Eine neue
1339 verbraucherpolitische Strategie für Niedersachsen soll den Stimmen der Verbraucher mehr

1340 Gewicht verleihen und die Regelungen zu ihrem Schutz und ihrer Information verbessern.
1341 Die Verbraucherzentrale Niedersachsen nimmt dabei eine wichtige Aufgabe wahr und muss
1342 künftig wieder besser unterstützt werden.

1343

1344 Eine SPD-Landesregierung wird

1345

1346 ■ im Dialog mit Verbrauchern, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und der
1347 Wissenschaft eine verbraucherpolitische Strategie entwickeln.

1348

1349 ■ eine institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Niedersachsen einrichten.

1350

1351 ■ das Landesamt für Verbraucherschutz in seinen Komponenten optimieren.

1352 IV. NEUE GESELLSCHAFTSPOLITIK BRAUCHT AUFBRUCH

1353

1354

1355 Demokratie ist mehr, als alle paar Jahre sonntags zur Wahl zu gehen. Demokratie beweist
1356 und bewährt sich im Alltag, in Chancengleichheit, Teilhabe und Mitsprache, in
1357 Nachbarschaft, Gemeinsinn und Solidarität. Um sich zu entfalten, braucht Demokratie die
1358 Form einer Zivilgesellschaft. Sie muss offen und transparent sein, zum Mitmachen einladen.
1359 Sie braucht Austausch und Überzeugungskraft.

1360

1361 „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ Diesen historischen Satz von Willy Brandt hat sich die
1362 SPD zu Eigen gemacht. Sie sieht Bürger, Familien und alle Formen der Partnerschaften,
1363 Vereine und Verbände, Gewerkschaften und Unternehmen, Wirtschaft und Wissenschaft –
1364 alle gesellschaftlichen Gruppen als Partner für den Aufbruch in eine neue Politik.

1365

1366 Damit dieser Aufbruch gelingt, darf der demografische Wandel nicht länger einfach nur
1367 passieren, er braucht Gestaltung. Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung
1368 müssen von der langen Bank wieder in die politische Praxis zurückgeholt werden. Die SPD
1369 wird junge und alte Menschen einbeziehen. Sie wird die Diskriminierung von sexueller
1370 Identität beenden, wie sie gegenüber Homosexuellen, Lesben und Transgendern immer
1371 noch zum Ausdruck kommt.

1372

1373

1374

1375 **1. Demografischer Wandel – Rückgang, aber kein Rückschritt**

1376

1377 Die Veränderung hat längst begonnen. Bereits in den nächsten Jahren wird nach
1378 wissenschaftlichen Prognosen die Gesamtzahl der Menschen in Niedersachsen um fünf
1379 Prozent zurückgehen. Doch während der Anteil von jungen Menschen unter 20 Jahren dabei
1380 bereits bis 2030 auf knapp 17 Prozent sinkt, steigt der Anteil der über 65-Jährigen auf 29
1381 Prozent. Jeder zwölfte Niedersachse wird dann älter als 80 sein.

1382

1383 Niedersachsen ist vom demografischen Wandel doppelt betroffen. Einerseits sinkt die
1384 Einwohnerzahl und andererseits steigt das Durchschnittsalter. Die Auswirkungen sind
1385 regional unterschiedlich. Demografie-Gewinner werden Metropolregionen sowie einige
1386 Landkreise im Westen sein, während im Osten und Süden Niedersachsens weitere
1387 einschneidende Bevölkerungsrückgänge bevorstehen.

1388

1389 Damit verbunden sind große gesellschaftspolitische Fragestellungen: Welche
1390 Lebensperspektiven gibt es für die Menschen in den einzelnen Landesteilen? Wie ist die
1391 Chancengleichheit der Bildung zu gewährleisten? Wie lassen sich medizinisch-pflegerische
1392 Versorgung und Mobilität sicherstellen? Wie sieht die Zukunft von Arbeitsmarkt und
1393 Wirtschaft aus, wenn die Zahl junger Arbeitnehmer um etwa ein Viertel zurückgeht –
1394 gleichzeitig aber die Anforderungen an deren Qualifikation steigen?

1395

1396 Obwohl die Antworten auf solche Fragen über die Zukunft des Landes entscheiden, die
1397 Herausforderungen des demografischen Wandels seit nahezu einem Jahrzehnt bekannt sind
1398 und andere Bundesländer bereits handeln, verharrt die schwarz-gelbe Landesregierung in
1399 Tatenlosigkeit. Ihr „Handlungskonzept“ besteht aus unverbindlichen Empfehlungen, kennt
1400 weder Prioritäten noch regionale Differenzierung und lässt Kommunen außen vor.

1401

1402 Eine SPD-Landesregierung wird alle gesellschaftspolitischen Felder, Bildungs-, Familien-
1403 und Gesundheitspolitik, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Struktur- und Regionalpolitik auf
1404 die demografische Herausforderung beziehen. Sie wird Handlungsprogramme entwickeln.
1405 Sie wird die bevorstehenden gesellschaftlichen Veränderungen als Querschnittsaufgabe

1406 betrachten und ihren Umgang damit im Dialog mit den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen
1407 entwickeln. Das bedeutet:

1408
1409 ■ Ein „Demografie-Rat“ aus Landesregierung, Kommunen, Regionen und
1410 Gesellschaft wird jährlich die Entwicklung analysieren, mit regionalen Stärke-/
1411 Schwächeanalysen einordnen und Handlungskonzepte abstimmen. Ziel ist es, die
1412 Spaltung des Landes durch den demografischen Wandel zu verhindern und allen
1413 Räumen und Regionen des Landes eine neue Perspektive zu ermöglichen.

1414
1415 ■ Vier bevollmächtigte Landesbeauftragte werden die Präsenz der Landesregierung
1416 in der Fläche erhöhen. Sie sollen mit den regionalen Akteuren maßgeschneiderte
1417 Zukunftskonzepte erarbeiten. Gleichzeitig werden sie als kompetente Anwältinnen der
1418 Regionen vor Ort Entwicklungsprojekte unterstützen (*siehe dazu Kapitel VI.2*).

1419
1420
1421

1422 **2. Frauen – neuer Aufbruch zu Gleichberechtigung**

1423
1424 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat seit 2003 frauenpolitische Konzepte vernachlässigt
1425 und die gesetzliche Weiterentwicklungen der Gleichberechtigung zum Stillstand gebracht. So
1426 wurden die Hauptberuflichkeit der kommunalen Frauenbeauftragten und die Frauenquote
1427 von 50 Prozent im niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz aufgehoben. Zugleich
1428 steht Niedersachsen heute beim Frauenanteil an Ämtern, Mandaten, Bildung und
1429 Beschäftigung im Ländervergleich durchweg weit unten – ist jedoch bei der weiblichen
1430 Arbeitslosenquote und dem Verdienstunterschied zu Männern leider Spitze.

1431
1432 Förderprogramme zu beruflicher Gleichstellung, Gleichstellungsgesetze, Konzepte für
1433 Gewaltschutzprogramme und Förderung von Ganztagschulen stammen in Niedersachsen
1434 aus der SPD-Regierungszeit der 1990er Jahre. Auch heute ist die SPD wieder der Garant,
1435 dass nicht nur Politik für Frauen gemacht wird, sondern vor allem Politik von Frauen
1436 bestimmt wird.

1437
1438 Frauen sind nach dem Gesetz Männern gleichberechtigt. Doch im Erwerbsleben ist
1439 Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht. Obwohl ihr Bildungsniveau so hoch wie nie ist,
1440 sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Ihre Erwerbsquote liegt deutlich unter dem
1441 Bundesdurchschnitt, sie arbeiten mehrheitlich in schlecht bezahlten Berufen, in Teilzeit- und
1442 Minijobs. Besonders junge Frauen werden schlechter bezahlt als Männer und haben
1443 schlechte Aufstiegschancen. In den Personalräten und Vorständen börsennotierter und
1444 mitbestimmter Unternehmen sind Frauen rar, nur gut 23 Prozent der Hochschul-Professuren
1445 sind mit Frauen besetzt.

1446
1447 Unzureichende Betreuungs- und Bildungsangebote in Kitas und Grundschulen erschweren
1448 Fortkommen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu kommen flexibilisierte
1449 Arbeitszeiten, Wochenendarbeit und Arbeitsverdichtung, die eine Balance von
1450 Erwerbstätigkeit, Privatleben und Familie verschärfen. Schließlich tragen Frauen die
1451 Hauptlast der familiären Sorgetätigkeit – von der Kinderbetreuung bis zur Alterspflege.

1452
1453 Eine SPD-Landesregierung will den Aufbruch zu mehr Gleichberechtigung nach den Regeln
1454 von „Gute Arbeit“ mit folgenden Gleichstellungsprinzipien erreichen:

1455
1456 ■ Chancengleichheit für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt, gleiche
1457 Bezahlung für gleichwertige Arbeit;

1458
1459 ■ Weiterentwicklung von Qualifizierungsprogrammen für Berufseinsteigerinnen und
1460 Berufsrückkehrerinnen;

1461

- 1462 ■ gezielte Förderung von Mädchen, damit sie in zukunftssträchtigen Berufen ihre
1463 Chancen nutzen können;
1464
1465 ■ Führungspositionen in Unternehmen und Verwaltungen zu gleichen Teilen für
1466 Frauen und Männer;
1467
1468 ■ familienfreundliche Arbeitskonzepte für Frauen und Männer;
1469
1470 ■ bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, z. B. durch einen Rechtsanspruch
1471 auf Pflegezeiten und Ausgleichszahlungen.
1472

1473 Die SPD wird Niedersachsen zum Vorbild konsequenter Frauenförderung machen. Dazu
1474 wird sie das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz modernisieren und seinen
1475 Geltungsbereich wieder auf selbstständige Betriebe der öffentlichen Hand einschließlich der
1476 Eigenbetriebe der Kommunen erweitern. Eine konsequente Politik für Frauen bedeutet
1477 letztlich auch, von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und Kindern zuverlässige Zuflucht
1478 in Frauenhäuser und Gewaltberatungsstellen zu ermöglichen.
1479

1480 Eine SPD-Landesregierung wird

- 1481 ■ die Minister- und Staatssekretärs-Positionen des neuen Landeskabinetts
1482 paritätisch mit Frauen und Männern besetzen.
1483
1484 ■ die Führungspositionen in der Landesverwaltung vorbildhaft für andere
1485 Verwaltungen und Unternehmen verstärkt geschlechtergerecht besetzen.
1486
1487 ■ Beratungsstellen für Opfer von häuslicher Gewalt sowie Frauenhäuser und
1488 Mädchenhäuser verlässlich fördern.
1489
1490
1491
1492

1493 **3 . Jugend – Politik mit der Jugend**

1494
1495 Jugendarbeit und Jugendpolitik sind Daseinsfürsorge und Zukunftspolitik zugleich. In der
1496 Jugend wirken sich viele Probleme der Gesellschaft deutlicher aus als in anderen
1497 Lebensabschnitten. Gerade deshalb muss Politik für die Jugend verlässliche
1498 Zukunftsperspektiven vermitteln.
1499

1500 Seriöse Jugendpolitik muss die jungen Menschen von vorn herein einschließen, sie ernst
1501 nehmen und sie beteiligen. Das erfordert altersgerechte Instrumente für Selbstverwaltung
1502 und Mitbestimmung. Beteiligungsmodelle wie Jugendbeiräte oder Jugendparlamente helfen
1503 jungen Menschen, sich mit kommunaler Demokratie auseinanderzusetzen. Nach
1504 Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung müssen allerdings gesellschaftliche
1505 Aufklärungsarbeit und politische Bildung neu organisiert werden. Politische Bildung darf nicht
1506 wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet werden. Dabei sind alternative
1507 Lebensentwürfe und alternative Gesellschaftsbilder zu berücksichtigen.
1508

1509 Jugend ist der Lebensabschnitt für Selbsterfahrung und erste Selbstbestimmung, für Freizeit,
1510 persönliche Entwicklung und gesellschaftliches Engagement. Der mit der Einschulung
1511 zunehmende Leistungsdruck von jungen Menschen muss entzerrt werden. Kinder und
1512 Jugendliche brauchen mehr Freiräume zur selbstständigen Gestaltung
1513

1514 Jugendliche und junge Erwachsene nutzen die freiwilligen Dienste an der Allgemeinheit und
1515 die freiwilligen Jahre (FSJ, FÖJ, FPJ). Sie leisten dadurch wichtige gesellschaftliche Arbeit –
1516 und profitieren von diesen wichtigen Erfahrungen. Ein Gewinn für die jungen Menschen ist
1517 nicht zuletzt die Arbeit der Jugendverbände.

1518
1519
1520
1521
1522
1523
1524
1525
1526
1527
1528
1529
1530
1531
1532
1533
1534
1535
1536
1537
1538
1539
1540
1541
1542
1543
1544
1545
1546
1547
1548
1549
1550
1551
1552
1553
1554
1555
1556
1557
1558
1559
1560
1561
1562
1563
1564
1565
1566
1567
1568
1569
1570
1571
1572

Eine SPD-Landesregierung wird

- das aktive Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken.
- Mittel für verstärkte Jugendbeteiligung erhöhen und kommunale Internet-Beteiligungsmodelle (E-Jugendbeteiligung) unterstützen.
- die bestehenden Lehrpläne (Kerncurriculae) so überarbeiten, dass neue Freiräume entstehen. Aufgabenüberfrachtung sorgt für Nacharbeiten an Wochenenden und Nachmittagen – nicht aber für bessere Lerneffekte.
- gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden dafür sorgen, dass die Komplexität eines Ausbildungsberufes nicht auf Jugendliche abgewälzt wird, sondern dass während der Lehre alle erforderlichen Qualifikationen erworben werden können.
- freiwillige Jahre, Bundesfreiwilligendienst und Ehrenamt in einem Gesamtkonzept gemeinsam mit Stellenanbietern, Freiwilligenagenturen, Sport- und Kulturvereinen bzw. deren Dachverbänden bündeln; Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste soll ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen.
- mit dem Landesjugendring und den Trägern der offenen Jugendarbeit partnerschaftlich Fragen der Jugendpolitik und Jugendarbeit sowie die künftige Förderung von Jugendarbeit klären und die Beteiligung kommunaler Träger der Jugendarbeit bei kommunalen Bildungslandschaften absichern.

4. Senioren – Alt und Jung auf Augenhöhe

Alter und Ruhestand bedeuten für viele Menschen den Aufbruch in eine aktive Lebensphase, in der sie Neues wagen und sich für die Gesellschaft nützlich machen möchten. Mitverantwortung, Teilhabe und aktive Gestaltung des öffentlichen Lebens erhöhen die persönliche Lebensqualität und kommen auch jüngeren wie älteren Generationen zugute.

Doch dafür müssen Politik und Wirtschaft einen neuen gesellschaftlichen Rahmen abstecken. Bildung und Ehrenamt, Wohnungs- und Städtebau sowie öffentlicher Nahverkehr, Gesundheit und Pflege – Seniorenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe für beinahe alle Landesressorts. In der Gesellschaft muss dafür ein Bewusstseinswandel einsetzen, insbesondere bei manchen Jüngeren. Aber auch ältere Menschen müssen zum Mitmachen ermutigt werden. Alt und Jung auf Augenhöhe – das belebt die Demokratie.

„Alter Macht Zukunft“: Unter diesem Motto verfolgt die SPD das Ziel einer inklusiven Gesellschaft, in der Menschen in altersgemischten Gruppen leben und ihre Ziele gemeinsam entwickeln. Nötig ist dafür eine neue Kultur, die Altersdiskriminierung und Isolation von Generationen und Geschlechtern beendet und ein Altern in Würde erlaubt.

Eine SPD-Landesregierung wird

- Erfahrung und Kompetenz der älteren Generation durch Einbindung von Seniorenvertretungen, -verbänden und Landesseniorenrat nutzen.
- Ein Seniorenforum auf Landesebene einrichten und ein Seniorenmitwirkungsgesetz vorlegen.

- 1573 ■ Soziale Netze knüpfen, um durch Beratung und Vermittlung Senioren
1574 Orientierung über die Leistungsangebote und –ansprüche zu vermitteln.
1575
1576 ■ gegen Altersdiskriminierung, z.B. im Gesundheitswesen und am Arbeitsmarkt
1577 vorgehen.
1578
1579 ■ altersgerechte und barrierefreie Infrastrukturen schaffen, z. B. Dienstleistungs-
1580 und Verkehrsangebote sowie Kommunikationseinrichtungen.
1581
1582
1583

5. Leben in sexueller Identität – Normalität gegen Vorurteile

1584
1585
1586 Homosexuelle, Bisexuelle und Transgender gehören zur gesellschaftlichen Gemeinschaft in
1587 Niedersachsen. Für die SPD in Niedersachsen ist es gesellschaftliche Realität und
1588 Normalität, dass Menschen sich zu ihrer sexuellen Identität bekennen.
1589

1590 Trotz der Errungenschaften während der rot-grünen Regierungszeit im Bund wird die
1591 individuelle sexuelle Identität noch immer nicht vorurteilsfrei anerkannt. Fehlende Aufklärung
1592 und Vorurteile in der Familie, im Freundeskreis, in der Schule, der Ausbildung und am
1593 Arbeitsplatz führen immer noch zu Ausgrenzung, Diskriminierung und Isolation bis hin zu
1594 menschenverachtenden Reaktionen und Gewalt.
1595

1596 Die Würde aller Menschen zu respektieren und zu tolerieren und diese Menschen zu
1597 schützen, ist Aufgabe und Herausforderung für die SPD. Vor allem die Schule ist Bildungs-
1598 und Erziehungsraum auch in Fragen der individuellen sexuellen Emanzipation. Nicht nur die
1599 sexuelle Aufklärung gehört zu ihrem Auftrag, sondern auch die gesellschaftliche Erziehung
1600 zu Respekt und Toleranz gegenüber unterschiedlichen sexuellen Identitäten.
1601

1602 Die Bekämpfung von Homophobie ist ebenso eine gesellschaftliche Aufgabe wie die
1603 Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen insgesamt. Die SPD wird mit allen
1604 gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich der Migrantenorganisationen, an Strategien
1605 arbeiten, Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender zu akzeptieren.
1606

1607 Eine SPD-Landesregierung wird
1608

- 1609 ■ Antidiskriminierungsgesetze durchsetzen und das Beamtenrecht bei den
1610 Beihilferegulungen entsprechend anpassen. Im Niedersächsischen Ministerium für
1611 Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird die Stellung des Beauftragten für den
1612 Abbau der Diskriminierung Homo- und Transsexueller mit ressortübergreifenden
1613 Querschnittsaufgaben gestärkt.
1614

- 1615 ■ im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür eintreten, dass eingetragene
1616 Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichgestellt und bestehende Benachteiligungen
1617 abgeschafft werden. So soll die gesetzliche Gleichstellung eingetragener
1618 Lebenspartnerschaften einschließlich der „Regenbogenfamilien“ verwirklicht und die
1619 Akzeptanz von Kindern aus diesen Familien in Kindertagesstätten und Schulen zur
1620 Normalität werden.
1621

- 1622 ■ die Aufklärung über Homosexualität als Thema in die Lehrpläne der Schulen
1623 aufnehmen und bestehende Aufklärungsprojekte in Bildungseinrichtungen stärken.
1624

- 1625 ■ auch weiterhin lesbisch-schwule Kultureinrichtungen und Einrichtungen der
1626 Erwachsenenbildung unterstützen, um nach dem Motto »Aufklärung durch
1627 Kulturarbeit« eine größere Akzeptanz von Lesben und Schwulen zu erreichen.

1628 V. NEUE SOZIALPOLITIK MACHT ERNST MIT SOLIDARITÄT

1629

1630 Eine fürsorgliche und solidarische Sozialpolitik muss die wichtigen gesellschaftlichen
1631 Themenfelder bearbeiten und zukunftsfähige Lösungen für ihre Probleme anbieten: Armut,
1632 Kindheit und Jugend, Familie und Wohnraum, Gesundheitsvorsorge und Pflege. Armut ist
1633 das größte Zukunftsrisiko für die Gesellschaft. Unter der schwarz-gelben Landesregierung ist
1634 die Gründung einer Familie mit mehreren Kindern zum Armutsrisiko geworden. Lag zu
1635 Beginn der Regierungszeit von CDU und FDP die Quote der Armutsgefährdung noch bei
1636 13,7 Prozent, so stieg sie bis 2011 auf 15,7 Prozent.

1637

1638 Eine SPD-Landesregierung wird die Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt des
1639 Landes wieder übernehmen. Sie wird sich nicht mit dem Teufelskreis aus Armut und
1640 Perspektivlosigkeit abfinden. Die Leitlinie sozialdemokratischer Armutsbekämpfung wird
1641 durch die gerechte Verteilung von Chancen und Lebensperspektiven markiert.

1642

1643 Dabei wissen wir um die wichtige Rolle der Freien Wohlfahrtsverbände bei der Gestaltung
1644 des sozialen Niedersachsens. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb das Prinzip der
1645 Subsidiarität weiterhin als zentrale Säule ihrer Politik betrachten und die Arbeit der Freien
1646 Wohlfahrtspflege absichern

1647

1648 In Niedersachsen steht eine weitere große Aufgabe an: die Inklusion, die gleichberechtigte,
1649 vollwertige und wertschätzende Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in alle
1650 Lebensbereiche der sozialen Gemeinschaft. In Niedersachsen sind knapp 700.000 Frauen
1651 und Männer schwerbehindert. Die Zahl von Menschen mit Behinderungen steigt ständig,
1652 zumal die Gesellschaft älter wird.

1653

1654

1655 **1. Inklusives Niedersachsen – gemeinsam leben, lernen und arbeiten**

1656

1657 Nach der UN-Konvention von 2009 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss
1658 Inklusion in allen Lebensbereichen weltweit und ganz konkret erfolgen. Vom gemeinsamen
1659 Aufwachsen in der Familie, dem Lernen in der Schule, dem Zugang zu Arbeitsmarkt und
1660 Wohnraum bis zur Alterspflege müssen Menschen mit und ohne Behinderung die gleiche
1661 Chance zu selbstbestimmtem Leben und Handeln haben.

1662

1663 Schwarz-Gelb in Bund und im Land Niedersachsen missachtet die UN-Konvention. Mit
1664 Ausnahme des Rechtsanspruchs auf inklusive Schulbildung wurden bisher keine spürbaren
1665 Verbesserungen in der Arbeitswelt oder für das Leben in der Gemeinschaft erreicht.

1666

1667 Die neue Sozialpolitik der SPD richtet sich gegen diese Ausgrenzung. Menschen mit
1668 Handicap können zwar vom Kindergarten bis zum Pflegeheim qualitativ hochwertige
1669 Förderung und Pflege erhalten – aber bisher sind und bleiben sie weitgehend isoliert. Dabei
1670 wollen Menschen mit Behinderungen vor allem eines – dabei sein, dazu gehören und
1671 selbstbestimmt leben können. Die neue Sozialpolitik der SPD macht Ernst mit Solidarität und
1672 Chancengleichheit. Sie wird ein inklusives Niedersachsen schaffen.

1673 Eine SPD-Landesregierung wird

1674

1675 ■ ein Sofortprogramm zur Gestaltung des inklusiven Niedersachsen starten. Ein
1676 Aktionsbündnis wird unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren
1677 Selbsthilfeverbänden unverzüglich einen Aktionsplan für Niedersachsen erarbeiten
1678 und erste Schritte für Inklusion, Barrierefreiheit und direkte Teilhabe festlegen
1679 (siehe dazu Kapitel II.2 – Gute Startchancen ins Leben).

1680

1681 ■ inklusive Förderkonzepte durch effektiveren Einsatz von Mitteln finanzieren, die
1682 durch Kooperation und Bündelung von Leistungen, Umstellung auf individuelle Hilfen,
1683 bessere Beratung und Teilhabeplanung frei werden.

- 1684
1685
1686 ■ den Weg zu einem inklusiven Arbeitsmarkt durch ein Maßnahmenbündel öffnen:
1687 bessere Information der Unternehmen über Hilfsmöglichkeiten bei
1688 Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsassistenz; individuelle Vermittlung von Menschen
1689 mit Behinderungen durch Fachpersonal der Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und
1690 Integrationsfachdienste; neue Leistungsangebote zur Qualifizierung, Bildung und
1691 Arbeit in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM);
1692
1693 ■ inklusives Wohnen als Aufgabe für alle staatlichen Stellen und in Vorrangstellung
1694 bei der öffentlichen Städtebau- und Wohnraumförderung verankern. Dabei werden
1695 die Kommunen mit Unterstützung des Landes die Hauptrolle übernehmen. Menschen
1696 mit Behinderungen müssen Wahlmöglichkeiten von verschiedenen Wohnformen mit
1697 unterschiedlichen Serviceleistungen erhalten.
1698
1699 ■ die Vereinheitlichung und Zusammenfassung des Behindertenrechts auf der
1700 Bundesebene vorantreiben. Menschen mit Teilhabebedarf sollen ihre Leistungen aus
1701 einer Hand erhalten, bedarfsgerecht und personenbezogen. Rehabilitationsträger von
1702 der Bundesagentur für Arbeit bis zur Jugend- und Sozialhilfe sollen regionale
1703 Arbeitsgemeinschaften bilden, um bedarfsgerechte Hilfestrukturen zu ermöglichen.
1704
1705 ■ das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) so
1706 modernisieren, dass die Vorgaben der UN-Konvention berücksichtigt werden und
1707 künftig auch der uneingeschränkte Zugang zu allen Lebensbereichen erfasst wird.
1708 Daran beteiligt werden Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache.

1709
1710

2. Familien – Verantwortung in neuen Lebensformen

1711
1712 Für die SPD ist Familie dort, wo Kinder sind. Der Begriff „Familie“ umfasst auch sogenannte
1713 Patchwork-Familien mit wechselnden Strukturen für das Zusammenleben von Erwachsenen
1714 und Kindern. In manchen Beziehungen sind die Elternpartner nicht verheiratet, in anderen
1715 gleichgeschlechtlich. Auch die Zahl der Ein-Eltern-Familien hat zugenommen, zu 90 Prozent
1716 sind es alleinerziehende Frauen. Die selbstbestimmte Sicherung ihrer Existenz ist das
1717 Kernversprechen sozialdemokratischer Familienpolitik.
1718

1719
1720 Moderne Familienpolitik bedeutet, dass Frauen und Männer gleichermaßen ein Recht auf
1721 Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe haben. Männer müssen dabei auch in der Rolle des
1722 Erziehenden oder Pflegenden gesehen und gesellschaftlich akzeptiert und gestärkt werden.
1723 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht beide an. Die andauernden Bestrebungen von
1724 Schwarz-Gelb, das überholte Familienbild der sechziger Jahre wiederzubeleben, gehen an
1725 der gesellschaftlichen Realität vorbei. Stattdessen verdienen alle Familien mit Kindern
1726 staatliche Unterstützung – insbesondere dabei, familiäre Aufgaben wie Kindererziehung und
1727 Pflege von Angehörigen mit dem Beruf zu vereinbaren. Darüber hinaus müssen Familien in
1728 prekären Lebensverhältnissen eine „Grundsicherung“ für Kinder erhalten, um deren
1729 Betreuungs- und Bildungsangebote zu sichern: Sie umfasst alle auf Kinder bezogenen
1730 Leistungskomponenten wie Kindergeld, Elterngeld, Kinderzuschlag und beitragsfreie
1731 Kindertagesstätten.

1732
1733 Nicht mehr zeitgemäß sind die herkömmlichen Steuer- und Sozialleistungssysteme. So
1734 bezieht sich das Ehegattensplitting allein auf das traditionelle Rollenmuster einer Ehe mit
1735 einem Alleinverdiener. Die übliche Aufteilung der Steuerklassen nach dem Modell III / V
1736 benachteiligt Ehefrauen, da es für sie weniger Anreize auf höhere Einkommen und bei
1737 Arbeitslosigkeit geringere Ansprüche auf Arbeitslosengeld bedeutet. Dieses Modell muss
1738 durch eine Individualbesteuerung mit Vertrauensschutz für Bestandesehen ersetzt werden.
1739 Ziel der SPD ist es, steuerliche Anreize zu setzen, wo Kinder sind.

1740
1741
1742
1743
1744
1745
1746
1747
1748
1749
1750
1751
1752
1753
1754
1755
1756
1757
1758
1759
1760
1761
1762
1763
1764
1765
1766
1767
1768
1769
1770
1771
1772
1773
1774
1775
1776
1777
1778
1779
1780
1781
1782
1783
1784
1785
1786
1787
1788
1789
1790
1791
1792
1793
1794
1795

Eine SPD-Landesregierung wird

- einen flächendeckenden Auf- und Ausbau von Familienzentren unterstützen, die Eltern in allen Lebensbereichen Beratung aus einer Hand anbieten. Die bereits bestehenden Mehrgenerationenhäuser und Familienbildungszentren sind in diesem Sinne weiter zu entwickeln. Die SPD setzt dabei insbesondere auf die Unterstützung der Wohlfahrts- und Familienverbände.
- Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr mit Rechtsanspruch auf einen Krippen- oder Kindergartenplatz sicherstellen (*siehe Kapitel II.2*).
- Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auch für Unternehmen betriebliches Engagement bei Kinderbetreuung und Pflege Angehöriger selbstverständlicher Bestandteil einer aktiven Personalpolitik ist.
- die Rolle der Väter in der Erziehung durch ein Handlungskonzept zur künftigen Entwicklung der Väterarbeit stärken und so für mehr gesellschaftliche Akzeptanz sorgen, insbesondere in der Arbeitswelt.
- Konzepte für die Entzerrung der Arbeitszeit vorlegen, die Menschen einen temporären Rückzug vom Arbeitsplatz für Erziehungs- und Pflegezeiten ohne Beeinträchtigung der Stellung im Betrieb ermöglichen. Begleitend werden die Angebote der Familienerholung und Familienfreizeiten für bedürftige Familien gefördert.
- die lokalen „Bündnisse für Familie und Beruf“ stärken und weiter entwickeln.

3. Kindheit und Jugend – Rückhalt plus Prävention

In frühester Kindheit werden die Weichen für ein gesundes und glückliches Aufwachsen und für die Entfaltung der Persönlichkeit gestellt. Aber: Von Armut in den Familien werden am meisten junge Menschen betroffen. Soziale Ausgrenzung und Ausgrenzung bei Bildungschancen kann für sie lebenslange Armut bedeuten. Und: Während die meisten Menschen Familie mit privatem Glück, Geborgenheit und Sicherheit verbinden, ist sie doch viel zu oft auch Ort von Kindesmisshandlungen, Missbrauch und Verwahrlosung. Kinder brauchen Rückhalt, eine Politik im Interesse der Kinder schafft ein Schutznetz für Kinder und Jugendliche.

Die steigenden Zahlen der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen belegen, dass die Gefahr einer Kindeswohlgefährdung inzwischen deutlicher gesehen wird. Andererseits unterstreichen diese Zahlen aber auch die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen. Verbesserungen für Kinder müssen bisher noch immer gegen den massiven Widerstand von CDU und FDP durchgesetzt werden. So war es die SPD, die 2009 gemeinsam mit den Verbänden und der Öffentlichkeit die jahrelange schwarz-gelbe Blockade gegen die Aufnahme von Kinderrechten in die Niedersächsische Verfassung beenden konnte. Seitdem heißt es, diese neuen Rechte mit Leben zu füllen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- mit einem Niedersächsischen Kinderschutz und –fördergesetz Unterstützung für Kinder neu ausrichten und mit den Kommunen auf ein stabiles Fundament stellen.

- 1796 ■ flächendeckend lokale Netzwerke und Familienzentren unter Einbindung der
1797 Mehrgenerationenhäuser aufbauen, um lückenlos und möglichst niedrigschwellig
1798 Unterstützung anzubieten. Bereits bestehende Angebote der Frühförderung,
1799 Beratung und Betreuung sollen darin eingebunden werden.
- 1800
- 1801 ■ in einem Landeskinderschutz- und -förderbericht die Situation von Kindern
1802 regelmäßig auswerten, um zielgenau Hilfe und Unterstützung anzusetzen.
- 1803
- 1804 ■ nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages eine Kinderkommission
1805 einrichten, die sich um die Interessen der niedersächsischen Kinder kümmert.
- 1806
- 1807 Niedersachsen darf keinen jungen Menschen verloren geben. Doch hinter der
1808 vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit verbirgt sich eine tiefe Spaltung zwischen
1809 Bildungsgewinnern und -verlierern. Die CDU/FDP-Landesregierung vertieft diese Spaltung
1810 noch mit dem Rückzug aus erfolgreichen Landesprogrammen zur Qualifizierung und
1811 Weiterbildung benachteiligter Jugendlicher. Gewaltprävention und Bekämpfung
1812 rechtsextremistischer, rassistischer und antidemokratischer Tendenzen dümpeln vor sich
1813 hin. Das schwarz-gelbe Kabinett beweist mit der Einrichtung des geschlossenen Kinder- und
1814 Jugendheims in Lohne, dass es in der Arbeit mit schwierigen, auch kriminellen Jugendlichen
1815 vor allem auf Strafe, Repression und Einschüchterung setzt. Aufgaben des Landes als
1816 überörtlicher Jugendhilfeträger werden seit Auflösung des Landesjugendamtes und der
1817 Abschaffung des Jugendhilfeausschusses faktisch nicht mehr wahrgenommen.
- 1818
- 1819 Schwarz-Gelb gefährdet mit der Unterstützung der sogenannten SGB II-Instrumentenreform
1820 durch die Bundesregierung auch die erfolgreiche Arbeit der mehr als 100 niedersächsischen
1821 Jugendwerkstätten mit mehreren tausend Jugendlichen. Darüber hinaus hat die Koalition die
1822 Beteiligung Jugendlicher an ihren Interessenvertretungen auf Landesebene gekappt.
- 1823
- 1824 Eine SPD-Landesregierung wird diesen falschen Kurs korrigieren:
- 1825
- 1826 ■ Das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz
1827 (AG KJHG) wird novelliert. Damit kehren Fachlichkeit und Mitbestimmung der
1828 Betroffenen zurück in die Jugendpolitik des Landes. Der Landesjugendhilfeausschuss
1829 wird wieder eingeführt und die erneute Einrichtung des Landesjugendamtes geprüft.
- 1830
- 1831 ■ Die Jugendpolitik ganzheitlich betrachten und gemeinsam mit allen Akteuren ein
1832 Landeskonzept zur Jugendarbeit einschließlich der Jugendkulturarbeit vorlegen.
- 1833
- 1834 ■ Kinder- und Jugendhilfe muss wieder ganzheitlich zwischen kommunaler und
1835 Landesebene gestaltet werden. Dort, wo die Kommunalisierung der Kinder- und
1836 Jugendhilfe notwendig ist, werden Kommunen partnerschaftlich so gestärkt, dass sie
1837 dieser Aufgabe nachgehen können.
- 1838
- 1839 ■ Die Vertrauensbasis des Landes gegenüber den Trägern der ehrenamtlichen
1840 Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit wird wiederhergestellt. Die Träger erhalten
1841 Planungssicherheit. Ihre Arbeit für die soziale Daseinsfürsorge ist unverzichtbar.
- 1842
- 1843 ■ Das Land wird wieder in der präventiven Jugend(sozial)arbeit aktiv. Es wird die
1844 Korrektur der SGB II-Instrumentenreform fordern, um u.a. die Arbeit der
1845 niedersächsischen Jugendwerkstätten dauerhaft zu sichern.
- 1846
- 1847 ■ Die Maßnahmen zur Gewaltprävention in Schulen sowie in der Kinder- und
1848 Jugendhilfe werden erweitert und verstärkt.
- 1849

1850 ■ Die Suchtprävention und Suchtbekämpfung bei Kindern und Jugendlichen wird
1851 ausgebaut. Dabei sind über Alkohol- und Drogenmissbrauch hinaus auch sogenannte
1852 Verhaltenssüchte wie Ernährungsstörungen oder Onlinesucht zu beachten.

1853
1854 ■ Das Asyl- und Staatsbürgerschaftsrecht wird so geändert, dass Jugendliche,
1855 junge Erwachsene oder deren Familienangehörigen nicht mehr von Abschiebung
1856 bedroht werden und ein Schulabschluss in Niedersachsen mit einer unbefristeten
1857 Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verbunden wird.

1858
1859

1860

1861 **4. Gute Pflege für alle**

1862

1863 Mitten im Leben: Älteren Menschen diese Möglichkeit zu geben, ist für Politik und
1864 Gesellschaft eine Verpflichtung der Daseinsvorsorge – und ganz praktisch eine Frage
1865 menschenwürdiger Pflege und solidarischer Absicherung des Pflegerisikos. Heute
1866 entscheidet sich, wie wir morgen gepflegt werden. Der Marsch in die Billigpflege muss
1867 gestoppt werden. Qualität muss oberstes Gebot in der Pflege sein.

1868

1869 Unter Schwarz-Gelb steht Niedersachsens Pflege vor dem Notstand: Das Pflegesystem ist
1870 dramatisch unterfinanziert. Doch bis 2020 wird die Zahl der Pflegebedürftigen in
1871 Niedersachsen um mehr als 60.000 auf dann über 300.000 ansteigen. Bereits jetzt fehlen
1872 rund 3.000 Pflegekräfte, bis 2020 werden es zehn Mal so viele sein. Dazu bestimmen
1873 schlechte Bezahlung und überfordernde Arbeitsbedingungen den Alltag des
1874 Pflegepersonals. Durch Kürzungen und Streichungen in der Pflege, vor allem in der Kurzzeit-
1875 und Verhinderungspflege, wurden die Probleme verschärft. Dies belastet zunehmend auch
1876 die Angehörigen, die ohnehin den größten Anteil der Pflegeleistungen schultern.

1877

1878 Eine SPD-Landesregierung will diese unwürdigen Zustände beenden. Auf der Bundesebene
1879 tritt sie für eine gesicherte Finanzierung des Pflegesystems durch eine Pflege-
1880 Bürgerversicherung ein. Sie wird eine gute und sichere Pflege gewährleisten:

1881

1882 ■ Die Altenpflegeausbildung wird durch Umlagen zwischen ausbildenden und nicht-
1883 ausbildenden Einrichtungen mitfinanziert. Die Grundausbildung in der Alten-,
1884 Kranken- und Gesundheitspflege wird zusammengeführt, die Schulgeldfreiheit für die
1885 Schüler der Altenpflege wird gesetzlich abgesichert.

1886

1887 ■ Die Dumpinglohnspirale in der Pflegebranche muss durch eine tarifliche
1888 Entlohnung beendet werden: Gute Pflege braucht gute Arbeit.

1889

1890 ■ Die Pflegesätze müssen auf mindestens den durchschnittlichen Pflegesatz der
1891 westdeutschen Bundesländer angehoben werden.

1892

1893 ■ Zur Entlastung der Pflege in der Familie werden die Kürzungen in der Kurzzeit-
1894 und Verhinderungspflege korrigiert.

1895

1896 ■ Der Bürokratieabbau wird durch Bündelung und gemeinsame Vollzugspläne der
1897 Prüfinstitutionen bei gleichzeitiger Reduzierung der Besuchsintervalle eingeleitet.

1898

1899 ■ Die kommunale Mitverantwortung für eine leistungsfähige Pflegeinfrastruktur und
1900 die Pflicht zur Vorlage kommunaler Pflegebedarfspläne werden gesetzlich verankert.

1901

1902 ■ Die Palliativ- und Hospizversorgung wird im Dialog mit der Hospizbewegung und
1903 der Palliativmedizin flächendeckend ausgebaut. Tausende Freiwillige leisten in mehr
1904 als 100 Hospizvereinigungen unschätzbare Arbeit, um schwerstkranken und

1905 sterbenden Menschen ein würdevolles Leben bis zum Tod zu ermöglichen und sie
1906 beim Sterben zu begleiten.

1907

1908

1909

5 . Gesundheitsversorgung – Orientierung am Patienten

1910

1911

1912

1913

1914

1915

1916

1917

1918

1919

1920

1921

1922

1923

1924

1925

1926

1927

1928

1929

1930

1931

1932

1933

1934

1935

1936

1937

1938

1939

1940

1941

1942

1943

1944

1945

1946

1947

1948

1949

1950

1951

1952

1953

1954

1955

1956

1957

1958

Gesundheit ist der Weltgesundheitsorganisation zufolge „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“. Diesen Zustand für alle Menschen weitestgehend zu erhalten, gehört zu den Kernversprechen des Sozialstaats. Das Gesundheitsrisiko darf nicht privatisiert werden. Jede Form der Zwei-Klassen-Medizin nach schwarz-gelbem Muster ist unsozial. Maßstab für Gesundheitsleistungen sind medizinische Qualität und die Bedürfnisse von Patienten, nicht Lobbyinteressen.

Kennzeichen einer modernen Gesundheitspolitik ist eine leistungsfähige, sichere, flächendeckende und bezahlbare medizinische Versorgung. Grundlage dafür bleibt die paritätisch finanzierte Krankenversicherung mit einem einheitlichen Leistungskatalog und stabilen Beiträgen. Der Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung, die strukturellen Veränderungen im ambulanten und stationären Sektor sowie wachsende regionale Unterschiede verlangen jedoch neue Wege. Es müssen zukunftsfähige und bedarfsgerechte Strukturen zur medizinischen Versorgung in allen Landesteilen geschaffen werden.

Die künstliche Trennung zwischen medizinisch ambulanter, stationärer und pflegerischer Versorgung hat sich überlebt. Sie führt zu Über-, Unter- und Fehlversorgung. Insbesondere in den ländlichen Gebieten muss eine regional abgestimmte medizinische Versorgung aus einer Hand entwickelt werden. Das erfordert Schwerpunktbildungen, regionale Kooperationen und auch Fusionen.

Auch Selbsthilfegruppen werden eine weiter wachsende Bedeutung bekommen. Sie unterstützen Patienten als Experten in eigener Sache und füllen so Defizite im sozialen Sicherungssystemen aus. Sie sind elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie.

Entscheidender Ansatzpunkt für eine gute, insbesondere hausärztliche Versorgung ist nicht höheres Ärztehonorar, sondern bessere Aus- und Weiterbildung in der Allgemeinmedizin. 60 Prozent der Medizinstudenten sind Frauen. Auch deshalb werden strukturpolitische Maßnahmen der Kommunen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wichtiger.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung zur Gesundheitsversorgung vorantreiben.

- die Studienbedingungen an den Lehrstühlen für Allgemeinmedizin reformieren, die Weiterbildung von Hausärzten und die Umschulung von Fach- zu Hausärzten fördern.

- Landesförderprogramme für Mediziner auflegen, die sich auf dem Lande niederlassen wollen.

- Mobilitätskonzepte entwickeln, die Menschen in unterversorgten Regionen den hausärztlichen Besuch ermöglichen sollen.

- 1959 ■ Die Rolle des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) stärken und weiterentwickeln. Das gilt vor allem für Gesundheitsvorsorge von Kindern und Jugendlichen
- 1960
- 1961
- 1962
- 1963 ■ ein Landesprogramm für geschlechtersensible Gesundheitsversorgung und Prävention starten, das auch dem besonderen Zugang von Männern zu diesen Leistungen gerecht werden soll;
- 1964
- 1965
- 1966
- 1967 ■ die Prävention von HIV-Infektionen unterstützen, um ehrenamtliches und privates Engagement gegen diese tödliche Krankheit zu ergänzen;
- 1968
- 1969
- 1970 ■ ein Psychatriekonzept vorlegen, um die negativen Folgen der schwarz-gelben Privatisierung von Landeskrankenhäusern und besonders die Versorgungslücken in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu beseitigen;
- 1971
- 1972
- 1973
- 1974
- 1975

6. Krankenhausförderung – moderne Versorgung durch Kooperation

1976 Die Krankenhauslandschaft hat sich verändert. Medizinischer Fortschritt senkt die Aufenthaltsdauer der Patienten, technischer Fortschritt führt zu besserer, aber auch teurer Apparate-Medizin. Eingriffe, die früher eine stationäre Aufnahme notwendig machten, werden heute ambulant vorgenommen. Der Trend zu spezialisierten, größeren Krankenhäusern und zur Privatisierung ist unübersehbar. Die Bundesregierung ist aufzufordern, gleichberechtigte Rahmenbedingungen in der Krankenhausfinanzierung zu gewährleisten.

1977 Diese Strukturveränderungen und die demografische Entwicklung erfordern neben präzisen Bedarfsplanungen mehr Abstimmung, Kooperation und Aufgabenteilung. Notwendig sind auch bessere ambulante Versorgungsnetze und integrierte Versorgung, Notfall- oder Portalkliniken mit moderner Diagnosefähigkeit, erhöhte Transportkapazitäten und neue Techniken wie die Telemedizin.

1978 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Chance verpasst, die Krankenhäuser zu modernisieren. Stattdessen sind sie chronisch unterfinanziert. Der Sanierungsstau wird inzwischen auf rund eine Milliarde Euro geschätzt. Niedersachsen ist bundesweit zum Schlusslicht in der Krankenhausfinanzierung geworden.

1979 Eine SPD-Landesregierung wird die Krankenhausförderung wieder an den Bedürfnissen der Patienten orientieren. Ziel ist ihre sichere, flächendeckende und moderne Versorgung:

- 1980 ■ Landesinvestitionen orientieren sich an Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit.
- 1981
- 1982 ■ Kooperationen, Fusionen und Schwerpunktbildungen von Krankenhäusern müssen vorrangig gefördert werden. Dies gilt vor allem auch für unterversorgte Indikationen wie z.B. Geriatrie, Palliativmedizin oder Demenzerkrankungen.
- 1983
- 1984 ■ Konsequenter und sektorenübergreifend müssen ambulante, stationäre, pflegerische Versorgung verzahnt werden. Gesundheitsregionen sollen in diesem Sinne eingerichtet und weiterentwickelt werden.
- 1985
- 1986 ■ Krankenhaushygiene erhält höchste Priorität.
- 1987
- 1988 ■ In jeder Klinik soll es Patientenförsprecher geben.
- 1989
- 1990
- 1991
- 1992
- 1993
- 1994
- 1995
- 1996
- 1997
- 1998
- 1999
- 2000
- 2001
- 2002
- 2003
- 2004
- 2005
- 2006
- 2007
- 2008
- 2009
- 2010
- 2011
- 2012
- 2013
- 2014

2015 Die SPD befürwortet die Organspende und ermutigt die Bevölkerung, mit einem
2016 Organspende-Ausweis nach dem Tod ihre Bereitschaft zu Organ- und Gewebeentnahme zu
2017 dokumentieren. Der Mangel an Spenderorganen gefährdet Leben. Allerdings erfordern
2018 ärztliche Geschäftemacherei und kriminelle Bevorzugung von Patienten transparente und
2019 eindeutige Regelungen in diesem sensiblen Medizinbereich.

2020
2021

2022 Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen,

2023

2024 ■ dass die neuen bundesweiten Regelungen zur Organtransplantation umgehend
2025 in Landesrecht umgesetzt werden, um möglichst schnell Rechtssicherheit zu
2026 schaffen;

2027

2028 ■ dass in allen Krankenhäusern mit Intensivbetten Transplantationsbeauftragte
2029 bestellt werden.

2030

2031

2032

2033 **7. Soziale Gesundheitswirtschaft – Masterplan für neue Branche**

2034

2035 Mit rund 370.000 Arbeitnehmern und einem prognostizierten Wachstum von jährlich drei
2036 Prozent gehört die soziale Gesundheitswirtschaft zu den großen und vielversprechenden
2037 Wirtschaftsbranchen im Land. Allein für Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung
2038 werden jährlich mehr als 20 Milliarden Euro ausgegeben. Neben erfolgreichen
2039 Krankenhäusern, großen Kurzentren, innovativer Medizinforschung und -technologie hat
2040 Niedersachsen mit Küste, Harz und Heide auch landschaftlich exzellente Voraussetzungen,
2041 zum Spitzenland im Gesundheits-, Sport- und Wellness-tourismus zu werden.

2042

2043 Zwei starke Trends verleihen der Gesundheitswirtschaft Perspektive: Der individuelle Drang
2044 nach Fitness, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden schon bei jungen Leuten und der
2045 demografische Wandel. In seinem Gefolge steigen die Aktivitäten von Wellness und
2046 Gesundheitsvorsorge. Betriebliche Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation werden zudem
2047 bei verlängerten Lebensarbeitszeiten immer wichtiger.

2048

2049 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Potenziale der Gesundheitswirtschaft und ihres
2050 Beschäftigungsmarkts nicht genutzt. Im bundesweiten Vergleich liegt Niedersachsen heute
2051 gemeinsam mit Thüringen auf dem vorletzten Platz.

2052

2053 Eine SPD-Landesregierung wird

2054

2055 ■ einen „Masterplan soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen“ vorlegen. Sie
2056 wird damit Niedersachsen als starken Standort für die soziale Gesundheitswirtschaft
2057 etablieren. Der Masterplan enthält Konzepte für den für regionalen Ausgleich und
2058 definiert Qualitätsstandards für Güter und Dienstleistungen der Branche.

2059

2060

2061

2062 **8. Wohnungspolitik – gebündelte Förderung für soziale Stabilität**

2063

2064 In den großen Städten fehlen zunehmend Wohnungen für Menschen mit unterem und
2065 mittlerem Einkommen, in ländlichen Regionen stehen dagegen Wohnungen leer. Während
2066 der freie Wohnungsmarkt vor allem die Bedürfnisse der oberen Einkommen bedient, wurde
2067 die soziale Wohnraumförderung vernachlässigt. Zwischen 2002 und 2012 sind die
2068 Belegrechte in Niedersachsen von 114.957 auf 84.755 Bindungen gesunken. Hinzu kommt
2069 besonders in den großen Städten ein rasanter Anstieg der Mieten.

2070

2071 Die Entwicklung des Wohnungsmarkts in Niedersachsen ist unter Regie der schwarz-gelben
2072 Landesregierung besorgniserregend. Es fehlen in Stadt und Land sozial orientierte
2073 Strategien für einen differenzierten Marktausgleich. Daran ändert auch nichts die jüngste 10-
2074 Millionen-Aufstockung des Wohnraumförderungsprogrammes auf 49,9 Millionen Euro. Damit
2075 lassen sich landesweit kaum 200 Wohnungen fördern – das ist nicht mehr als der
2076 sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.
2077

2078 Die SPD wird die strukturpolitische und soziale Schieflage in der Wohnungspolitik beseitigen.
2079 Sie wird die Prioritäten für Förderung von der Eigentumsbildung durch Neubau zur
2080 Sanierung im Bestand verschieben. Sie wird alle Förderinstrumente von Bund und Land
2081 darauf konzentrieren, die soziale Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu gewährleisten
2082 und die soziale Stabilität der Wohnquartiere zu sichern.
2083

2084 Die „zweite Miete“ aus Betriebs- und Nebenkosten wird bei steigenden Energiepreisen für
2085 viele Bevölkerungsschichten zur Belastung. Die erforderlichen Investitionen für
2086 Energiewende und Klimaschutz lassen sich häufig nicht umsetzen, weil der Markt die
2087 Umlage der Sanierungskosten nicht hergibt bzw. Mieter weitere Mietsteigerungen nicht
2088 bezahlen können. Insofern scheitert die energetische Gebäudesanierung nicht am angeblich
2089 zu starren Mieter- und Verbraucherschutz. Statt der Änderung des Mietrechts, wie sie die
2090 Bundesregierung plant, muss eine ausreichende und gezielte öffentliche Förderung die
2091 klimapolitischen Ziele unterstützen.
2092

2093 Eine SPD-Landesregierung wird Initiativen ergreifen,

2094
2095 ■ um die Wohnraummittel durch den Bund in mindestens der bisherigen Höhe zu
2096 erhalten sowie die Zweckbindung für den Wohnungsbau auf Landesebene
2097 umzusetzen.
2098

2099 ■ um die Mittel der sozialen Wohn- und Städtebauförderung koordiniert einzusetzen
2100 und aufzustocken.
2101

2102 ■ um in Stadtquartieren einen Mindestbestand von Sozialwohnungen zu erhalten.
2103

2104 ■ um die Förderung von Eigentumsmaßnahmen auf einkommensschwache junge
2105 Familien zu konzentrieren.
2106

2107 ■ um Mieter finanziell zu unterstützen, wenn sie bei der Wohnungsumwandlung in
2108 Eigentum ihr Vorkaufsrecht ausüben wollen. Dies trägt dazu bei, Gentrifizierung zu
2109 vermeiden.
2110

2111 ■ um in ländlichen Regionen die Fördermöglichkeiten der Dorfentwicklung zu
2112 ergänzen, um Leerstände abzubauen. Schwerpunkte dabei sind Häuser, die das
2113 Ortsbild prägen und der Rückbau von verfallenen Gebäuden in den Ortszentren.
2114

2115 ■ um altersgerechte und barrierefreie Wohnungen zusätzlich zu schaffen bzw.
2116 umzubauen.
2117
2118

2119 VI. NEUE FINANZ-, INNEN- UND JUSTIZPOLITIK –
2120 FÜR DAS LEBEN IN DER DEMOKRATIE

2121

2122

2123 **1. Finanzen – seriöse Konsolidierung des Landeshaushalts**

2124

2125 Bund und Länder sind nach der Verfassung verpflichtet, die Staatsverschuldung zu
2126 begrenzen und Haushaltsdefizite abzubauen. Ab 2020 greift die Schuldenbremse auch für
2127 die Länder. Die SPD bekennt sich zu der Notwendigkeit, den Landeshaushalt zu
2128 konsolidieren und eine entsprechende Verfassungsänderung vorzunehmen. Allerdings darf
2129 aus der Schuldenbremse keine Zukunftsbremse werden: Das Land muss seine Aufgaben
2130 weiter erfüllen und Spielräume für Investitionen und Innovationen behalten – so für
2131 Zukunftsaufgaben wie Bildung und Bewältigung des demografischen Wandels.

2132

2133 CDU und FDP haben sich in zehnjähriger Regierungszeit zu den größten Schuldenkönigen
2134 Niedersachsen entwickelt: Sie haben die Landesschulden um 50 Prozent von rund 40 auf die
2135 Rekordsumme von rund 60 Milliarden Euro gesteigert. Schwarz-Gelb wird bei einem
2136 Regierungswechsel 2013 jedem Niedersachsen die Schuldenlast von 8.760 Euro
2137 hinterlassen. Aus durchsichtigen Gründen will sich nun die gleiche Regierung für den
2138 Beschluss feiern lassen, Schuldenabbau bereits ab 2017 zu betreiben: ohne seriöse
2139 Folgenabschätzung, ohne zu sagen, wo genau gespart werden soll und ohne wirksamen
2140 Schutz für den Landeshaushalt und die Kommunen. Das ist alles andere als seriös.

2141

2142 Die mit der Schuldenbremse verbundene Änderung der Verfassung wird die folgenreichste
2143 seit Bestehen des Landes sein. Sie erfordert ein jährliches Volumen an Einsparungen bzw.
2144 Neufinanzierung von 1,5 Milliarden Euro. Immerhin entspricht diese Summe etwa zwei Drittel
2145 der bisherigen Sozialausgaben oder einem Drittel der Ausgaben für Bildung, Forschung und
2146 Kultur. Dies erfordert einen realistischen Abbaupfad – der mangels seriöser Vorbereitung
2147 durch Schwarz-Gelb allerdings frühestens ab 2017 gelten kann, der Politik aber einen
2148 Gestaltungsspielraum bis zum Jahr 2020 lassen muss.

2149

2150 Eine SPD-Landesregierung wird die Schuldenbremse verantwortungsvoll planen und:

2151

2152 ■ im ersten Schritt eine präzise Analyse der Rahmendaten des Landeshaushalts
2153 vornehmen.

2154

2155 ■ im Rahmen der konkreten Finanzplanung die Risiken für Einnahmen und
2156 Ausgaben abschätzen.

2157

2158 ■ unbeherrschbare Haushaltsrisiken für das Land und die Kommunen ausschließen.

2159

2160 ■ für künftige Landesausgaben klare Prioritäten setzen.

2161

2162 ■ Initiativen zur Einführung einer Vermögenssteuer und zur Erhöhung des
2163 Spitzensteuersatzes mit dem Ziel ergreifen, Investitionen in Infrastruktur und Bildung
2164 vornehmen zu können.

2165

2166

2167

2168 **2. Kommunen – starke Selbstverwaltung durch sichere Finanzen**

2169

2170 Nirgendwo zeigt sich Demokratie direkter als in den Kommunen, Kreisen und Regionen. Hier
2171 ist der Mittelpunkt der Gesellschaft, hier leben und arbeiten die Menschen, und hier
2172 begegnen sie im Idealfall auf Augenhöhe dem Staat und seinem Handeln.

2173

2174 Die Menschen merken, ob es ihrem Gemeinwesen schlecht geht, ob es vernachlässigt wird.
2175 Sie fühlen sich in dieser überschaubaren Welt geborgen, weil die Polizei für Sicherheit und
2176 Ordnung sorgt. Oder sie sind unsicher, weil sie sich schutzlos fühlen – nicht zuletzt
2177 gegenüber rechtsextremistischen Auswüchsen. Sie beurteilen die Justiz nach der
2178 Unabhängigkeit der Gerichte – und registrieren, wenn die Rechtsprechung überfordert ist.
2179 Wenn sie als Migranten hier leben, merken sie schnell, ob sie willkommen und
2180 gleichberechtigt sind oder nicht.

2181
2182 Niedersachsen braucht eine neue Politik. Das zeigt sich besonders am inneren Zustand des
2183 Landes: Kommunen und Kreise in Not, Regionalentwicklung nach dem Zufallsprinzip, zu viel
2184 Bürokratie und schlechte Stimmung bei der Polizei, eine Justiz, die in Teilen vor dem
2185 Arbeitspensum kapituliert, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf
2186 halbem Wege stecken geblieben.

2187
2188 Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise brauchen eine starke, handlungsfähige
2189 kommunale Selbstverwaltung und stabile Finanzen, um gemeinsam mit den Menschen den
2190 Alltag und die Zukunft zu gestalten. Die wichtigsten Aufgaben der öffentlichen
2191 Daseinsvorsorge – Schulen und Kitas, Sozialeinrichtungen und Rettungsdienste, Müllabfuhr,
2192 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, schließlich der ÖPNV: Sie müssen in allen
2193 Teilen des Landes funktionieren – auch dort, wo wegen des Bevölkerungsrückgangs weniger
2194 Menschen leben.

2195
2196 Die allgemein dramatische Verschlechterung der kommunalen Finanzen verstärkt das
2197 Ungleichgewicht zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen weiter. In den
2198 vergangenen neun Jahren sind unter Schwarz-Gelb die Liquiditätskredite, die Dispo-Kredite
2199 der Kommunen, von gut zwei auf mehr als fünf Milliarden Euro gestiegen. In manchen
2200 Jahren konnten weit mehr als die Hälfte der Kommunen ihre Haushalte nicht ausgleichen.
2201 Die Folgen sind landauf, landab in Niedersachsen zu sehen: Öffentliche Gebäude und
2202 Straßen werden vernachlässigt, der Krippenausbau kommt nicht voran, kulturelle und soziale
2203 Angebote werden abgebaut oder gestrichen.

2204
2205 Durch Gesetzesänderungen von CDU/FDP ist das Kommunalwahlrecht verschlechtert
2206 worden: Die lange Amtszeit von (Ober)Bürgermeistern und Landräten trennt willkürlich deren
2207 Wahl von der der Räte und Kreistage. Die Abschaffung der Stichwahl für
2208 Hauptverwaltungsbeamten schwächt ihre Legitimation und die kommunale Demokratie. Die
2209 niedersächsischen Kommunen und Kreise müssen aus ihrer Notlage befreit werden.

2210
2211 Eine SPD-Landesregierung wird

2212
2213 ■ die kommunale Selbstverwaltung stärken und Möglichkeiten der Kommunen zur
2214 wirtschaftlichen Betätigung absichern sowie einengende Regelungen aufheben.

2215
2216 ■ wie andere sozialdemokratisch geführte Länder die niedrigen Zinsen nutzen, um
2217 ein ernsthaftes Entschuldungsprogramm für Niedersachsens Kommunen aufzulegen.

2218
2219 ■ die interkommunale Zusammenarbeit unterstützen und beim kommunalen
2220 Finanzausgleich demografische Entwicklungen berücksichtigen.

2221
2222 ■ dafür sorgen, dass von den notwendigen Steuererhöhungen auf Bundesebene ein
2223 gerechter Anteil an die Kommunen gelangt und die Entlastungen der Kommunen
2224 durch den Bund nicht in der Landeskasse hängen bleibt.

2225
2226 ■ die Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung nicht zulasten der
2227 Kommunen einführen und Bundesgesetzen ablehnen, die kommunale Einnahmen
2228 schmälern oder ihnen neue Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich zuweisen.

2229

2230 ■ bei Kommunalwahlen die Wahl der Hauptverwaltungsbeamten wieder mit den
2231 Rats- und Kreistagswahlen verbinden und die Stichwahl für sie einführen.
2232

2233
2234

2235 **3. Landesbeauftragte – Kompetenz in und für Regionen**

2236

2237 Regionale Förderung und Entwicklung heißt vor allem, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
2238 mit der Politik für den ländlichen Raum zu koordinieren. Mit der wachsenden Bedeutung der
2239 Europäischen Union müssen ebenso intensiv die Wirtschaftsregionen des Landes mit der EU
2240 verknüpft werden. Für Niedersachsen als Agrarland Nr. 1 ist das besonders wichtig.

2241 Die SPD wird deshalb ein Ministerium für Europa, Regionale Entwicklung und Landwirtschaft
2242 einrichten. Hier werden Kompetenzen gebündelt, Vergabe-Entscheidungen über die Mittel
2243 des Europäischen Strukturfonds getroffen und der Strukturwandel in den Regionen aktiv
2244 begleitet. Bei diesem Strukturwandel brauchen die Regionen des Landes dezentrale
2245 staatliche Entscheidungskompetenzen, um ihren jeweiligen Entwicklungsperspektiven
2246 gerecht zu werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat 2005 mit der Abschaffung der
2247 Bezirksregierungen unübersichtliche, ineffiziente Verwaltungsstrukturen bewirkt und die
2248 Regionen ins Abseits gestellt.

2249

2250 Mit einer SPD-Landesregierung bekommt der Sachverstand in Niedersachsens Regionen
2251 wieder eine Chance und Entscheidungskompetenz kehrt in die Fläche zurück:

2252

2253 ■ Vier Landesbeauftragte werden in Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg und
2254 Oldenburg angesiedelt. Sie nehmen dort im Auftrag der Landesregierung verbindliche
2255 Entscheidungsbefugnis wahr.

2256

2257 ■ Die Landesbeauftragten werden dem neuen Ministerium für Europa, Regionale
2258 Entwicklung und Landwirtschaft angehören. Sie arbeiten dort als Regionalabteilungen
2259 der Landesregierung.

2260

2261 Die Landesbeauftragten sollen koordinieren und konzentrieren, reibungslos dezentrale
2262 Entscheidungen ermöglichen und die Entwicklung der Regionen voranbringen. Kommunen
2263 und die Wirtschaft haben damit wieder einen direkten Ansprechpartner und die
2264 Regionalentwicklung wird mit den Partnern vor Ort geplant. Die Landesbeauftragten sind
2265 Anwälte der Regionen und deren Entwicklungsagenturen in einer Person.

2266

2267

2268

2269 **4. Polizei der Bürger – Garant für öffentliche Sicherheit und Ordnung**

2270

2271 Ob im Straßenverkehr oder bei der Verbrechensbekämpfung, ob bei Demonstrationen oder
2272 der Begleitung von Fußballspielen: Die niedersächsische Polizei ist ein Garant für öffentliche
2273 Sicherheit und Ordnung. Als Polizei der Bürger vereinigt sie umfassende
2274 Ermittlungskompetenz und ausreichende Präsenz „auf der Straße“. Die große Polizeireform
2275 in den 1990er Jahren hat gut funktionierende Strukturen hinterlassen – in der integrierten
2276 Aus- und Fortbildung von Schutz- und Kriminalpolizei wie auch in der Arbeit vor Ort..

2277

2278 Inzwischen hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Integration von Kriminal- und
2279 Schutzpolizei bürokratisch verwässert und den Polizeidienst mit Verwaltungsaufgaben
2280 überfrachtet. Zunehmend werden Polizeibeamte für Schreibtischbürokratie eingesetzt., Den
2281 inneren Alltag der Beamten bestimmen unbefriedigende Arbeitsbedingungen und fehlende
2282 Aufstiegs- und Zukunftschancen. Mehr als nur symbolisch steht dafür der sogenannte „A11-
2283 Erlass“, der eine Beförderung zum Hauptkommissar von bestimmten Dienstposten abhängig
2284 und damit für viele Beamte unmöglich macht.

2285

2286 Eine SPD-Landesregierung wird

2287

2288 ■ die Entwicklungschancen im Polizeidienst gerechter gestalten und
2289 Aufstiegschancen verbessern. Dazu gehört die Rücknahme des sogenannten „A 11-
2290 Erlasses“. Im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten wird schnellstmöglich wieder
2291 die Voraussetzung geschaffen, grundsätzlich in jeder Funktion nach A 11 BBesO
2292 befördert zu werden. Zu diesen Fragen wird der Dialog zu allen Berufsvertretungen
2293 unverzüglich wieder aufgenommen.

2294

2295 ■ die Selbständigkeit der Polizei vor Ort stärken, damit sie Kriminalität bürgernah
2296 und lokal angepasst bekämpfen kann.

2297

2298 ■ an den Weg zu einer Bürgerpolizei anknüpfen, wie er in den 1990er Jahren
2299 begonnen worden ist.

2300

2301 ■ dafür sorgen, dass die Polizei vernetzt und mit modernen Medien auf die neuen
2302 Formen von Kriminalität wie die „Internetkriminalität“ reagieren kann.

2303

2304 ■ flächendeckende Videoüberwachung in den Kommunen ebenso ablehnen wie den
2305 Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum. Eine Videoüberwachung ist
2306 nur noch dort vorzunehmen, wo sie konkret der Kriminalitätsbekämpfung dient.

2307

2308 ■ vornehmlich Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte statt Polizisten für reine
2309 Verwaltungsaufgaben heranziehen.

2310

2311 ■ die Verkehrssicherheit erhöhen, denn Niedersachsen ist Schlusslicht unter den
2312 „alten“ Bundesländern bei der Zahl der Verkehrstoten.

2313

2314

2315 **5. Rechtsextremismus - mit allen Mitteln dagegen**

2316

2317 Die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle hat erneut gezeigt, wohin politischer
2318 Rechtsextremismus führen kann. Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) steht in der
2319 braunen Tradition rechtsextremistischer Terrorakte wie dem Oktoberfest-Attentat oder auch
2320 den Gewalttaten von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen. Hass,
2321 Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und übersteigter Nationalismus sind Grundlagen
2322 des rechtsextremen Terrors. Die polizeiliche Aufklärung der Terrorakte muss mit politisch
2323 entschlossenem Vorgehen gegen organisierten Rechtsextremismus einhergehen.

2324

2325 Fremdenfeindlichkeit, nationalistische Einstellung und autoritäre Ordnungsvorstellungen sind
2326 in der Gesellschaft als politische Orientierungen immer noch verbreitet. Immer noch werden
2327 Menschen wegen einer Behinderung, ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder
2328 Sprache, wegen ihres Glaubens oder Geschlechts diskriminiert und ausgegrenzt. Solche
2329 Verhaltensweisen spielen rechtsextremistischen Gruppen in die Hände. Abstiegsängste,
2330 Perspektivlosigkeit und Unzufriedenheit mit dem politischen, wirtschaftlichen und
2331 gesellschaftlichen System: die unter der schwarz-gelben Landesregierung voranschreitende
2332 soziale Spaltung beugt rechtsextremer Gesinnung nicht nachhaltig vor.

2333

2334 Eine gute Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Jugend- und Integrationspolitik ist die beste
2335 Politik für eine demokratische Gesellschaft. Für die SPD ist es jedenfalls ein Gebot der
2336 Menschlichkeit und politische Verpflichtung zugleich, rechtsextremistische Denkmuster und
2337 rechtsextremistische Organisationen mit allen rechtsstaatlichen Mittel zu bekämpfen. Die
2338 Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beginnt in der Grundschule – durch
2339 Demokratie-Erziehung und Aufklärung über die Menschenrechte. Erfolgreich aber ist sie
2340 letztlich nur dann, wenn Chancengleichheit, soziale Absicherung und sichere
2341 Zukunftsperspektiven in der Gesellschaft politisch glaubhaft verankert werden.

2342
2343
2344
2345
2346
2347
2348
2349
2350
2351
2352
2353
2354
2355
2356
2357
2358
2359
2360
2361
2362
2363
2364
2365
2366
2367
2368
2369
2370
2371
2372
2373
2374
2375
2376
2377
2378
2379
2380
2381
2382
2383
2384
2385
2386
2387
2388
2389
2390
2391
2392
2393
2394
2395
2396
2397

Eine SPD-Landesregierung wird:

- die Sicherheitsbehörden so ausstatten und organisieren, dass sie erfolgreich gegen den Rechtsextremismus vorgehen können und sich Fehler wie bei der Verfolgung der Zwickauer Terrorzelle nicht wiederholen.
- das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorantreiben und ein Verbot neonazistischer und rechtsextremistischer Organisationen prüfen.
- eine mittelbare Parteienfinanzierung der NPD über V-Leute beenden.
- zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus unterstützen und sich auf Bundesebene für die Abschaffung der „Extremismusklausel“ einsetzen.

6. Justiz – Impulse für eine aufgeklärte Gesellschaft

Rechtspolitik ist Gesellschaftspolitik. Von ihr gehen die entscheidenden Impulse für eine moderne, aufgeklärte und sozial gerechte Zivilgesellschaft aus. Gleichzeitig ist die Justiz die rechtssprechende „dritte Gewalt“ im Staat. Als Grundpfeiler der rechtsstaatlichen Ordnung kommt ihr eine besondere Bedeutung zu.

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Dieser eherne Grundsatz gilt auch für eine moderne Justiz. Er begründet den Anspruch aller Bürger auf uneingeschränkten und gleichen Zugang zu Justiz und ein Gerichtswesen, das in angemessener Zeit zu gerechten Entscheidungen kommen muss: unabhängig vom sozialen Status und barrierefrei.

Für die SPD ist in der rechtsstaatlichen Justiz und ihren hoheitlichen Aufgaben kein Platz für Privatisierungsbestrebungen. Dies gilt auch für die Sicherheit in den Gerichtssälen, die Arbeit der Gerichtsvollzieher und den Strafvollzug. Ein moderner, humaner Strafvollzug schafft Bedingungen für Kriminalitätsprävention durch Resozialisierung.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die von der schwarz-gelben Landesregierung eingeleiteten Privatisierungsschritte wie bei der JVA Bremervörde auf vertragliche Ausstiegsoptionen prüfen. Gleichzeitig soll für alle Justizvollzugsanstalten ein neues Erhaltungsmanagement prüfen, in welchen Vollzugsanstalten Sanierungsbedarf besteht.
- die Verankerung der Justiz in der Fläche sichern und gleichzeitig Synergieeffekte nutzen. So soll geprüft werden, ob unterschiedliche Gerichte zu Justizzentren zusammengelegt werden können.
- eine Ausweitung des Täter-Opfer-Ausgleichs auf weitere Delikte anstreben und den Opferschutz so stärken, dass der Zeugenschutz verbessert und die Aufklärung über finanzielle und soziale Hilfsmöglichkeiten intensiviert wird.
- die Sozialtherapie als Vorbereitung auf ein straffreies und selbstbestimmtes Leben nach der Haft ausbauen und ein Psychatriekonzept für den Justizvollzug entwickeln.
- den Einsatz der elektronischen Fußfessel prüfen, ob sie hilft, Rückfälle zu vermeiden und dabei die Persönlichkeitsrechte der Überwachten gewahrt sind.
- Haftvermeidungsprojekte wie „Schwitzen statt Sitzen“ unterstützen.

- 2398 ■ Gesetze für den Jugendvollzug und den Jugendarrestvollzug schaffen.
2399
2400 ■ das Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung so verändern, dass
2401 therapeutische Ansätze den Schwerpunkt bilden.
2402
2403 ■ den ambulanten Justizsozialdienst für Haftentlassene verbessern, ihn dem
2404 Justizministerium unterstellen und ein gemeinsames Übergangsmanagement von
2405 Justizsozialdienst und Bewährungshilfe entwickeln.
2406
2407 ■ die Einführung einer Mediationskostenhilfe einfordern, um auch sozial schwachen
2408 Bürgern die außergerichtliche Einigung bei zivilrechtlichen Auseinandersetzungen zu
2409 ermöglichen.
2410
2411

2412 Die Justiz in Niedersachsen ist leistungsfähig und leistungsbereit. Allerdings ist sie durch
2413 eine beispiellose Arbeitsverdichtung und Zunahme des Arbeitspensums in den Jahren von
2414 Schwarz-Gelb an ihre Grenzen gelangt. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die
2415 Rechtsprechung unter einer Überlastung der Gerichte leidet.
2416

2417 Eine SPD-Landesregierung wird

- 2418
2419 ■ dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen der Justiz mit modernen Methoden
2420 erfasst, bewertet und verbessert werden. Dabei werden auch Besoldungsfragen,
2421 Altersdurchschnitt der Beschäftigten und Verfahrensspezialisierungen berücksichtigt,
2422 so im Wirtschaftsstrafrecht, der Korruptionsbekämpfung und der Internetkriminalität.
2423
2424
2425

2426 **7. Weltoffenes Niedersachsen – Zuhause in Niedersachsen**

2427

2428 Das Einwanderungsland Niedersachsen ist Heimat für Menschen unterschiedlicher Herkunft.
2429 Eine Trennung in „wir“ und „ihr“ darf keine Rolle mehr spielen. Deshalb sind eine
2430 umfassende Teilhabemöglichkeiten und Partizipation für alle eine Selbstverständlichkeit,
2431 auch für zugewanderte Mitbürger.
2432

2433 Integration bedeutet Zugehörigkeit und kann nur im wechselseitigen Prozess gelingen: durch
2434 Öffnung der aufnehmenden Gesellschaft und den Integrationswillen der Zuwanderer. Das ist
2435 nicht nur eine Voraussetzung für sozialen Frieden, sondern gerade in Zeiten des
2436 demografischen Wandels attraktiv für die niedersächsische Wirtschaft. Ihr hilft die
2437 Zuwanderung von qualifizierten Fachleuten, den bedrohlichen Fachkräftemangel abzubauen.
2438

2439 Eine SPD-Landesregierung wird

- 2440
2441 ■ Teilhabe und Partizipation von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe für alle
2442 Landesressorts verankern und den Instrumenten zur Förderung von Teilhabe und
2443 Partizipation Gesetzesrang geben.
2444

2445 Sprache und Bildung sind der Schlüssel für Integration. Herkunft darf nicht länger Bildung
2446 beeinträchtigen. Ein wichtiger Baustein für die Integrationspolitik ist die Ausrichtung des
2447 Bildungssystems auf Chancengleichheit und Gleichberechtigung – von der Kita über die
2448 berufliche Bildung bis zu Abitur, Studium und Arbeitsmarkt (*siehe Abschnitt III.3*).
2449

2450 In Niedersachsen leben mehr als 200.000 Muslime. Ihnen will die SPD ein Signal für ein
2451 kooperatives Zusammenleben geben, damit deutlich wird: Muslime gehören zu
2452 Niedersachsen. Nach dem Vorbild des Hamburger Staatsvertrags mit den muslimischen
2453 Verbänden soll dieses Signal über Symbolpolitik hinausgehen.

2454
2455 Eine SPD-Landesregierung wird
2456
2457 ■ mit den muslimischen Verbänden einen Dialog führen, um grundlegende
2458 Regelungen über das Verhältnis des Landes Niedersachsen zu ihnen zu treffen.
2459 Dabei geht es um die Anerkennung von muslimischen und alevitischen Feiertagen.
2460 Und es geht unter Einbeziehung der christlichen Kirchen darum, den bewährten
2461 Religionsunterricht an Schulen für eine auch in religiöser Hinsicht zunehmend
2462 vielfältige Gesellschaft weiter zu entwickeln.
2463
2464 Interkulturelle Öffnung ist Teil von Verwaltungsmodernisierung, Kundenorientierung und
2465 Bürgernähe. Das erfordert von der Verwaltung ein neues Selbstverständnis.
2466
2467 Eine SPD-Landesregierung wird
2468
2469 ■ mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund in den Landesdienst einstellen und
2470 Kriterien für interkulturelle Öffnung festlegen.
2471
2472 ■ bei Aus- und Weiterbildung in den Pflege- und Gesundheitsberufen kultursensible
2473 Pflege einführen.
2474
2475 Vor allem auf der kommunalen Ebene werden die politischen Mitwirkungsrechte für
2476 Migranten in Räten und Kreistagen zum Gradmesser für den Erfolg von Integration.
2477
2478 Eine SPD-Landesregierung wird
2479
2480 ■ sich für eine Änderung im Grundgesetz einsetzen, damit allen Ausländern in
2481 Niedersachsen das kommunale Wahlrecht zugebilligt wird. EU-Bürger sollen auch bei
2482 Landtagswahlen das Wahlrecht erhalten.
2483
2484 ■ im Dialog mit den Kommunen an pragmatischen, vor Ort anwendbaren Lösungen
2485 arbeiten und z.B. in den kreisfreien Städten und Landkreisen kommunale
2486 Integrationsausschüsse als Interessenvertretung von Menschen mit
2487 Migrationshintergrund ermöglichen.
2488
2489 Niedersachsen braucht eine neue Willkommenskultur. Sie soll die Integration der hier
2490 lebenden Migranten und ihrer Kinder vertiefen und neue Zuwanderer herzlich begrüßen.
2491
2492 Eine SPD-Landesregierung wird sich
2493
2494 ■ auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass der Optionszwang zur deutschen
2495 Staatsangehörigkeit für Kinder von hier lebenden ausländischen Eltern aufgehoben
2496 wird. Generell soll die doppelte Staatsbürgerschaft möglich werden. Langjährig
2497 Geduldete sollen ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten und die sogenannten
2498 Kettenduldungen abgeschafft werden.
2499
2500 Wir wollen mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen und ihren Familien. Deshalb
2501 muss die Diskriminierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Niedersachsen ein Ende
2502 haben. Ermessensspielräume sollen vollständig ausgenutzt werden, um Flüchtlingen zu
2503 helfen. Schließlich muss auch die Härtefallkommission beim Innenminister endlich in die
2504 Lage versetzt werden, ihre Aufgabe zur Sicherung einer humanen Flüchtlings- und
2505 Asylbewerberpolitik tatsächlich wahrzunehmen.
2506
2507 Eine SPD-Landesregierung wird darüber hinaus
2508
2509 ■ die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen als Integrationszentrum einrichten.

2510
2511
2512
2513
2514
2515
2516
2517
2518
2519
2520
2521
2522
2523
2524
2525
2526
2527
2528
2529
2530
2531
2532
2533
2534
2535
2536
2537
2538
2539
2540
2541
2542
2543
2544
2545
2546
2547
2548
2549
2550
2551
2552
2553
2554
2555
2556
2557
2558
2559
2560
2561
2562
2563
2564

- eine Abschiebung in Länder verhindern, in denen die Sicherheit und Integration der Menschen nicht gewährleistet ist.

- den Aufenthalt von Flüchtlingen und Asylbewerbern erleichtern: durch schnelle Arbeitserlaubnis, dezentrale Unterbringung und die Wahlmöglichkeit für Kommunen, Leistungen an Asylbewerber in bar oder per Wertgutschein auszugeben.

8. Sport – fit und fair in der Gesellschaft

Leistungssport, Breitensport, Behindertensport – fast 40 Prozent der Niedersachsen gehören einem der rund 9.500 Sportvereine an. In Niedersachsen legen verglichen mit den anderen Bundesländern die meisten Erwachsenen und Jugendlichen Sportabzeichen ab – an die 140.000 jährlich. Sport hält die Gesellschaft zusammen. Sport bedeutet Fairplay und Partnerschaft, Chancengleichheit und Mannschaftsgeist, soziales Handeln, Ehrenamt und auch Wettbewerb. Sport fördert die individuelle Entwicklung und trägt zur positiven Persönlichkeitsbildung bei. In den Vereinen erfahren die Menschen soziale Kultur, gesellschaftliches Engagement und nicht zuletzt Integration.

Die SPD bekennt sich zur politischen Verantwortung gegenüber dem Sport. Sie wird sich für bessere Rahmenbedingungen des Sports engagieren.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Sportförderung anheben;
- die Steuerfreibeträge für Übungsleiter und Sportfunktionäre sichern, um das Ehrenamt im Sport zu stärken;
- Sportvereine im Rahmen der offenen Schule in die Gestaltung des Ganztagschulprogramms integrieren.
- den Leistungssport fördern, weil es ohne Spitzensport keinen Breitensport geben kann - genau wie es ohne Breitensport keinen Spitzensport gibt.

9. Ehrenamt – Netzwerk der Lebenswelten

Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit, dazu gehören z.B. THW, Feuerwehren und Rettungsdienste, sind wichtige gesellschaftliche Kräfte – mit großer Eigenständigkeit. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die Demokratie. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement haben eine lange Tradition. Doch die Strukturen von Freiwilligenarbeit und das Selbstverständnis der Freiwilligen haben sich weiterentwickelt und das Image des bürgerschaftlichen Engagement hat sich stark verändert. Es gehört immer mehr zum Selbstverständnis der Gesellschaft. Bürger aller Altersgruppen nehmen aktiv teil an der Gestaltung des Zusammenlebens. So wird Engagement auch zur Triebkraft der gesellschaftlicher Entwicklung und der Modernisierung.

Mit dem demographischen Wandel kommt der Gruppe der Älteren dabei eine besondere Rolle zu. Sie sind im Vergleich zu früheren Generationen nicht nur jünger, besser ausgebildet und leistungsstärker, sondern sie sind auch immer öfter bereit, ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Die Gesellschaft tut gut daran, diesen Menschen Tätigkeitsfelder

2565 zum Wohle der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Für den einzelnen erwächst hieraus
2566 das Wichtigste, was Menschen zum Leben brauchen: Sinngebung.

2567
2568 Der Anteil der Älteren wächst in Folge des demografischen Wandels kontinuierlich – auch
2569 mit zunehmendem Anteil „junger Alter“. In den vergangenen Jahren ist dagegen der Anteil
2570 junger Menschen zurückgegangen. Ursachen sind hierfür vor allem im verkürzten Abitur und
2571 in den zeitintensiven Bachelorstudiengängen zu suchen. Jungen Leuten sollte es aber auch
2572 zukünftig möglich sein, sich sozial zu engagieren. Hierfür wird die SPD Modelle entwickeln.

2573
2574 Der richtige Mix aus öffentlicher Verantwortung und privatem Engagement stärkt die
2575 Gesellschaft, verknüpft die Lebenswelten von Generationen und bedeutet häufig ganz
2576 praktisch Hilfestellung im Alltag. Für unsere Gesellschaft ist das Engagement der
2577 Bürgerinnen und Bürger soziales Kapital.

2578
2579 Eine SPD-Landesregierung wird das bürgerschaftliche Engagement mit einem Konzept für
2580 Freiwilligenarbeit stärken. Einzelne Bausteine dieses Konzepts sind:

2581
2582 ■ eine Vorreiterrolle des Landes bei der flexiblen Arbeitszeitgestaltung von
2583 Beschäftigten, die sich in der Freiwilligenarbeit engagieren.

2584
2585 ■ Anerkennung der Leistungen bei Studien/Schule/Berufsabschlüssen.

2586
2587 ■ Steuerbegünstigte Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche analog zu den
2588 Übungsleiterpauschalen;

2589
2590 ■ Mobilitätshilfen für Ehrenamtliche im ländlichen Raum, beispielsweise durch
2591 bürgerschaftliche Fahrdienste.

2592
2593 Das Engagement der Sportverbände und die Arbeit der Freien Wohlfahrtsverbände wollen
2594 wir mit einer gesetzlichen Absicherung der Zuschüsse aus der Konzessionsabgabe
2595 Glücksspiel unterstützen.

VII. NEUE ENERGIEPOLITIK SETZT AUF DIE ERNEUERBAREN

Ein „weiter so“ gibt es nicht: Die Energiepolitik braucht einen neuen, in die Zukunft weisenden Anfang – nicht nur, aber vor allem in Niedersachsen. Global stehen Klimawandel, Endlichkeit fossiler Energieträger und Rohstoffknappheit dem zunehmenden Energiebedarf einer wachsenden Weltbevölkerung gegenüber. Gerade in Niedersachsen aber belegen die – bislang weltweit – ungelöste Endlagerfrage und das Scheitern der Asse den unverantwortlichen Umgang mit der Atomenergie.

Die Energiewende wurde unter der rot-grünen Bundesregierung Schröder eingeleitet. Es wurden im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und – 2001 das erste Mal – der Atomausstieg beschlossen. Nach der Rolle rückwärts der schwarz-gelben Bundesregierung Merkel mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke 2009 bedeutete Fukushima schließlich 2011 das Aus für die Atomkraft: Nun auch mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP beschloss der Deutsche Bundestag erneut den Ausstieg.

Doch bis heute setzt sich die zögerliche, unkoordinierte und widersprüchliche Energiepolitik der Berliner Koalition durch die schwarz-gelbe Landesregierung in Hannover fort. Trotz guter Ausgangsbedingungen hat sie es bewirkt, dass Niedersachsen bei der Umsetzung der Energiewende unter den Bundesländern abgeschlagen auf dem zwölften Platz liegt. Bis heute fehlt auch im schwarz-gelben Landeskabinett ein Konsens über den Energiemix der Zukunft – und damit die Voraussetzung, über die künftige Netzinfrastruktur in Niedersachsen zu entscheiden. Forschung und Entwicklung liegen in der Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums, Ausbau der Windenergie-Anlagen beim Wirtschaftsministerium, Planung für die Netzstruktur beim Landwirtschaftsministerium, Gebäudesanierung beim Sozialministerium, und natürlich ist auch das Umweltministerium beteiligt. Eine Energiepolitik aus einem Guss sieht anders aus.

Die SPD wird im Rahmen einer neuen Energiepolitik Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit beim Atomausstieg und dem Umstieg auf erneuerbare Energieträger zusammenführen. Sie sieht bei diesem Jahrhundertprojekt die Chance, Niedersachsen zum Spitzenreiter der Energiewende zu machen: Die SPD wird in einem Masterplan verbindliche Zielsetzungen und gebündelte Zuständigkeiten vereinen, im Dialog mit den Betroffenen für fairen Interessenausgleich und eine sozial gerechte Versorgungssicherheit sorgen.

1. Gute Energiepolitik – gute Wirtschafts- und Sozialpolitik

Für die SPD betrifft eine zukunftsgerechte Energie- und Umweltpolitik nicht nur ökologische Aspekte. Eingeschlossen sind auch Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Denn mit der weltweiten Nachfrage nach energetisch nachhaltigen Wirtschaftsgütern wachsen die Chancen, Energie sozial verträglich bereitzustellen. Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Atomausstieg und Umstieg auf erneuerbare Energien stehen für die SPD damit unter dem Motto: „sauber, sicher, bezahlbar“.

Die SPD wird das wirtschaftliche Ziel eines qualitativen und damit nachhaltigen Wachstums zum politischen Maßstab machen. Es gibt keine Zukunft für ein energieintensives Wirtschaftssystem, das vorwiegend auf quantitatives Wachstum sowie ungebremsen Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch ausgerichtet ist. Wachstum und Ressourcenverbrauch müssen entkoppelt werden. Einsparung und Effizienzsteigerung sind geboten, neue Energiequellen müssen nachhaltig und ohne schädliche Folgen nutzbar gemacht werden. Zur Grundlage der SPD-Energiepolitik wird somit ein dreifaches „E“: Effizienz, Einsparung und Erneuerbare.

2652 Bei der Energiewende, die viele Bereiche des gewohnten Lebens verändern wird, darf es
2653 keine Verlierer geben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Aufbau moderner
2654 Produktionsstätten und belastbarer Infrastrukturen werden der niedersächsischen Wirtschaft
2655 zahlreiche Impulse bringen. Aber genauso wichtig wird es sein, soziale Härten für Menschen
2656 mit geringeren Einkommen abzufedern. Das Handeln der SPD wird damit geleitet von dem
2657 Dreiklang sozialer Balance, ökonomischer Vernunft und ökologischer Weitsicht.

2658
2659
2660

2. Energiewende – Gesamtstrategie für ein Jahrhundertprojekt

2661

2662
2663 Niedersachsen könnte bei der Energiewende bundesweiter Spitzenreiter sein. Seine
2664 geografische Lage und seine Forschungs- und Technologiezentren können über die
2665 Landesgrenzen hinaus zu tragenden Pfeilern einer zukunftsweisenden energiepolitischen
2666 Entwicklung werden. Viele Menschen in Niedersachsen haben sich in Genossenschaften
2667 oder Vereinen zusammengeschlossen und in die Erneuerbaren investiert. Kommunale
2668 Stadtwerke nutzen ihre Chancen und planen für eine dezentrale Zukunft der
2669 Energieversorgung. Neue Arbeitsplätze sind entstanden. Auf diesen Fundamenten wird die
2670 SPD die Energiewende erfolgreich gestalten.

2671

2672 Die Energiewende in ihrer ganzen Komplexität ist ein Jahrhundertprojekt: Die Sanierung von
2673 Gebäuden und die Konzeption zukunftsgerechter Wohngebiete gehören ebenso dazu wie
2674 die Entscheidung über Energieträger und Speichertechnologien oder der Aufbau einer
2675 belastbaren Netzinfrastruktur. Viel stärker als bisher müssen dafür Planungen koordiniert
2676 und Entscheidungen gebündelt werden.

2677

2678 Eine SPD-Landesregierung wird

2679

- 2680 ■ eine gemeinsam mit Kommunen, Energiewirtschaft und Fachverbänden
2681 erarbeitete Gesamtstrategie für die Energiewende in Niedersachsen vorlegen, die
2682 verbindliche Ziele und konkreten Maßnahmen bis 2020 sowie eine Zielplanung bis ins
2683 Jahr 2050 enthält. Breit angelegte Energiegipfel und ein jährlicher Bericht zum Stand
2684 der Umsetzung der Energiewende sind zentrale Bestandteile dieser Strategie.

2685

2686 Die Gesamtstrategie zur Energiewende erfordert einen Quantensprung im Bereich
2687 wirtschaftlicher Beteiligungsprozesse. Wie das Beispiel Stuttgart 21 veranschaulicht, reichen
2688 die gegenwärtigen Strukturen von Information, Diskussion und Transparenz nicht aus, um
2689 Konfliktfelder frühzeitig auszuräumen. Auch noch so nachhaltige Projekte der Energiewende
2690 wie neue Windräder und Solaranlagen, Leitungsnetze oder Speicheranlagen werden
2691 zwangsläufig zu Interessengegensätzen und Konflikten führen.

2692

2693 Die SPD wird für diese Investitionsprojekte eine neue Beteiligungskultur schaffen. Sie setzt
2694 sich mit der SPD-Bundestagsfraktion für ein neues Infrastrukturplanungsrecht ein, das den
2695 Dialog mit den Betroffenen vor Ort in den Mittelpunkt stellt und Lösungen im fairen
2696 Interessenausgleich sucht.

2697

2698 Eine SPD-Landesregierung wird

2699

- 2700 ■ ein „Bündnis für Energie“ mit Sozialpartnern (Gewerkschaften, Arbeitgeber),
2701 Energie-, Landwirtschafts- und Umweltverbänden, Kommunen und
2702 Energieversorgern schaffen, um einen möglichst breiten Konsens für die
2703 erforderlichen Projekte der Energiewende zu erzielen.

2704

- 2704 ■ eine Landesenergieagentur als Ansprechpartner für Bürger, Kommunen und
2705 Unternehmen einrichten, die für Information und Beratung sorgt und Netzwerke mit
2706 Verbänden, Vereinen etc. organisiert.

2707

2708 Nicht zuletzt wird das Thema Versorgungssicherheit eine gewichtige Rolle bei der
2709 strategischen Planung einnehmen: Sie ist ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge.
2710 Energie muss deshalb allgemein zugänglich und bezahlbar sein. In Deutschland werden
2711 schon heute zahlreiche Haushalte vom Strom abgekappt, weil sie ihre Energierechnung nicht
2712 bezahlen konnten. Die SPD wird nicht akzeptieren, dass die Energiewende neue soziale
2713 Notlagen verursacht. Gleichzeitig appelliert sie an alle Bevölkerungsgruppen, Energie-
2714 Einsparpotenziale jeder Art zu nutzen und verantwortungsvoll mit Energie umzugehen.

2715
2716 Eine SPD-Landesregierung unterstützt deshalb:

2717
2718 ■ Kooperationen von Stadtwerken, Sozialbehörden und Wohnungsgesellschaften
2719 zur Verhinderung der Energiearmut und zur Energieschuldenprävention.

2720
2721 ■ Modellprojekte von Stadtwerken und anderen Versorgungsunternehmen, die im
2722 Bereich ihrer Tarifgestaltung soziale Komponenten mit Einsparanreizen verbinden.

2723

2724

2725

2726 **3. Effizienz – Grundstein künftiger Energiepolitik**

2727

2728 Allerdings ist bei alledem die beste Energie die, die nicht gebraucht wird. Einsparungen sind
2729 durch bewussten Einsatz von Energie zu erzielen, so durch Wärmedämmung oder
2730 energieeffiziente Geräte, Maschinen und Motoren. Kosten für den privaten und gewerblichen
2731 Nutzer können so deutlich gesenkt werden. Häufig amortisieren sich mögliche höhere
2732 Anschaffungskosten für effizientere Geräte bereits nach kurzer Zeit.

2733

2734 Energieeffizienz lässt sich mit Brennwerttechnik oder Kraft-Wärme-Kopplung wie auch beim
2735 Verbrauch durch Wärme-/Kälteämmung oder Energierückgewinnung steigern. Ziel ist es,
2736 die Energieverbrauchswerte von Neubauten und, bei grundlegender Sanierung, von
2737 Altbauten um bis zu 90 Prozent zu senken. Bei der energetischen Gebäudesanierung muss
2738 die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen.

2739

2740 Das Gebäudesanierungsprogramm der SPD beweist bereits auf kommunaler Ebene eine
2741 Win-Win-Situation: Es gibt der regionalen Wirtschaft wichtige Innovations-Impulse und
2742 reduziert den Energieverbrauch so deutlich, dass unübersehbare Einspareffekte Bewohnern
2743 und Nutzern zugute kommen

2744

2745 Eine SPD-Landesregierung wird zur Steigerung von Energie-Einsparung und -Effizienz:

2746

2747 ■ einen Stufenplan zur Sanierung landeseigener Gebäude durchsetzen –
2748 vorwiegend dort, wo ausgebildet wird oder Sanierungsstaus belastende
2749 Arbeitsbedingungen verursachen.

2750

2751 ■ Energiemanagementsysteme für öffentliche Einrichtungen einführen und
2752 Dienstleistungen für effizientere Energienutzung fördern.

2753

2754 ■ eine Energy-IT-Initiative starten, um den Stand der IT-Technik – intelligente
2755 Stromsparkonzepte, optimierte Kühlungssysteme – und neue IT-Technologien wie
2756 Deduplizierung (Reduzierung von Datenströmen) breitenwirksam einzusetzen.

2757

2758 ■ einen „Niedersächsischen Energieeffizienzpreis“ für kleine und mittlere
2759 Unternehmen ausloben, um das Handwerk zur Installation und Wartung neuer
2760 Technologien in Privathaushalten zu motivieren.

2761

2762 Niedersachsens Wirtschaft und die Beschäftigten profitieren an verschiedenen Standorten
2763 von energieintensiven Industrien wie der Stahlerzeugung und der chemischen Industrie.

2764 Diese Industrien sind auch für die Entwicklung der Energiewirtschaft im erneuerbaren
2765 Bereich wichtig. Deshalb müssen ihre Wettbewerbs- und Entwicklungsbedingungen auch
2766 nach der Energiewende im innereuropäischen Wettbewerb Bestand haben. Entscheidend für
2767 eine nachhaltige Weiterentwicklung der Hochtechnologiebranche werden letztlich effizienter
2768 Ressourcenverzehr, sparsamer Umgang mit Energie und intelligente Innovationen sein.

2769
2770 Im Rahmen einer gerechten Verteilung der Lasten der Energiewende werden alle
2771 Energieverbraucher zu größeren Anstrengungen bereit sein müssen. Stärker als bisher
2772 müssen daher auch sämtliche energieintensiven Unternehmen zu ambitionierten Effizienz-
2773 und Einsparzielen sowie Energiemanagementsystemen angehalten werden, die neben einer
2774 Senkung des Energiebedarfs auch den Einsatz innovativer Produktions- und
2775 Verfahrenstechnologien anreizen. Wirtschaft und Politik sind hier gleichermaßen gefordert.

2776
2777 Eine SPD-Landesregierung wird:
2778
2779 ■ eine Steuerungsgruppe einrichten, die die Intensivierung von Effizienzsteigerung,
2780 die Minderung des Energieverbrauchs sowie die Erforschung alternativer Materialien
2781 und Prozesse koordiniert.

2782
2783 Im Bereich der Mobilitätswirtschaft sind Effizienzpotenziale zu heben. Gerade für
2784 Niedersachsen als Produktions- und Entwicklungsstandort für die Mobilitätswirtschaft der
2785 Zukunft ergeben sich Perspektiven. Die Chancen durch steigende Energieeffizienz und
2786 sinkenden Energieverbrauch liegen auf der Hand. Gute, preiswerte Mobilität gehört zur
2787 ökonomischen Basis des Landes, sie sichert Teilhabe und Lebensqualität.

2788
2789 Die Bundesförderung der Mobilitätsregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg als
2790 Nationales Schaufenster für Elektro-Mobilität zeigt, dass Niedersachsen Kernkompetenzen
2791 bei der Entwicklung neuer Fortbewegungskonzepte und ihrer Infrastruktur besitzt.
2792 Beispielsweise sind schon heute effiziente Erdgasfahrzeuge im Einsatz: Pkw, Lkw und
2793 Schiffe. Es kommt aber nicht nur auf neue technische Errungenschaften an – die Mobilität
2794 der Zukunft muss vor allem integriert gedacht werden. Gefragt sind intelligente
2795 Mobilitätskonzepte, die unterschiedliche Verkehrstechnologien und Verkehrsträger wie
2796 Flugzeug, Auto, Bus, Bahn und Fahrrad zusammenführen. Gerade die Verbindung der
2797 Mobilitätsangebote mit Informations- und Kommunikationstechnologien als Teil integrierter
2798 und individueller Mobilität zeugt von Zukunftsfähigkeit.

2799
2800 Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine SPD-Landesregierung:
2801
2802 ■ Technologiekompetenzen niedersächsischer Unternehmen und
2803 Forschungskapazitäten des Landes vernetzen und Produkte sowie Lösungen fördern.
2804
2805 ■ Mobilitätsaudits und -pläne in den Städten und im ländlichen Raum unterstützen.
2806
2807 ■ Zukunftskonzepte für Ballungszentren und für die Fläche wie Car-Sharing oder
2808 Sammeltaxis weiter entwickeln.

2809 2810 2811 2812 **4. Atomare Erblast bewältigen – Risiken minimieren**

2813
2814 Atomstrom war nie günstig. Haftung, Unfallvorsorge, Forschung und Entsorgung des
2815 radioaktiven Abfalls werden staatlich subventioniert und haben den AKW-Betreibern
2816 Gewinne gebracht. Deshalb darf es bis zum völligen Ausstieg keine Abstriche bei den
2817 Sicherheitsanforderungen in den Atomkraftwerken geben. In Niedersachsen werden die
2818 Atomkraftwerke in Grohnde 2017 und Lingen bis 2022 abgeschaltet, das AKW Unterweser
2819 geht nicht mehr ans Netz.

2820
2821
2822
2823
2824
2825
2826
2827
2828
2829
2830
2831
2832
2833
2834
2835
2836
2837
2838
2839
2840
2841
2842
2843
2844
2845
2846
2847
2848
2849
2850
2851
2852
2853
2854
2855
2856
2857
2858
2859
2860
2861
2862
2863
2864
2865
2866
2867
2868
2869
2870
2871
2872
2873
2874
2875

Eine SPD-Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen,

- dass es eine ergebnisoffene und bundesweite Suche nach geeigneten atomaren Endlagerstandorten gibt. Dabei müssen die geologischen Gründe berücksichtigt werden, die bereits heute eindeutig für eine Schließung des Standortes Gorleben sprechen. Die SPD fordert daher einen sofortigen Bau- und Erkundungsstopp in Gorleben.

- dass die Asse unter der Nutzung des Bundesamtes für Strahlenschutz schnellstmöglich gesichert und von Atomabfällen befreit wird: In der aktuell hochkritischen Lage ist die Verzögerungstaktik der zuständigen Ministerien inakzeptabel. Änderungen des Atomrechts zur Sicherstellung einer zeitnahen Rückholung der Abfälle sind unverzichtbar.

- dass unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der Asse eine Neubewertung der Einlagerungssituation von Schacht Konrad im Rahmen des Endlagersuchverfahrens stattfindet, mindestens mit dem Ziel der sicheren Rückholbarkeit der eingelagerten Stoffe.

Der Atomausstieg ist nicht ohne Übergangsenergie machbar. Wer aber Klimaschutz ernst nimmt, muss dabei die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Kohle radikal reduzieren. Die SPD steht zum Kohle-Ausstieg und wird als Energieträger für den Übergang auf Gas setzen: in hocheffizienten Anlagen, die durch Kraft-Wärme-Kopplung optimale Nutzungsgrade erzielen.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- Möglichkeiten prüfen, mit Flüssiggas-Anlandung (LNG) die Gasversorgung auf eine breitere Basis zu stellen und die Energiepreise marktgerecht niedrig zu halten.

- die Fracking-Förderung in Trinkwasserschutzgebieten sowie unter Nutzung umweltgefährdender Chemikalien grundsätzlich ausschließen. Wenn Fracking in Niedersachsen zugelassen werden soll, muss zunächst ein klarer gesetzlicher Rahmen mit obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfungen und umfassenden Bürgerbeteiligungsprozessen verabschiedet werden.

- CCS, die CO₂-Abscheidung und Speicherung, in Niedersachsen nicht zulassen;

- die Option prüfen, ob CCR für industrielle Prozesse CO₂ klimaverträglich ist.

5. Erneuerbare Energien – mit richtiger Energie in die Zukunft

Die Entwicklung innovativer Technologien stärkt bei richtiger politischer Weichenstellung den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Die Erzeugung regenerativer Energien enthält ein großes Wertschöpfungspotenzial und zugleich die Chance auf neue Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten in Deutschland rund 380.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren. Gegenüber 2004 sind in dieser Branche über 80 Prozent mehr Arbeitsplätze entstanden, ein großer Teil davon in Niedersachsen. Durch intelligente Förderung ist für Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt weiteres Wachstum vorhersehbar. Das wiederum bedingt den Ausbau des Forschungs- und Entwicklungsstandorts Niedersachsen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- 2876 ■ in Niedersachsen dem Bereich Energieforschung- und Speichertechnologie
2877 höchste Priorität bei der Ausrichtung der Forschungsschwerpunkte einzuräumen und
2878 das Energieforschungszentrum hierfür stärken.
2879
2880 ■ die niedersächsischen Universitäten bei der Einrichtung neuer Studienplätze in
2881 zeitgemäßen Studiengängen für die Bereiche der Energiewende unterstützen.
2882
2883 ■ Wirtschaft und Hochschulen unterstützen, gemeinsam weitere Bausteine für den
2884 Ausbau erneuerbarer Energien zu entwickeln.
2885
2886 ■ gemeinsam mit mittelständischen Unternehmen und den Berufsbildenden
2887 Schulen Schwerpunkte setzen, um mit erneuerbaren Energien, der Steuerung von
2888 Energietransfers und der Energieeinsparung zum Energieumbau beizutragen.
2889

2890
2891 Beim Umstieg auf die Erneuerbaren verfügt Niedersachsen über verschiedene Optionen:
2892

2893 ❖ **Windkraft Offshore**

2894 Ein wichtiger Wachstumsmarkt liegt in der Offshore-Windenergie, die eine herausragende
2895 Wertschöpfung für ganz Niedersachsen bedeutet. Offshore-Windenergie soll einer der
2896 Eckpfeiler für eine künftige erneuerbare Grundlastversorgung werden. Die SPD wird für
2897 stabile Rahmenbedingungen sorgen, die Planungssicherheit bieten.
2898

2899 ❖ **Windkraft Onshore**

2900 Der Ausbau von Kapazitäten darf nur mit möglichst geringen Belastungen der Bevölkerung
2901 und unter Berücksichtigung der Naturschutzbelange erfolgen. Die SPD favorisiert deshalb
2902 vor allem das „Repowering“, die Aufrüstung bestehender Windkraftanlagen zu höherer
2903 Energiegewinnung. Gleichzeitig soll mit einer überarbeiteten Raumplanung ein höherer
2904 Anteil von Windkraft bis 2020 ermöglicht werden.
2905

2906 ❖ **Geothermie**

2907 Zum Ausbau der Geothermie verfügt Niedersachsen über große oberflächennahe Potenziale
2908 und aussichtsreiche Forschungsergebnisse in der Tiefengeothermie. Der Forschungs- und
2909 Technologiestandort Celle, die TU Clausthal in Clausthal-Zellerfeld, das Energie-
2910 Forschungszentrum Niedersachsen (EFZN) in Goslar und die hannoversche Bundesanstalt
2911 für Geowissenschaften stehen für die weitere Entwicklung dieser Energie.
2912

2913 ❖ **Biomasse**

2914 Energie aus Biomasse wie Biogas und Holz sind ein wichtiger Baustein für die dezentrale
2915 Stromerzeugung. Ziel der SPD ist es, dass Fehlanreize und Fehlsteuerungen im Bereich
2916 Biomasse, die in Niedersachsen bereits erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben
2917 (Maismonokulturen, Nitratbelastungen, Verlust von Biodiversität und Lebensräumen) durch
2918 Korrekturen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz beseitigt werden. Gefördert werden sollen
2919 künftig nur hocheffiziente Anlagen, die nach den Kriterien der guten fachlichen Praxis in der
2920 Landwirtschaft arbeiten.
2921

2922 ❖ **Solarenergie**

2923 Solarenergie muss einen größeren Anteil an der Strom- und Wärmegewinnung übernehmen.
2924 Die Branche verzeichnet enorme Entwicklungssprünge. Dabei will die SPD die heimische
2925 Solarindustrie unterstützen, Netzparität herstellen. Eine Kooperationen mit anderen EU-
2926 Regionen soll geprüft werden: So könnten mit niedersächsischer Beteiligung in
2927 sonnenreichen Ländern Solarparks entstehen, die Wissensaustausch und effiziente Nutzung
2928 der Fotovoltaik ermöglichen.
2929
2930
2931

2932 **❖ Wasserkraft**

2933 Energiegewinnung aus Wasserkraft muss Effizienz und Ökologie berücksichtigen. Potenziale
2934 von Wasserwirbelkraftwerken, aber auch Anlagen wie das „bewegliche Wasserkraftwerk“
2935 aus Baden-Württemberg sind zu prüfen. Schließlich bietet die Nordseeküste aussichtsreiche
2936 Voraussetzungen für den Einsatz von Gezeitenkraftwerken.

2937
2938 Außerdem wird die SPD wird die Erforschung alternativer Verfahren wie die Wasser- und
2939 Brennstoffzellentechnologie oder die Energiegewinnung aus Methan vorantreiben. Es geht
2940 bei einer nachhaltigen Energieversorgung mit Erneuerbaren um einen Mix von zentralen,
2941 dezentralen und verbrauchernahen Erzeugungsstrukturen.

2942
2943 Eine SPD-Landesregierung unterstützt

- 2944
- 2945 ■ Genossenschaftsmodelle, die umfassende Beteiligungsmöglichkeiten an der
2946 Energiegewinnung bieten.
- 2947
- 2948 ■ die Gründung eigenständiger Stadt- und Gemeindewerke, wenn sie wirtschaftlich
2949 sind und die Versorgung verbessern. Solche Projekte garantieren eine ortsnahe
2950 Versorgung, bieten große Effizienzpotenziale, Preisstabilität und Chancen für mehr
2951 Wettbewerb auf dem Strom- und Wärmemarkt.

2952
2953
2954

2955 **6. Netzinfrastruktur – sensible Daseinsvorsorge**

2956
2957 Der Ausbau erneuerbarer Energien erfordert den Ausbau der Netzinfrastruktur zur Verteilung
2958 und Übertragung. Das Konzept dafür hängt vor allem vom Energiemix der Zukunft ab.

2959 Niedersachsen wird wegen der steigenden Zahl von On- und Off-Shore-Windkraftanlagen
2960 voraussichtlich eines der am stärksten vom Netzausbau betroffenen Bundesländer sein.
2961 Dieser Ausbau kann nur transparent und mit den betroffenen Menschen gemeinsam
2962 erfolgen. Es muss die Regel werden, dass Hochspannungsleitungen – wie bereits im
2963 Niederspannungsbereich – landschafts- und umweltschonend sowie menschenverträglich
2964 als Erdkabel verlegt werden. Dabei liegt die Priorität auf energiesparenden und
2965 gesundheitlich unbedenklicheren Techniken wie der Höchstspannungs-
2966 Gleichstromübertragung (HGÜ).

2967
2968 Der Netzausbau dient zu einem großen Teil der Versorgung anderer Bundesländer. Die SPD
2969 geht davon aus, dass auch dort die erneuerbaren Energien als Beitrag zu einer dezentralen
2970 Energieproduktion ausgebaut werden. Sie erwartet, dass sich insbesondere Bundesländer
2971 mit Verbrauchsschwerpunkten an den Folgekosten für einen umweltverträglichen
2972 Stromtransport beteiligen.

2973
2974 Eine SPD-Landesregierung wird:

- 2975
- 2976 ■ einen Runden Tisch mit Vertretern der Energiewirtschaft (insbesondere
2977 Netzbetreibern), den Regionen und Vertretern der Bevölkerung einrichten. Bedarf und
2978 Alternativen müssen transparent werden. Bevor Stromleitungen ausgebaut werden,
2979 ist durch Lastflussanalysen die Notwendigkeit von Aus- und Neubau nachzuweisen.
2980 Der Umbau von bestehenden Stromleitungen hat Vorrang vor dem Neubau von
2981 Stromnetzen.
- 2982
- 2983 ■ intelligente Stromnetze (Smart grids) fördern.
- 2984
- 2985 ■ ökologisch sinnvolle Erdverkabelung (z. B. HGÜ) Priorität einräumen und ein
2986 größeres Gleichstromnetz für den verlustarmen Stromtransport über größere
2987 Entfernungen befürworten.

2988 Die Netzinfrastruktur besitzt eine herausragende Bedeutung für die energetische
2989 Daseinsvorsorge.

2990
2991 ■ Deshalb fordert die SPD für den Ausbau der Übertragungsnetze die Bildung einer
2992 Bundesnetzgesellschaft. Sie soll Anreize für private Investoren bieten, jedoch durch
2993 staatliche Beteiligung die Steuerungshoheit der öffentlichen Hand gewährleisten. Zur
2994 Umsetzung der Anreizregulierung wird die SPD die Beileihung der Bundesnetzagentur
2995 beenden und eine eigene, kostendeckend arbeitende Landesregulierungsbehörde
2996 einsetzen.

2997
2998 Die Speichertechnologie ist von entscheidender Bedeutung für die Energiewende. Sie
2999 sichert die Übernahme von Grundlasten der Energieversorgung beim Einsatz der
3000 Erneuerbaren: Sie stellt durch Pumpspeicher, stationäre und mobile Akkus oder
3001 Druckluftspeicher Kapazitäten für den kurzzeitigen Ausgleich bei Energieschwankungen her.
3002 Langfristig ist beispielsweise ein Ausgleich durch Wasserstoff oder erneuerbares Methangas
3003 (sogenanntes SolarFuel) im Erdgasnetz herzustellen. Sie ergänzt damit als elementarer
3004 Baustein die Energie-Effizienz bei der Stromproduktion und -einsparung und den Ausbau
3005 verlustarmer Stromtransportkapazitäten.

3006
3007 Eine SPD-Landesregierung wird daher:

3008
3009 ■ Anreize für die Ansiedlung von Unternehmen bieten, die sich in Forschung,
3010 Entwicklung und Anwendung für die Speichertechnologie engagieren und den
3011 Austausch von Wissenschaft und Anwendung fördern.

3012
3013 ■ Modellprojekte wie Pumpspeicherwerke im Harz unterstützen.

3014
3015 ■ die Erforschung von Möglichkeiten der Wasserstoffherzeugung und-nutzung und
3016 die Speicherung in Kavernen und im Gasnetz vorantreiben.

3017
3018 ■ ein „Untergrundkataster“ aufbauen, um Nutzungskonkurrenzen zu vermeiden.

3019 VIII. NEUE UMWELTPOLITIK SICHERT LEBENSGRUNDLAGEN

3020

3021 Niedersachsens Natur und Umwelt sind einzigartig. Nirgendwo sonst in Europa treffen
3022 Landschaften so unterschiedlicher erdgeschichtlicher und klimatischer Zeiträume so nah
3023 aufeinander wie hier. Die Küste mit Inseln, Watten, Marschen und Flussmündungen,
3024 Geestlandschaften, Weser-Aller-Flachland, Lüneburger Heide und Wendland, Weser- und
3025 Leinebergland und schließlich der Harz machen Niedersachsen zum naturräumlich und
3026 landschaftlich vielfältigsten Bundesland.

3027

3028 Die natürlichen Ressourcen bilden die Grundlage für gesundes Leben, wirtschaftliche
3029 Entwicklung und moderne Infrastruktur. Die gemäßigte Klimazone gewährleistet stabile
3030 Wetterbedingungen, so dass Niedersachsen bisher von Großkatastrophen wie
3031 Trockenzeiten, Überflutungen oder Hurrikans verschont geblieben ist. Hochwasser- und
3032 Orkanschäden sind bisher nur regional in Erscheinung getreten, ohne Lebensqualität und
3033 Wirtschaftskraft zu bedrohen. Die Betonung liegt auf „bisher“.

3034

3035

3036

3037 **1. Aktive Klimapolitik – Schutz für Umwelt und Natur**

3038

3039 Wo der Mensch lebt, beeinträchtigt er Natur und Umwelt. Das moderne Wirtschaftsleben
3040 beschert Industrieländern wie Niedersachsen Wohlstand, verursacht aber auch schädliche
3041 Emissionen. So schädigen sogenannte Treibhausgase das Klima, nicht nur in
3042 Niedersachsen. 80 Prozent dieser Treibhausgase, vornehmlich Kohlendioxid, entstehen bei
3043 der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Der Klimawandel
3044 vollzieht sich global und dynamisch.

3045

3046 Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete auf der UN-Konferenz für Umwelt in Rio de
3047 Janeiro 1992 die Klimarahmenkonvention. Seitdem ist der Klimaschutz in der deutschen
3048 Politik verankert. Im Jahr 2000 verabschiedete die Regierung Schröder das Nationale
3049 Klimaschutzprogramm und setzte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft. Mit der
3050 Zielsetzung, die fossilen Brennstoffen durch erneuerbare Energien zu ersetzen, ist es das
3051 derzeit wirksamste Instrument für den Klimaschutz. Als Instrument einer modernen
3052 Industriepolitik dient es weltweit als Vorbild.

3053

3054 Die EU hat sich im Dezember 2008 auf eine integrierte Strategie im Bereich Energie und
3055 Klimaschutz mit Zielen für 2020 geeinigt. Damit hat sich Europa auf den Weg zu einer
3056 umweltgerechten Zukunft mit einer CO₂-armen, energieeffizienten Wirtschaft gemacht.

3057

3058 Unabhängig davon werden sich mit dem Klimawandel auch in Niedersachsen die bisher
3059 stabilen Lebensbedingungen verändern. Langzeitdaten zu Klima und Wetter sowie
3060 wissenschaftliche Forschung führen zu folgenden Prognosen und Szenarien:

3061

3062 ■ Die globale Erwärmung lässt den Meeresspiegel ansteigen: Tief liegende
3063 Küstengebiete werden dabei zunehmend überschwemmt, Landverluste, Versalzung
3064 von Böden, Gewässern und Grundwässern sind die Folgen. Betroffen sind Inseln,
3065 Flussmündungen und die Marschen mit Auswirkungen bis in die Geestbereiche.

3066

3067 ■ Die Erwärmung des globalen Wasserhaushalts führt zu veränderten
3068 Niederschlagsmustern. Die Folgen sind örtlich Trockenheit durch
3069 Wasserverknappung oder es kommt zu Hochwasser und Überflutung nach extremen
3070 Niederschlägen.

3071

3072 ■ Schnelleren Erwärmung der Luftschichten führt zu höherer Dynamik des
3073 Temperatursausgleichs zwischen Wasser und Festland. Die Folge sind spürbar
3074 häufiger starke Stürme. Beispiel dafür ist der Orkan Kyrill, der im Jahr 2007 auch

3075 Teile Niedersachsens verwüstet hat. Er forderte europaweit 47 Todesopfer und
3076 verursachte einen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 47 Milliarden US-Dollar.
3077

3078 Der Klimawandel ist in Niedersachsen spürbar und nachzuweisen. Mildere Winter, weniger
3079 Niederschläge im Frühjahr und Herbst sowie trockenere Sommer führen zu einer
3080 Veränderung von Flora und Fauna. Dies beeinträchtigt auch die Wachstumsbedingungen der
3081 Nutzpflanzen. Der Blühzeitpunkt verschiebt sich, der Reifeprozess wird durch Trockenheit
3082 erschwert und extreme Wetterereignisse können den Ausfall ganzer Ernten verursachen.
3083 Hinzu kommt eine Veränderung des Wasserregimes. Betroffen sind nahezu alle Bereiche
3084 des alltäglichen und des wirtschaftlichen Lebens.
3085
3086
3087

3088 **2. Schwarz-gelb – Öko-Schlusslicht im Ländervergleich**

3089 Die schwarz-gelbe Politik hat 2004 den vorläufigen Schlussstrich unter eine bundesweit
3090 vorbildliche Umweltpolitik gezogen. Niedersachsen zeichnete sich bis dahin durch eine
3091 vorausschauende und integrative Umweltpolitik und Umweltverwaltung aus. 2003 waren vom
3092 Landesumweltamt systematische Umweltindikationen herausgearbeitet worden, die
3093 Veränderungen des Klimas erkennbar machten. Seit der Zerschlagung dieses Amtes durch
3094 Schwarz-Gelb stagniert jede fortschrittliche, konzeptionelle und strategische Ausrichtung des
3095 Klima-, Umwelt- und Naturschutzes in Niedersachsen.
3096
3097

3098 Die CDU/FDP-Landesregierung ist für fast ein Jahrzehnt verhängnisvollen ökopolitischen
3099 Stillstands verantwortlich. Sie hat die Chance verpasst, vorsorglich und strategisch auf
3100 Veränderungen zu reagieren. Niedersachsen hat als einziges Bundesland noch immer kein
3101 Klimaschutzprogramm mit Zielsetzungen und konkreten Maßnahmen. Die
3102 Klimaschutzkonzepte der Kommunen wiegen diesen Stillstand keineswegs auf.
3103

3104 Heute ist die Umweltpolitik Niedersachsens durch den Verlust der zentralen staatlichen
3105 Umweltkompetenz im Ländervergleich Schlusslicht. Dies geht zulasten der
3106 Ressourcenqualität, der Gesundheit der Menschen und gefährdet die Standortsicherheit für
3107 Wirtschaft und Industrie. Die Privatisierung der Daseinsvorsorge etwa im Abfall- oder
3108 Wasserversorgungsbereich und die Bevorzugung landwirtschaftlicher Nutzerinteressen vor
3109 naturschutzfachlichen Schutzanforderungen dokumentieren überdies eine gezielte
3110 Klientelpolitik, die das Allgemeinwohl sträflich vernachlässigt und die Menschen belastet.
3111
3112
3113

3114 **3. Umweltschutz – Interessenausgleich mit der Wirtschaft**

3115 Nach dem Grundgesetz schützt der Staat „auch in Verantwortung für die künftigen
3116 Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen“. Die SPD steht für dieses Staatsziel mit
3117 einer Politik der Ausgewogenheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ein.
3118
3119

3120 Für den energieintensiven Wirtschafts- und Industriestandort Niedersachsen stellt das
3121 Umsteuern auf eine ökologische Industriepolitik bereits eine verlässliche Vorsorge dar. Die
3122 Stellschrauben für das Wirtschaftshandeln liegen im Ausbau der erneuerbaren Energien, der
3123 Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz sowie der Nutzung der natürlichen
3124 Ökosystemleistungen wie der CO₂-Speicherung in Mooren oder der Sauerstoffproduktion in
3125 Wäldern.
3126

3127 Nach dem Grundgesetz „verpflichtet Eigentum und soll zugleich dem Allgemeinwohl dienen.“
3128 Dieses Staatsziel formuliert aus Sicht der SPD einen wichtigen Grundsatz: Die Interessen
3129 von Eigentümern und Wirtschaft müssen mit den Schutzbelangen der Umwelt in Einklang
3130 gebracht werden. Dafür ist eine leistungsfähige und interdisziplinär versierte

3131 Umweltverwaltung notwendig. Sie richtet das Politikfeld Umwelt strategisch aus, zeigt
3132 Zielkonflikte auf und kommt mit kooperativen Ansätzen zu tragfähigen Lösungen. Die
3133 ehrenamtlichen Interessenvertretungen und Bürgerinitiativen haben in diesem Prozess eine
3134 verantwortliche Stellung.

3135
3136 Die SPD geht dabei konform mit Zielen der EU-Richtlinien wie Emissionshandel,
3137 Wasserrahmenrichtlinie, erneuerbare Energien, Luftreinhaltung. Die Umsetzung in nationales
3138 Recht erfordert administrativen Sach- und Fachverstand, der auf Bundes-, Landes- und
3139 Kommunalebene eng vernetzt sein muss. Deutschland gilt anderen EU-Ländern als Vorbild
3140 und setzt zukunftsorientierte Maßstäbe.

3141
3142 Eine SPD-Landesregierung wird:

- 3143
- 3144 ■ verantwortungsvoll am Schutz von Klima, Umwelt und Natur mitwirken. Dies sichert
3145 Lebensqualität für nachkommende Generationen.
- 3146
- 3147 ■ alle EU-Förderinstrumente zur Finanzierung der Maßnahmen im Klima-, Umwelt-
3148 und Naturschutz nutzen.
- 3149
- 3150 ■ rechtliche Rahmenbedingungen und Programme bei Fehlentwicklungen wie der
3151 Nitratbelastung im Grundwasser neu fassen, um Langzeitschäden der Ressourcen
3152 auszuschließen.
- 3153
- 3154
- 3155

3156 **4. Klimaschutz – Agenda für Lebensqualität und Wirtschaftskraft**

3157
3158 Die Klimaschutzpolitik der SPD folgt dem ganzheitlichen Ansatz, die weltweite Erwärmung
3159 auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Dabei geht es um zwei grundsätzliche
3160 Handlungsfelder: die strategische Ausrichtung zum Schutz des Klimas, um weitere
3161 Klimaschäden zu verringern; und gezielte Anpassungen an den Klimawandel, um die
3162 Lebensqualität und die Wirtschaftskraft zu erhalten.

3163
3164 Eine von der SPD geführte Landesregierung wird:

- 3165
- 3166 ■ eine „Agenda Klimaschutz“ mit zwei übergeordneten Zielen auflegen: Bis zum Jahr
3167 2050 sollen die Emissionen von Treibhausgasen um mindestens 90 Prozent
3168 (Vergleichsjahr 1990) und der Primärenergiebedarf um 50 Prozent verringert werden.
- 3169

3170 Entscheidend dabei ist eine Analyse der Möglichkeiten, die Energieversorgung komplett auf
3171 erneuerbare Energien umzustellen. Gleichzeitig sind Energieeinsparpotenziale zu ermitteln
3172 und Chancen der Energieeffizienzsteigerung umzusetzen. Der Masterplan Klimaschutz wird
3173 für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche gelten – für Energieerzeugung,
3174 Industrie und Handel, Verkehr, Haushalte und Gewerbe. Eine enge Vernetzung des
3175 Masterplans mit den Aktivitäten auf lokaler Ebene wird den Klimaschutz in Niedersachsen
3176 vorbildlich nach vorn bringen.

3177
3178 Anpassungsstrategien an die Folgen des Klimawandels müssen sich in Niedersachsen an
3179 den „Verwundbarkeiten“ seiner natürlichen und wirtschaftlichen Standortfaktoren ausrichten:

- 3180
- 3181 • Luftreinhaltung und Luftqualität, insbesondere in den Metropolregionen;
- 3182 • Hochwasserschutz an der Küste und im Binnenland;
- 3183 • Grund- und Trinkwassermanagement;
- 3184 • Bodenfunktionen wie CO₂- und Wasserspeicherkapazitäten, Rohstoffe und
3185 Bodenschätze;
- 3186 • Qualität und Artenvielfalt in Ökosystemen wie Wald, Moore, Grünland;

- 3187
3188
3189
3190
- Infrastruktur wie Verkehr und Versorgungseinrichtungen;
 - Forst-, Land und Fischereiwirtschaft, Garten- und Obstbau;
 - Naherholung und Tourismus.

3191
3192
3193
3194
3195
3196
3197

Darauf aufbauend wird der Masterplan Klimaschutz regionale Unterschiede erfassen, die Landesraumordnung einbeziehen und den demografischen Wandel berücksichtigen. Auf dieser Grundlage wird die SPD Klimaschutz mit klaren Vorgaben und konkreten Zielen betreiben, um Lebensqualität und Wirtschaftskraft in Niedersachsen zu erhalten.

3198 **5. Nachhaltigkeit – Leitgedanke aller Entwicklungen**

3199

3200
3201
3202
3203
3204
3205

Umweltschutz als zentrales Politikfeld der Zukunftssicherung ist seit der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 untrennbar mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verbunden. Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat die Regierung Schröder im Jahr 2002 beschlossen. Für die SPD bleibt Nachhaltigkeit der Leitgedanke für gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Ausrichtung.

3206
3207
3208
3209
3210

Im Umweltschutz sind nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaft mittlerweile etwa 1,8 Millionen Menschen beschäftigt. Das entspricht heute etwa 4,5 Prozent aller Beschäftigten und ist mit der Prognose verbunden, dass in diesem Sektor überdurchschnittliche Zuwächse zu erwarten sind.

3211
3212
3213
3214
3215
3216
3217

Neben den klassischen Schutzgütern des Ökosystems wie Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt hat die staatliche Umweltpolitik alle Auswirkungen gesellschaftlicher Lebensformen wie Lärm, Abfall und Atommüll zu erfassen. Besonders Einflüsse, die sich langfristig auf Gesundheit und Umwelt auswirken, sind zu bewerten. Die Entwicklung des technischen Umweltschutzes ist wichtig, um negative Auswirkungen von Emissionen und Immissionen zu verringern oder zu vermeiden.

3218
3219

Eine SPD-Landesregierung wird:

3220
3221
3222
3223

- dafür sorgen, dass die Umweltberichterstattung über die Erfassung von ökologischen Daten und Fakten bis zur strategischen Entwicklung des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes und der Energiewende sichergestellt wird.

3224
3225
3226
3227
3228

- einen „Umweltpakt“ mit Industrie und Wirtschaft schließen, um vorsorgenden Umweltschutz und Vermeidung künftiger Umweltbelastungen zu erreichen. Der Pakt soll auf freiwilliger Basis der Stärkung der Eigenverantwortung dienen und in den Betrieben zur Verbesserung der Umweltqualität und zu Kostenreduzierungen führen.

3229
3230
3231
3232

- ein strategisches Maßnahmenkonzept zur Umsetzung des 7. Umweltaktionsprogramms der EU erarbeiten, das sich gegenwärtig im Konsultationsprozess befindet und 2013 in Kraft treten wird.

3233
3234
3235
3236
3237

- einen Förderfonds „Umweltbildung – Verantwortung für die Zukunft“ auflegen, an dem sich Industrie, Wirtschaft und Gewerkschaften beteiligen sollen. Ziel ist es, gemeinsam über verantwortungsbewussten und nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen zu informieren.

3238
3239
3240
3241
3242

Mit diesen Projekten wird das Land Niedersachsen seine Vorreiterrolle im Umweltschutz zurückgewinnen und die Zukunftssicherung für Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit gewährleisten.

3243
3244
3245
3246
3247
3248
3249
3250
3251
3252
3253
3254
3255
3256
3257
3258
3259
3260
3261
3262
3263
3264
3265
3266
3267
3268
3269
3270
3271
3272
3273
3274
3275
3276
3277
3278
3279
3280
3281
3282
3283
3284
3285
3286
3287
3288
3289
3290
3291
3292
3293
3294
3295
3296
3297

6. Naturschutz – Strategie für „Naturkapital Niedersachsen“

Intakte Ökosysteme bilden die Grundlage zahlreicher Wirtschaftsaktivitäten. Sie üben Schutzfunktionen aus und stellen kostenfreie Leistungen zur Verfügung. So mindern Auelandschaften Hochwassergefahren und nehmen Stickstofffrachten auf. Gehölze und Wälder filtern Schadstoffe aus der Luft, binden CO₂, erzeugen Sauerstoff und tragen zum Lärmschutz bei. Die Selbstreinigungskraft der Gewässer ist genauso wertvoll wie die Grundwasserneubildungsraten durch intakte Moore, Feuchtgrünländer oder durch Wälder. Dies spart Kosten einer technischen Aufbereitung des Trinkwassers.

Niedersachsen besitzt mit 38 Prozent den höchsten Anteil an Moorböden in Deutschland. Ressourcensparender Umgang und nachhaltiger Klimaschutz muss dabei kurzfristigen Vermarktungsstrategien wie Torfabbau und Landwirtschaft Grenzen setzen. Moorböden sind ein bedeutender Speicher von Kohlenstoff. Die vielfältigen Naturlandschaften mit ihren Erholungs- und Freizeitfunktionen stellen schließlich einen bedeutenden Standortfaktor für Naherholung und Tourismus dar.

Die SPD wird für die Naturschutzpolitik die Partnerschaft von Wirtschafts- und Sozialpartnern suchen. Dabei ist sie auch auf bürgerschaftliches Engagement der Umwelt- und Naturschutzverbände angewiesen.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- mit dem Plan „Naturkapital Niedersachsen“ den vielfältigen Wert der Natur und ihrer Dienstleistungen zusammenfassen. Ziel ist es, die Beziehungen von Industrie und Wirtschaft zu den Ökosystemen darzulegen. Hieraus können Strategien abgeleitet werden, die die Risiken für biologische Vielfalt (Biodiversität) und Ökosystem mindern.
- eine „Strategie der Biologischen Vielfalt Niedersachsen“ in Analogie zur Nationalen Strategie der Bundesregierung von 2007 auflegen. Die Strategie formuliert eine konkrete Zukunftsvision und legt für alle Themen der biologischen Vielfalt Qualitäts- und Handlungsziele fest.
- in den EU-Förderprogrammen gemeinsame Nutzungsformen mit der Land-, Forst- Fischerei- und Wasserwirtschaft erarbeiten, um zum Schutz der biologischen Vielfalt beizutragen. Kooperationen für die Ziele des Naturschutzes sind unerlässlich.
- im Landesraumordnungsprogramm den Schutz der Moore mit Maßnahmenplänen zur Wiedervernässung der Hoch- und Niedermoore verankern.
- die Nationalparke und Biosphärenreservate stärken. Sie genießen höchsten Schutz in den Regionen durch Entwicklung des internationalen und nationalen Tourismus dar.
- die Einrichtung von Biologischen Stationen in geeigneten Trägergemeinschaften mit Kommunen und Umweltverbänden modellhaft unterstützen.
- durch Trägermodelle mit Naturschutzverbänden und den Nationalparks die Einrichtung biologischer Stationen erwirken.
- das Naturschutzrecht als eigenständiges Fachrecht EU- und zukunftsrecht ausbauen und als rechtliche Grundlage gleichwertig zu anderen Fachrechten erhalten.